

Brandenburgs Zukunft gemeinsam gestalten!

Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019
Entwurf, Stand 30.04.2019
in Beschluss des Landesvorstandes
vom 27.04.2019

DIE LINKE.

1

2

3

4 DIE LINKE Brandenburg

5

6

7

8 **Brandenburgs Zukunft gemeinsam gestalten!**

9

10

11

12 Wahlprogramm zur Landtagswahl 2019

13

14 - Entwurf -

15

16 *Stand: 30.04.2019*

17 Inhalt

18	Präambel	7
19	Brandenburg: Eine Zukunft für die es sich zu kämpfen lohnt.....	7
20	Die soziale Spaltung geht auch an Brandenburg nicht vorbei.....	7
21	1_ Brandenburgs Regionen nachhaltig entwickeln	10
22	Gleiche Chancen in Ost und West.....	10
23	Herstellung der inneren Einheit.....	10
24	Gleichwertigkeit und gesellschaftliche Teilhabe schaffen!.....	10
25	Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen	11
26	Regionale Ungleichgewichte überwinden.....	11
27	Für gleichwertige Lebensverhältnisse an einem Strang ziehen	12
28	Wohnen als Grundrecht sichern.....	13
29	Wohnen ist Menschenrecht.....	13
30	Wohnen für jeden Geldbeutel.....	13
31	Mietsteigerungen bremsen – öffentliches Eigentum stärken.....	13
32	Öffentlicher Boden in öffentliche Hand	15
33	Felder - Wälder - Teiche.....	15
34	Landbewirtschaftung und ländliche Räume gemeinsam denken	15
35	Zukunftsfeste Forstwirtschaft	17
36	Stärkung der Fischerei	18
37	Gesunde Umwelt	18
38	Lebensgrundlagen schützen!.....	18
39	Umwelt umfassend schützen	19
40	Energiewende in Brandenburg - erneuerbar, dezentral und sozial.....	21
41	Sozialverträglicher Ausstieg aus der Braunkohleverstromung.....	22
42	Verlässlich mobil in allen Regionen.....	23
43	Vorrang für den ÖPNV	23
44	Mobilität steigern	24
45	Überall flexibel und fahrscheinlos mobil	24
46		

47	2_ Gerechte Chancen für alle – Soziale Politik für Brandenburg	26
48	Für einen guten Start ins Leben	26
49	Arme Familien – arme Kinder	26
50	Familien unterstützen – Kinderarmut bekämpfen	26
51	Der Jugend gehört nicht nur die Zukunft, sondern auch die Gegenwart	27
52	Kämpferisch für die Zukunft	27
53	Teilhabe und verbesserte Lebensbedingungen	27
54	Familienfreundliches Brandenburg	28
55	Vielfalt im Mit- und Füreinander	28
56	Besondere Unterstützung in besonderen Lebenslagen	28
57	Selbstbestimmt älter werden in Brandenburg	29
58	Brandenburg wird älter	29
59	Selbstbestimmt und in Würde alt werden	30
60	Leben mit Herausforderungen	31
61	Alle inklusive	31
62	Teilhabe für alle sichern	31
63	Inklusion von Anfang an	32
64	Von Inklusion profitieren alle	32
65	3_ Ein Leben lang lernen - kostenfrei	34
66	Auf den Anfang kommt es an - Gute Bildung für alle	34
67	Auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit	34
68	Bildung kostenfrei – von der Kita bis zur Hochschule	34
69	Zugänge verbessern – Bildungsqualität stärken	35
70	Wissenschaft und Hochschulen	38
71	Hochschulen und Gesellschaft	38
72	Offene Hochschulen, gute Studienbedingungen	38
73	Zugänge erweitern, Demokratie stärken, Hochschulen verlässlich finanzieren	39
74	Weiterbildungsangebote - eine Voraussetzung für Lebenslanges Lernen	40
75	4_ Arbeit & Wirtschaft in sozialer Verantwortung	42
76	Gute Arbeit, von der man leben kann	42
77	Sinkende Arbeitslosigkeit – wachsende Unsicherheit	42

78	Gute Ausbildung ist für uns ein Grundrecht und sichert Gute Arbeit.....	42
79	Arbeit in Brandenburg – existenzsichernd und familienfreundlich.....	43
80	Gute Arbeit durchsetzen: Armutsfeste Löhne sichern & Tarifbindung ausweiten	44
81	Den Öffentlichen Dienst stärken	45
82	Für einen starken öffentlichen Beschäftigungssektor.....	46
83	Brandenburgs Wirtschaft – vielfältig, leistungsstark und wandlungsfähig.....	46
84	Stärke durch Vielfalt.....	46
85	Reiseland Brandenburg ganzheitlich und nachhaltig weiterentwickeln	47
86	Wirtschaft in sozialer Verantwortung	48
87	Mit Energie und Leidenschaft – für die Lausitz!	49
88	Digitalisierung – für mehr Teilhabe am Leben!.....	50
89	Ohne Netz ist alles nix!.....	50
90	Es ist nicht (nur) die Technik, sondern was wir daraus machen	51
91	Digitalisierung zum Gewinn für alle machen	51
92	5_Gesund leben in Brandenburg.....	53
93	Gesundheitliche Versorgung in allen Regionen.....	53
94	Gemeindeschwestern etabliert, Krankenhäuser erhalten	53
95	Wohnortnahe Versorgung ausbauen	53
96	Moderne Krankenhäuser zukunftsfest machen.....	54
97	Rehabilitationskliniken stärken	54
98	Öffentlicher Gesundheitsdienst – attraktiv und modern	55
99	Medizinische Versorgung braucht gutes Personal	55
100	Versorgung sichern	55
101	Impfpflicht einführen	57
102	Prävention statt Sucht.....	57
103	Pflege in öffentlicher Verantwortung.....	58
104	Wachsender Pflegebedarf als zentrale Herausforderung	58
105	Pflegebedürftigkeit vermeiden, lokale Strukturen stärken.....	58
106	6_ Diskriminierungsfrei leben in Brandenburg.....	61
107	Landesantidiskriminierungsgesetz schaffen	61
108	Parität wird Realität.....	62

109	Partizipation gestärkt, Förderung ausgebaut	62
110	Gleichstellungsgesetz novellieren, Geschlechterparität fördern, Gewalt bekämpfen	62
111	Brandenburg – Lebensort für Menschen aller Geschlechter	64
112	Gesellschaftliche Öffnung	64
113	Akzeptanz schaffen, Dialog organisieren	64
114	Schutzräume und Strukturen verlässlich sichern	65
115	7_ Kultur und Medien in einer vielfältigen Gesellschaft	66
116	Kultur in Brandenburg hat viele Gesichter	66
117	Attraktivität durch Vielfalt	66
118	Alle Facetten fördern	66
119	Europäische Minderheiten-Kompetenzregion	67
120	Brandenburgs Medien – stark, vielfältig, unabhängig	68
121	Die öffentliche Kommunikation wird eingeschränkt	68
122	Medien und Medien-Infrastruktur vom kommerziellen Interesse trennen	68
123	LINKE Medienpolitik in Brandenburg	69
124	8_ Sport gehört zum Leben	71
125	Brandenburg ist Sportland	71
126	Die LINKE bekennt sich zum Sport	71
127	9_ Brandenburg – Ort für Demokratie und Engagement	72
128	Demokratie im Alltag stark machen	72
129	Tore zur Politik weit aufgestoßen	72
130	Und weiter: Mehr Demokratie auf breiterer Basis!	72
131	Kommunalpolitik – Rückgrat der Demokratie	73
132	Starke Kommunen - starke Kommunalpolitik	73
133	Ehrenamt – unverzichtbarer Teil der Gesellschaft	75
134	Lust am Gemeinwesen	75
135	Politik, Verwaltung und Ehrenamt	75
136	Ehrenamtliches Engagement erleichtern	75
137	Antifaschismus – dauerhafte Verpflichtung	76
138	Rechte Gewalt ist zur Alltagserscheinung geworden	76
139	Für ein weltoffenes und tolerantes Brandenburg!	76

140	Für ein Miteinander der Kulturen und Religionen.....	77
141	Gedenken und Denken.....	78
142	10_ Brandenburg – international und weltoffen	79
143	Brandenburg in Europa.....	79
144	Europäische Verflechtungen nehmen zu.....	79
145	Eine soziale EU, eine EU der Bürger*innen	79
146	Schritt halten mit der zunehmenden Verflechtung und den Chancen Europas	80
147	Willkommen in Brandenburg	81
148	Brandenburg: Gelebte Willkommenskultur.....	81
149	Brandenburg hält die Arme weiter offen	82
150	11_ Freiheit und Sicherheit – starken Bürgerrechten verpflichtet.....	85
151	Brandenburg - demokratischer und sozialer Rechtsstaat	85
152	Justiz – Rechtspolitik – sozialer Rechtsstaat.....	85
153	LINKE Grundsätze für einen starken Rechtsstaat	85
154	LINKE Rechtspolitik stärkt den sozialen Rechtsstaat.....	86
155	Sicher leben in Brandenburg	87
156	Bürgernahe Polizei, niedrige Kriminalität	87
157	Brand- und Katastrophenschutz stärken.....	88
158	Verbraucher*innenschutz	89
159	Nachhaltige Verbraucher*innenpolitik	89
160	12_ Linke Haushalts- und Finanzpolitik ist nachhaltig und stärkt das Gemeinwesen	91
161	Landesfinanzen stabilisiert, Ausgaben in die richtige Richtung gelenkt	91
162	Neue Herausforderungen	91
163	Grundlinien künftiger Haushalts- und Finanzpolitik.....	92
164	Worauf es jetzt ankommt	92
165		
166		

167 **Präambel**

168 **Brandenburg: Eine Zukunft für die es sich zu kämpfen lohnt**

169 Brandenburg: Es kann so einfach sein? Für viele stimmt das. Sicher, man kann hier gut leben. Aber wir
170 wissen, wie schwer das Leben oft im Alltag ist. Wie genau man aufs Geld schauen muss. Wie nervös es
171 machen kann, wenn die Heizung teurer wird, wenn die Waschmaschine kaputt geht und wenn die Miete
172 steigt. So einfach ist das Leben eben nicht. Aber: indem wir die Systemfrage stellen, wollen wir dafür
173 sorgen, dass es für möglichst viele einfacher, entspannter und besser wird – gerade für diejenigen, die
174 derzeit am meisten Sorgen und Stress haben.

175 **Die soziale Spaltung geht auch an Brandenburg nicht vorbei**

176 Einerseits sind so wenige Brandenburger*innen ohne Arbeit wie noch nie seit 1990. Das ist gut, und
177 daran hat auch unser Regierungshandeln einen Anteil. Aber immer mehr Jobs sind unsicher, befristet,
178 schlecht bezahlt, manche arbeiten unfreiwillig in Teilzeit. Dass man von der Arbeit gut leben kann und
179 keine Angst vor Altersarmut hat, das ist längst nicht normal. In zu vielen Familien reicht das Geld selbst
180 dann nicht, wenn beide Elternteile arbeiten gehen, geschweige denn, bei Alleinerziehenden. Wenig Geld
181 zu haben, drängt an den Rand der Gesellschaft und die Angst vor sozialem Abstieg ist demütigend in
182 einem reichen Land.

183 Es scheint vieles nicht mehr selbstverständlich: Eine Arbeit von der man leben kann, eine Wohnung
184 oder ein Haus, das man bezahlen kann und einen Lebensabend, den man in Würde und ohne Angst vor
185 Armut verbringen kann. Wir wollen, dass das Selbstverständliche wieder selbstverständlich wird.

186 Seit 10 Jahren gestalten wir unter schwierigen Rahmenbedingungen fortschrittliche Politik in Branden-
187 burg. Unser Ziel ist, dass man überall in Brandenburg gut leben kann. Trotz der Unterschiede zwischen
188 Stadt und Land. Egal, wo man sich entscheidet in Brandenburg leben zu wollen, darf dies nicht an den
189 Bedingungen vor Ort scheitern. Gleichwertige Lebensbedingungen im ganzen Land bleibt für DIE LINKE
190 ein wichtiger Verfassungsauftrag. Es darf keine Entscheidung gegen den gewünschten Lebensort ge-
191 ben, weil es dort zu teuer, zu laut, zu schlecht angebunden ist, keine Arbeit oder keinen Kitaplatz gibt.

192 So begrenzt die Möglichkeiten eines Bundeslandes sind – dennoch gestalten wir seit zehn Jahren fort-
193 schrittliche Politik in Brandenburg. Wir haben strategische Weichen gestellt für bessere Lebensbedin-
194 gungen im Land. Wir haben die unsoziale Politik der zehn Jahre SPD/CDU – Koalition beendet und viele
195 ihrer Fehler korrigiert. Wir haben in dieser Zeit viel getan, um die öffentliche Infrastruktur auszubauen
196 und die Kommunen finanziell besser zu stellen. Wir haben vieles getan, um die Mobilität zu verbessern,
197 die Erneuerbaren Energien auszubauen, günstigen Wohnraum entstehen zu lassen, die gesundheitliche
198 Versorgung zu stabilisieren, auszubauen und zu modernisieren. Wir haben den Öffentlichen Dienst ge-
199 stärkt und attraktiver gemacht. Es gibt mehr Lehrer*innen und mehr Polizist*innen. Der Mindestlohn
200 für öffentliche Aufträge steigt, Gute Arbeit ist eines unserer zentralen Anliegen. Heute können wir sa-
201 gen: Wir haben Grundlagen gelegt – in dem Wissen, dass immer noch viel zu tun ist! Um Zukunft zu

202 gestalten brauchen wir einen starken Sozialstaat, der den Menschen in den Mittelpunkt stellt und nicht
203 die Profite der Konzerne. Der Neoliberalismus mit der Idee eines schlanken Staates und der Privatisie-
204 rungen von öffentlichem Eigentum scheitert auf Kosten von Mensch und Natur. Wir werden den Kampf
205 um die Rückgewinnung des Öffentlichen konsequent führen. Es wird mit uns keine Privatisierungen
206 öffentlichen Eigentums geben. Ob im Wohnungsbau, in der Stromversorgung, im Gesundheitsbereich
207 oder im Bus- und Bahnverkehr – wir nehmen unsere Zukunft gemeinsam im Interesse des Gemeinwohls
208 in die Hand.

209 Wir wollen eine Zukunft, für die es sich zu kämpfen lohnt: Wir wollen ein Brandenburg, in dem alle ihren
210 gerechten Anteil am gesellschaftlichen Wohlstand haben. In dem das Leben für die Menschen wieder
211 planbar ist. Wir wollen, dass alle Menschen frei von Armut sind und keine Angst vor dem sozialem
212 Absturz haben müssen. Wir wollen ein Land, in dem Reichtum das ist, was allen gehört: öffentliche
213 Bildung, Gesundheit, saubere Umwelt, Kultur. In dem Wohnen für alle bezahlbar ist. In dem Natur und
214 Klima geschützt und unsere Ressourcen nicht verschwendet werden. Wir wollen ein Land, in dem alle
215 Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen Entscheidungen beteiligt sind
216 – unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten und Interessen, ihrer Herkunft und sozialen Stellung,
217 ihrem Geschlecht, Alter oder ihrer sexuellen Orientierung. Eine inklusive Gesellschaft, in der niemand
218 ausgegrenzt wird.

219 Am 1. September werden die Menschen eine wichtige Entscheidung treffen. Die große Frage wird sein:
220 In was für einer Gesellschaft wollen wir künftig leben? Wollen wir eine offene, sozial gerechte und de-
221 mokratische Gesellschaft in der die Würde und Rechte eines jeden Einzelnen im Mittelpunkt stehen?
222 Oder wollen wir eine Gesellschaft die für Abschottung und Nationalismus steht, in der nur das Recht
223 des Stärkeren gilt?

224 Ein Teil der Gesellschaft, auch in Brandenburg, will stattdessen die politische, kulturelle, soziale und
225 ökonomische Vergangenheit. Abschottung, Abgrenzung und Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit - auch
226 gegen hier lebende Minderheiten, die Rückkehr zu rückständigen Frauen- und Familienbildern, ein au-
227 toritäres Politikverständnis, Intoleranz und die permanente Infragestellung der historischen Verantwor-
228 tung Deutschlands und der Lehren, die wir aus der Geschichte gezogen haben, prägen diesen Ansatz.

229 Wir wollen kein Brandenburg der Spaltung, sondern ein Brandenburg der Solidarität. Wir, DIE LINKE,
230 sind ein verlässlicher Teil des Bollwerks für Menschlichkeit. Im Miteinander, nicht im Gegeneinander
231 aller Brandenburger*innen werden wir das Land sozialer und ökologischer entwickeln. Wir sehen die
232 nächsten 10 Jahre als entscheidend an, um unser Land zukunftsfest weiterzuentwickeln, mit allen für
233 alle. Unsere politischen Schwerpunkte sind:

- 234 ● DIE LINKE setzt sich ein für alle Bürger*innen im Land Brandenburg und wir verstehen uns als
235 Anwältin der Benachteiligten sowie der prekär und abhängig Beschäftigten: Gute Arbeit von der
236 man leben kann, bezahlbaren Wohnraum sichern, für armutsfeste Renten, für Mobilität und
237 ÖPNV quer durch alle Regionen!
- 238 ● DIE LINKE ist die konsequente Vertreterin ostdeutscher Interessen, die den Respekt und die
239 Anerkennung ostdeutscher Biografien einfordert und die anhaltende Diskriminierung

240 ostdeutscher Rentner*innen scharf verurteilt. Wir setzen uns für die Beendigung der struktu-
241 rellen Diskriminierung, sowie der Eigentums- und Einkommensunterschiede bis in die dritte
242 Generation Ost ein.

- 243 ● DIE LINKE als Partei für Teilhabe und sozialen Aufstieg: Teilhabe an Bildung für alle, starke und
244 selbstbestimmte Kommunen, gutes Leben und Aufwachsen in Brandenburg, für gleichwertige
245 Lebensverhältnisse in allen Landesteilen.
- 246 ● DIE LINKE ist die Kraft, die technologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung miteinander
247 verknüpft und wechselseitig – unter Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen – nützlich
248 macht.
- 249 ● DIE LINKE versteht sich als verlässliche Unterstützerin der sozial Engagierten im Land wie der
250 Flüchtlingshelfer*innen: sozialer Zusammenhalt und Solidarität statt Ausgrenzung und Spal-
251 tung, gesellschaftliches Engagement und Ehrenamt stärken, Zukunftsperspektiven für Mig-
252 rant*innen und Integration.
- 253 ● DIE LINKE steht für den sozial-ökologischen Umbau: Für uns ist klar, dass Umweltfragen zu-
254 gleich immer auch soziale Fragen sind.
- 255 ● DIE LINKE ist Garant für gesundheitliche Versorgung und gute Pflege!
- 256 ● DIE LINKE ist Kämpferin für einen Rechtsstaat, der Prävention und Rehabilitation und die Ver-
257 teidigung von Bürger*innenrechten in den Mittelpunkt seiner Bemühungen stellt.

258 Zukunft ist gestaltbar! Es liegt an uns allen. Wir können das Land verändern. Wir können die Zukunft
259 gemeinsam gerechter und besser machen. Machen Sie mit! Für eine starke LINKE in Brandenburg.

260

261 1_ Brandenburgs Regionen nachhaltig entwickeln

262 Gleiche Chancen in Ost und West

263 Herstellung der inneren Einheit

264 Der Umbau der ostdeutschen Gesellschaft nach 1990 hatte viele positive Seiten, die wir begrüßen.
265 Doch auch die Kehrseite darf nicht verschwiegen werden. Materielle Enteignung, kulturelle Deklassie-
266 rung und soziale Abwertung prägen viele ostdeutsche Lebenserfahrungen und Biographien. Die Treu-
267 handanstalt hat das Volkseigentum der DDR zugunsten westdeutschen Kapitals umverteilt, Industrie-
268 zweige abgewickelt, Wertschöpfungspotenziale und Einnahmen in den Westen umgeleitet. Wegbre-
269 chende Erwerbsmöglichkeiten und Infrastruktur führten zur Abwanderung, vor allem auch von jungen
270 Frauen. Hunderttausende Ostdeutsche verloren ihren Arbeitsplatz, Respekt und Anerkennung der Le-
271 bensleistungen wurden oftmals verweigert. Die höheren Verwaltungs- und Beamt*innenpositionen wur-
272 den neu besetzt, meistens mit männlichen Westdeutschen, oft paritätisch zwischen den nunmehr ton-
273 angehenden Parteien unter wachsendem westdeutschen Einfluss. Ostdeutsche Sichtweisen wurden
274 ausgeblendet oder sogar denunziert, Einseitigkeiten und Zerrbilder waren die Folge. Das muss sich
275 ändern! Da sich die innere Einheit nur auf Augenhöhe vollziehen kann und der Transformationsprozess
276 in Ostdeutschland als Nachbau West gescheitert ist, brauchen wir – 30 Jahre nach der Wende! – einen
277 neuen Entwicklungspfad.

278 Gleichwertigkeit und gesellschaftliche Teilhabe schaffen!

279 Wir wollen gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West, nicht nur in den Bereichen der Wert-
280 schöpfung und Infrastrukturentwicklung sondern auch bei der Verteilung von Positionen sowie der Teil-
281 habe an Gestaltung und Verantwortung. Die Sicherung und Herstellung gleichwertiger Lebensverhält-
282 nisse in allen Teilräumen der Bundesrepublik ist als Bestandteil des Sozialstaates im Grundgesetz ver-
283 ankert. Dies schließt für uns Daseinsvorsorge, Einkommen und Erwerbsmöglichkeiten mit ein.

284 Um die Unterschiede zwischen West und Ost innerhalb der Bundesrepublik im Sinne der Durchsetzung
285 gleichwertiger Lebensverhältnisse abzubauen und die Teilhabe für alle Bürger*innen zu sichern, fordern
286 wir auf Bundesebene:

- 287 ● Sicherheit und Rechtsfrieden für nach DDR-Recht bestandgeschütztes Eigentum, insbesondere
288 bei den Erben des so genannten Bodenreformlandes und bei Garagen- und Erholungsgrundstü-
289 cken.
- 290 ● die Aufarbeitung von Transformation und Transformationsverlusten in Brandenburg, insbeson-
291 dere des Wirkens der Treuhandgesellschaft und der späteren Bundesanstalt für vereinigungs-
292 bedingte Sonderaufgaben, sowie der Bodenverwertungs- und Verwaltungs-GmbH (BVVG).
293 Hierzu fordern wir einen Untersuchungsausschuss im Brandenburger Landtag.

- 294 ● die Entlastung der ostdeutschen Bundesländer von den seit Jahren von ihnen zu tragenden
295 Aufwendungen für die Zahlung von DDR-Renten und Sonderrenten durch Übernahme dieser
296 Zahlungen durch den Bund.
- 297 ● die Streichung der Altschulden von ostdeutschen Wohnungsbauunternehmen.
- 298 ● die Angleichung der Rechtsrahmen im Arbeits- und Beamtenrecht sowie die Überwindung ver-
299 einigungsbedingter Sonderregelungen im Öffentlichen Dienst.
- 300 ● die Abschaffung unterschiedlicher Tarifgebiete Ost und West sowie gleiche Gehälter, Arbeits-
301 zeit- und Urlaubsregelungen.
- 302 ● die Anhebung des Niveaus der gesetzlichen Rente auf mindestens 53 Prozent sowie die Einfüh-
303 rung einer solidarischen Mindestrente, unter Einbeziehung aller Erwerbstätigen, auch die Be-
304 amt*innen, sowie die Angleichung der Rentenwerte Ost an die Rentenwerte West.
- 305 ● die Anerkennung der Lebensleistungen derjenigen Berufsgruppen, die nach dem Rentenüber-
306 leitungsgesetz bisher nicht berücksichtigt wurden. Einen Härtefallfonds nur für diejenigen, die
307 in den sozialen Sicherungssystemen sind – wie der Bund dies plant – lehnen wir ab. Wir fordern
308 Gerechtigkeit für alle DDR-Berufsgruppen unabhängig von ihrem jetzigen Status.
- 309 ● die gerechte Überleitung bei der Rente von in der DDR geschiedenen Frauen.
- 310 ● die Heilung beruflicher Nachteile von Ostdeutschen durch die Berücksichtigung typisch ost-
311 deutscher Qualifikationsvoraussetzungen, die Möglichkeit zusätzlicher Qualifikationen und des
312 Seiteneinstiegs sowie eine Anwendung der Geschlechterparität bei Stellenbesetzungen geben.
- 313 ● die Ansiedlung von Bundeseinrichtungen im Osten.

314 **Gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Regionen**

315 **Regionale Ungleichgewichte überwinden**

316 Brandenburg ist nach wie vor ein Land mit großen regionalen Ungleichgewichten: im Zentrum der Bal-
317 lungsräum Berlin, rundherum ländliche Räume mit kleineren und mittleren Städten. Die ländlichen
318 Strukturen und Potentiale sind vielfältig. Die Bevölkerung in Brandenburg wächst und schrumpft zu-
319 gleich. Diese Prozesse sind eine große Herausforderung und nur im Zusammenspiel aller Regionen zu
320 lösen. Die Unterschiede nach Bevölkerungsdichte, Wirtschaftskraft, Beschäftigung oder Infrastruktur
321 sind beträchtlich. Die berlinferneren Regionen pflegen zunehmend enge Verbindungen über die Lan-
322 desgrenzen hinaus zu benachbarten Metropolregionen und Zentren. Unser Land ist durch starke Pend-
323 ler*innenströme gekennzeichnet.

324 Mit dem neuen Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion (LEP HR) hat die rot-rote Koalition – bei aller
325 verbleibender Kritik – auf die Fehlentwicklungen reagiert, um dem Auftrag der Landesverfassung ge-
326 recht zu werden, für gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Teilen des Landes zu sorgen. Dabei war
327 es uns wichtig, dass wir eine gemeinsame Landesplanung mit Berlin haben und weiterentwickeln. Diese
328 Landesentwicklung nimmt Impulse aus Brandenburg und Berlin, aber auch aus Leipzig, Dresden, Ham-
329 burg oder Szczecin auf und macht sie für Brandenburg und die Region produktiv. Grundsätzlich wollen
330 wir keine ungesteuerte Entwicklung und den besonderen Charakter von Brandenburg erhalten.

331 Die Forderung vieler Bürger*innen, dass Planungsprozesse dichter an sie heran kommen, ist aufgegrif-
332 fen worden und findet sich in der Stärkung der Kompetenz der Regionalen Planungsgemeinschaften
333 wieder.

334 In der Landtagswahlperiode 2014 bis 2019 hat sich eine Enquete-Kommission mit der Zukunft der
335 ländlichen Räume befasst. Deren Ergebnisse und Empfehlungen dürfen nicht in der Schublade enden,
336 sondern sollen in den kommenden Jahren umgesetzt werden. Zugleich wollen wir das Nachdenken dar-
337 über, wie die Zukunft unseres Bundeslandes aussehen soll, fortsetzen. Dafür werden wir im neuen
338 Landtag eine weitere Enquete-Kommission beantragen, die sich mit der spezifischen Entwicklung des
339 sogenannten „Speckgürtels“ und mit der Zusammenarbeit mit dem Land Berlin befasst.

340 **Für gleichwertige Lebensverhältnisse an einem Strang ziehen**

341 Tatsächliche Landesentwicklung ist Sache aller Beteiligten - des Landes, und der Kommunen. Wir set-
342 zen uns dafür ein, dass in dieser Gemeinsamkeit der Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion mit
343 Leben erfüllt wird. Er ist die Grundlage für Regionalpläne, Regionale Entwicklungskonzepte und Fach-
344 planungen. Den Regionalen Planungsgemeinschaften kommt dabei eine wichtige Funktion bei der Um-
345 setzung der Ziele und Grundsätze der Landesentwicklungsplanung zu. Hier finden die Aushandlungen
346 zwischen den Kommunen zur Sicherung der Leistungen der Daseinsvorsorge statt. Dieser Prozess be-
347 darf einer breiten Diskussion. Es sind noch mehr Kommunikation, Erörterung und Information nötig.
348 Dem stellen wir uns.

349 Uns geht es um folgendes:

- 350 ● Wenn sich Berlin und Brandenburg tatsächlich gut entwickeln sollen, dann gilt es jetzt, weitere
351 staatsvertragliche Vereinbarungen zum Wohle beider Länder zu schließen und umzusetzen,
352 aber auch Staatsverträge mit Sachsen-Anhalt, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Nie-
353 dersachsen zu prüfen.
- 354 ● Das Beziehungsgefüge zu den Nachbarbundesländern und zu Polen muss gestärkt und ausge-
355 baut werden.
- 356 ● Wir wollen für eine langfristige Entwicklung in gesunder Luft und emissionsarmer Umgebung
357 dafür streiten, dass Brandenburg und Berlin weiter auf die Schiene und auf deren konsequenten
358 weiteren Ausbau setzen. Besonderes Augenmerk legen wir auf die Europäischen Achsen und
359 europäischen Korridore im Regional- und insbesondere Fernverkehr.

360

361 **Wohnen als Grundrecht sichern**

362 **Wohnen ist Menschenrecht**

363 Eine sichere und bezahlbare Wohnung gehört zu den Grundbedürfnissen des Menschen. Vor allem im
364 Berliner Umland und in einigen Städten droht Wohnraum zum Luxusartikel zu werden. Aber auch in den
365 berlinferneren Regionen steigen die Mieten und insbesondere in den Kommunen entlang der Hauptver-
366 kehrsachsen wird der Wohnraum knapp. Das führt zu sozialen Verdrängungsprozessen, die massive
367 Auswirkungen auf die Lebenswirklichkeit der Betroffenen haben. Um dieser Entwicklung entgegen zu
368 treten, hat die Landesregierung auf Initiative der LINKEN ein Wohnungsbauförderprogramm im Umfang
369 von 100 Millionen Euro jährlich auf den Weg gebracht.

370 Das neue soziale Wohnraumförderungsgesetz orientiert sich an Kriterien wie der sozialen Durchmi-
371 schung im Kiez, einem solidarischen Miteinander und der Schaffung neuer alternativer Wohnformen.
372 Das neue Zweckentfremdungsgesetz kann von den Kommunen genutzt werden, um Wohnraum auch
373 wirklich zum Wohnen zu sichern. Wir haben die gesetzlichen Bedingungen für den Bau und die Förde-
374 rung von studentischem Wohnraum im Land geschaffen.

375 **Wohnen für jeden Geldbeutel**

376 Unser Ziel ist es, dass alle Brandenburger*innen sich angemessenen und ihren Bedürfnissen entspre-
377 chenden Wohnraum dauerhaft leisten können. Wir wollen die Städte dabei unterstützen, Wohnraum
378 bereitzustellen und mit einer nachhaltigen Wohnungspolitik den Bedürfnissen der Bevölkerung Rech-
379 nung tragen.

380 Wir wollen, dass deutlich mehr bezahlbare Wohnungen für junge Leute, für Familien mit Kindern, für
381 Menschen mit weniger Einkommen, für Studierende und Azubis und für Menschen, die gemeinschaft-
382 lich wohnen wollen sowie mehr behinderten- und altersgerechten Wohnraum geschaffen werden.

383 Statt Verdrängung treten wir für eine soziale Durchmischung und für ein soziales Miteinander im Kiez
384 ein. Dafür machen wir uns stark. Die Wohnung darf nicht dem freien Spiel der wirtschaftlichen Interes-
385 sen überlassen werden. Der belegungsgebundene Wohnungsbau und Wohnungsbestand muss deutlich
386 erhöht werden. Bezahlbares Wohnen wird am besten durch kommunale Wohnungsbaugesellschaften
387 oder Wohnungsbaugenossenschaften gesichert. DIE LINKE fordert bundesgesetzliche Regelungen für
388 eine neue Gemeinnützigkeit im Wohnungsbau.

389 **Mietsteigerungen bremsen – öffentliches Eigentum stärken**

390 Wir sind davon überzeugt, dass sich soziales und bezahlbares Wohnen dauerhaft, nachhaltig und zuver-
391 lässig vor allem in öffentlicher Hand und in genossenschaftlicher Form sichern lässt. Deshalb wollen
392 wir Wohnungsbau im öffentlichen Eigentum und kommunales Wohnungseigentum auch künftig beson-
393 ders fördern, um sozialverträgliche Mietbedingungen zu gewährleisten. Wir wollen, dass die öffentliche
394 Hand wieder mehr selbst baut, auch um den Preisdruck im Bausektor zu umgehen.

395 Wir brauchen spürbar mehr bezahlbaren Wohnraum für Studierende an unseren Hochschulstandorten,
396 sollen sie auch weiterhin für Tausende Studierende attraktiv bleiben. Deshalb fordern wir vom Bund ein
397 Wohnheimprogramm mit bundesweit mindestens zusätzlichen 45.000 Wohnheimplätzen in Träger-
398 schaft der Studentenwerke.

399 Die Städtebauförderung soll eine zukunftsfähige und nachhaltige Entwicklung unserer Kommunen un-
400 terstützen. Deshalb wollen wir:

- 401 ● Städte entsprechend ihrer unterschiedlichen Bedarfe gezielt unterstützen.
- 402 ● nachhaltige, integrierte Stadtentwicklung vorantreiben.
- 403 ● kurze Wege in der Stadt fördern.
- 404 ● den energetischen Umbau in Stadt und Quartieren voranbringen,
- 405 ● den ökologischen Wohnungsbau stärken.
- 406 ● ausreichend barrierearmen und barrierefreien Wohnraum schaffen.
- 407 ● Stadtentwicklung und Mobilität stärker vernetzen.
- 408 ● unser baukulturelles Erbe sichern und gewachsene Identitäten bewahren.
- 409 ● interkommunale Kooperationen von Stadt und Umland unterstützen und weiterentwickeln.
- 410 ● den Rechtsrahmen des Landes für nachhaltiges Planen und Bauen weiter ausgestalten.
- 411 ● das Programm Stadtumbau mit seinen Säulen Stärkung der Innenstädte, energetische Sanie-
412 rungen und komplexe Sanierungen im Quartier kontinuierlich fortführen.

413 Es braucht erhebliche Anstrengungen zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums. Wir wollen:

- 414 ● die Attraktivität des Programms für sozialen Wohnungsbau durch andere Förderbedingungen
415 steigern und gegebenenfalls aufstocken. Das schließt die Unterstützung von Konzepten für eine
416 sozial gestaltete energetische Gebäudesanierung ausdrücklich mit ein, denn auch die Warm-
417 miete muss bezahlbar bleiben.
- 418 ● stärkere Anreize und bessere Bedingungen bei der Förderung zur Schaffung von dauerhaft
419 mietpreisgebundenem Wohnraum durch Kommunen und nicht profitorientierte und genossen-
420 schaftliche Bauträger schaffen.
- 421 ● Fördermöglichkeiten bei der Umwandlung bereits bestehenden Wohnraums in mietpreisgebun-
422 denen Wohnraum und beim Erwerb von Grundstücken für den sozialen Wohnungsbau schaffen.
- 423 ● alle landesrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Mietpreisanstieg zu bremsen und
424 die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen unter Genehmigungsvorbehalt zu stellen
425 sowie das kommunale Vorkaufsrecht zu erleichtern.
- 426 ● eine landeseigene Wohnungsgesellschaft schaffen, die als Projektpartner und eigenständiger
427 Bauträger insbesondere kleine und mittlere Kommunen dabei unterstützt, mehr bezahlbaren
428 Wohnraum zur Verfügung zu stellen und dauerhaft in öffentlicher Hand zu halten.

429 Auf Bundesebene werden wir uns für soziale Verbesserungen im Miet- und Baurecht einsetzen. Dazu
430 gehört eine wirkungsvolle Mietpreisbremse, die Abschaffung der Modernisierungumlage auf Mie-
431 ter*innen und die Einführung einer neuen Wohnungsgemeinnützigkeit ohne Verfallsdatum. Auch die

432 Entwicklung eines gemeinnützigen Wohnungsbestandes ist dringend notwendig. Die Bundesfinanzie-
433 rung für die Wohnraumförderung muss verbessert werden, die Ko-finanzierung des Landes werden wir
434 für alle Programme der Stadtentwicklung sicherstellen. Zur langfristigen Sicherung einer sozialen
435 Durchmischung der Wohnquartiere müssen sowohl die Förderbedingungen für den sozialen Wohnungs-
436 bau als auch die Sozialgesetzgebung angepasst werden, einschließlich der Regelungen zu den Kosten
437 der Unterkunft.

438 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die noch vorhandenen Altschulden von ostdeutschen Wohnungs-
439 unternehmen endlich erlassen werden. Die dadurch frei werdenden Mittel müssen zum Neubau von
440 sozialem Wohnraum und zur energetischen Sanierung bereits vorhandenen Wohnraums eingesetzt wer-
441 den.

442 **Öffentlicher Boden in öffentliche Hand**

443 Grund und Boden ist eine begrenzte Ressource von enormer Bedeutung für die soziale, ökologische
444 und demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft. Deshalb wollen wir die Privatisierung von Grund
445 und Boden stoppen. Landeseigene Grundstücke dürfen nicht mehr an Private verkauft werden. Eine
446 Nutzung durch Dritte soll nur noch über Erbpachtverträge mit strengen Auflagen (etwa für den sozialen
447 Wohnungsbau oder die umweltverträgliche Bewirtschaftung) erfolgen. An die Kommunen sollen landes-
448 eigene Grundstücke hingegen günstig oder kostenfrei abgegeben werden, sofern diese sie für Gemein-
449 wohlzwecke benötigen und eine Privatisierung ebenfalls ausschließen.

450 Das Land wird Kommunen ferner dabei unterstützen, mit den Berliner Stadtgütern Vereinbarungen über
451 die öffentliche oder gemeinnützige Nutzung von Flächen in deren Besitz zu verhandeln.

452 **Felder - Wälder - Teiche**

453 **Landbewirtschaftung und ländliche Räume gemeinsam denken**

454 Vor allem die Landwirtschaft steht seit Jahren im Mittelpunkt kontroverser gesellschaftlicher Diskussi-
455 onen. Für die Menschen in ländlichen Räumen hat sie als Arbeitgeberin, soziale Akteurin und Gestalterin
456 der Kulturlandschaft zentrale Bedeutung.

457 Die Privatisierung ehemals volkseigenen Bodens durch die bundeseigene BVVG wurde zum maßgebli-
458 chen Türöffner für landwirtschaftsfremdes Kapital zum Bodenmarkt. Diese landwirtschaftsfremden In-
459 vestoren sind – neben nicht kostendeckenden Erzeugerpreisen und Extremwetterlagen als Zeichen ei-
460 nes beginnenden Klimawandels – zur existenzbedrohenden Gefahr für die ortsansässigen Agrarbetriebe
461 geworden, sei es direkt durch den Aufkauf ganzer oder Anteile von Agrarbetrieben und indirekt durch
462 explodierende Bodenkauf- und Pachtpreise. Denn ihnen geht es nur um Maximalprofit – ohne Rücksicht
463 auf örtliche Strukturen, Umwelt oder Arbeitsplätze. Brandenburg muss alle Möglichkeiten ausschöpfen,
464 um dem einen Riegel vorzuschieben. Dazu gehört auch, den Druck auf den Bund zu erhöhen, die Priva-
465 tisierung ehemals volkseigener Flächen zu beenden und diese in einem öffentlichen Bodenfonds auf

466 Bundes- oder Landesebene für langfristige Verpachtung an ortsansässige Agrarbetriebe im Interesse
467 nachhaltiger Landnutzungskonzepte zu sichern.

468 Eine bundeseinheitliche Regulierung von Boden- und Anteilsverkäufen und bei der Besteuerung von
469 Verkäufen landwirtschaftlicher Flächen ist unabdingbar! Dafür wollen wir uns einsetzen. Bei der Ver-
470 pachtung landeseigener Flächen sollen ortsansässige Betriebe vorrangig berücksichtigt, sowie eine be-
471 sonders umweltgerechte Bewirtschaftung angestrebt werden.

472 Der beste Garant für eine verantwortungsvolle und nachhaltige Bewirtschaftung der Agrarflächen in
473 Brandenburg ist eine vielfältige Agrarstruktur mit einer breiten Eigentumsstreuung, vielfältigen Be-
474 triebsgrößen und regionaler Verankerung. Wir wollen die Stellung der Landwirt*innen in der Gesell-
475 schaft und der Wertschöpfungskette durch die Orientierung auf den Ausbau regionaler Kreisläufe für
476 Verarbeitung und Vermarktung stärken.

477 Wir haben eine Agrar-Leitbilddiskussion unter Beteiligung des Berufsstandes und der Zivilgesellschaft
478 angeschoben: Wie soll unsere Landwirtschaft in der Zukunft aussehen? Ein solches Leitbild soll Grund-
479 lage des Regierungshandelns werden, bei der Ausgestaltung der gesetzlichen Rahmenbedingungen und
480 der Agrarförderung ebenso, wie in der Bodenpolitik und beim Umgang mit landeseigenen Flächen.

481 Die Landwirtschaft muss sich, auch im eigenen Interesse, den Ursachen und den Herausforderungen
482 des Klimawandels stellen, sie soll nachhaltig und ohne Agrogentechnik produzieren, natürliche Res-
483 sourcen schonen und die biologische Vielfalt bewahren. Eine artgerechte, flächenangepasste Nutztier-
484 haltung ist wichtiger Teil der Landwirtschaft.

485 Deshalb wollen wir:

- 486 ● Agrarförderung so einsetzen, dass sich Tier-, Umweltschutz und hohe soziale Standards für die
487 Betriebe auch wirtschaftlich lohnen – sowohl bei der Flächenförderung als auch bei freiwilligen
488 Programmen.
- 489 ● Kontrollen, die sich konsequent auf tatsächliche Risiken für Gemeinwohlinteressen konzentrie-
490 ren.
- 491 ● die Mitwirkung des Landtags bei der Ausrichtung und Schwerpunktsetzung der Agrarförderung
492 in der nächsten EU-Förderperiode.
- 493 ● die Regeln der „Guten fachlichen Praxis“ in der Landwirtschaft aktualisieren und durch Grunds-
494 ätze und Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Landwirtschaft ergänzen.
- 495 ● der Umsetzung des Tierschutzplans einen deutlichen Schub geben und die dafür notwendigen
496 Ressourcen, beispielsweise für die Umsetzung des Verbots der betäubungslosen Ferkelkastra-
497 tion, der Abkehr von engen Kastenständen für Sauen und den Verzicht auf das Kupieren von
498 Schwänzen, bereitstellen.
- 499 ● den neu eingerichteten Tierschutzberatungsdienst weiter stärken, das Amt des Tierschutzbe-
500 auftragten weiterführen.
- 501 ● einen landesweiten Aktionsplan Regionalvermarktung für konventionell und ökologisch er-
502 zeugte Produkte initiieren. Damit wollen wir einerseits den Aufbau regionaler

503 Verarbeitungsstrukturen fördern, um den Bedarf an regional und ökologisch erzeugten Produk-
504 ten in den Regionen, insbesondere auch in Berlin, zu decken. Andererseits geht es dabei auch
505 um mehr regionale Wertschöpfung und die Sicherung landwirtschaftlicher Einkommen sowie
506 eine bessere Umwelt- und Klimabilanz der Produktion.

- 507 ● die Förderung des Ökolandbaus durch Bewirtschaftungs- und Umstellungsprämien so ausricht-
508 ten, dass das Ziel eines 20%igen Anteils an der Gesamtanbaufläche erreicht wird.
- 509 ● der Bedeutung der Weidetierhaltung, insbesondere von Schafen und Ziegen, zum Erhalt der
510 Kulturlandschaft und der biologischen Vielfalt gerecht werden, indem eine – möglichst aus EU-
511 Mitteln finanzierte – tierbezogene Weidetierprämie eingeführt wird. Wir werden uns weiter auf
512 Bundes- und Landesebene für einen Rechtsanspruch der Weidetierhaltung auf angemessene
513 finanzielle und rechtliche Unterstützung und Beratung beim Herdenschutz einschließlich Scha-
514 densausgleich einsetzen.
- 515 ● den Maßnahmenkatalog Gartenbau von 2018 bei der Förderung, der Bereitstellung von Bera-
516 tungsangeboten und dem Erhalt des Versuchswesens (Obstbauversuchsanstalt Müncheberg)
517 umsetzen.
- 518 ● eine Beteiligung Brandenburgs am EU-Schulobstprogramm.

519 **Zukunftsfeste Forstwirtschaft**

520 Wald bedeckt ein Drittel der Landesfläche. Er hat eine herausragende Bedeutung als Rohstoffquelle
521 und Wertschöpfungsfaktor im ländlichen Raum, aber genauso auch als Erholungsraum für die Men-
522 schen, für Artenvielfalt und Klimaschutz.

523 Um die Funktion und die gesunde Entwicklung der Brandenburger Wälder auch in Zukunft zu gewähr-
524 leisten, brauchen wir eine leistungsfähige Landesforstverwaltung. Der Reformmarathon der letzten
525 Jahrzehnte muss beendet werden. Leistungen wie die Beratung von und Hilfestellungen für Kleinwald-
526 besitzer*innen liegen im öffentlichen Interesse und dürfen nicht privatisiert werden. Die Forstverwal-
527 tung ist Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch künftig sollen Förster*innen als Ansprechpart-
528 ner*innen im ländlichen Raum zur Verfügung stehen.

529 Wir wollen konkret:

- 530 ● dass der Landeswald seiner Vorbildwirkung bei der Schutz- und Erholungsfunktion weiter nach-
531 kommen kann. Er ist unverkäuflich.
- 532 ● den Waldumbau für eine ökologische Aufwertung des Waldes, Verminderung von und Anpas-
533 sung an Klimaveränderungen sowie vorbeugende Waldbrandschutzkonzepte verstärkt voran-
534 treiben. Dazu ist gemeinsam mit der Jäger*innenschaft auch ein angepasster Wildbestand an-
535 zustreben.
- 536 ● überprüfen, ob die vorhandenen Aufgaben der Forstverwaltung mit dem geplanten Personal
537 erledigt werden können. Andernfalls muss hier nachgesteuert werden. Um die Altersstruktur
538 im Forstbetrieb zu verbessern, ist unabhängig davon ein Einstellungskorridor auf allen Ebenen
539 erforderlich.

540 **Stärkung der Fischerei**

541 Erwerbs- und Freizeitfischerei sind wichtige Faktoren der Wertschöpfung im ländlichen Raum und ver-
542 sorgen uns mit gesunden, regional erzeugten Lebensmitteln. Die Teichwirtschaften als fischereiwirt-
543 schaftliche Betriebsstätten leisten einen großen Beitrag zum Erhalt von Landschafts- und Lebensräu-
544 men geschützter Arten. Die wirtschaftliche Situation vieler dieser Betriebe ist schwierig, nicht zuletzt
545 angesichts der Zunahme geschützter fischfressender Tierarten in den Teichanlagen.

546 Wir wollen:

- 547 ● existenzgefährdete Teichwirtschaften durch eine Grundförderung unterstützen.
- 548 ● den finanziellen Ausgleich für Schäden durch geschützte Arten fortführen.
- 549 ● in Schutzgebieten verlässliche Regelungen zur guten fachlichen Praxis der Fischereiwirtschaft
- 550 schaffen.

551 **Gesunde Umwelt**

552 **Lebensgrundlagen schützen!**

553 Eine intakte Natur und Umwelt ist zwingende Voraussetzung für ein gesundes Leben heutiger und zu-
554 künftiger Generationen. Wohlhabende können sich heute besser vor Umweltschäden schützen und ha-
555 ben es leichter, gesund und nachhaltig zu leben, als Menschen mit wenig Geld. Der sozialökologische
556 Umbau hat zum Ziel, die natürlichen Lebensgrundlagen für alle Menschen zu bewahren. Für DIE LINKE
557 ist Umweltpolitik deshalb immer auch Sozialpolitik.

558 Ausdruck dieses Gedankens ist die Nachhaltigkeitsstrategie des Landes Brandenburg, die 2014 be-
559 schlossen wurde. Ihre Umsetzung ist ins Stocken geraten, ihre Potentiale wurden nicht voll genutzt.

560 Der Verlust an biologischer Vielfalt, z. B. das Insektensterben, ist ein Warnsignal, das in der Natur etwas
561 nicht in Ordnung ist. Das Maßnahmenprogramm Biologische Vielfalt bietet gute Ansätze für wirksame
562 Naturschutzmaßnahmen. Es ist aber nicht konkret und verbindlich genug.

563 Wolf, Biber und Kormoran sind wieder eingewandert und sorgen für Konflikte mit Landnutzer*innen.
564 Wir müssen einen Weg finden, mit diesen Arten umzugehen, die zu unserer Landschaft gehören und
565 dauerhaft eine Herausforderung für die Landwirtschaft sind, bei deren Bewältigung die Unterstützung
566 der Gesellschaft gebraucht wird.

567 Alleen sind ein Markenzeichen des Landes, werden von Besucher*innen viel bewundert und vermitteln
568 Heimatgefühl. Die Alleenkonzption von 2007 hat sich allerdings als nicht geeignet erwiesen, den Al-
569 leenbestand für die Zukunft zu sichern. Die darin festgeschriebenen Ziele für Alleebaumpflanzungen
570 wurden bei weitem verfehlt.

571 Hochwasserschutz ist ein wichtiger Teil der Daseinsvorsorge. Dank großer Anstrengungen in den ver-
572 gangenen Jahren ist Brandenburg heute wesentlich besser auf Hochwassersituationen vorbereitet.

573 Viele Vorhaben, insbesondere die entscheidend wichtigen Projekte zur Schaffung zusätzlicher Retenti-
574 onsräume im Rahmen des Nationalen Hochwasserschutzprogramms, befinden sich aber noch in der
575 Planungsphase.

576 Die anfallenden Abfallmengen sind nach wie vor zu hoch. Es gilt, viel konsequenter eine Müllvermeidung
577 und Wiederverwendung zu erreichen. Wir wollen in Brandenburg unseren Beitrag dazu leisten und ins-
578 besondere die Reduzierung von Plastik und Mikroplastik in den Blick nehmen. Die illegalen Abfalllager
579 stellen eine erhebliche Belastung für die betroffenen Kommunen dar und sind eine Gefahr für die Um-
580 welt.

581 Die Einhaltung des Klimaschutzabkommens von Paris ist eine Voraussetzung für eine zukunftsfähige
582 Entwicklung weltweit. Dazu muss jede Region ihren Beitrag leisten. Brandenburg muss alles dafür tun,
583 seinen Anteil für die Einhaltung der deutschen Klimasziele beizusteuern. Dies betrifft nicht nur
584 den Energiesektor, sondern beispielsweise auch Mobilität, Städtebau und Landwirtschaft. Auch die
585 Klimaanpassung etwa in der Land-, Forst und Wasserwirtschaft ist eine große Herausforderung.

586 **Umwelt umfassend schützen**

587 Umweltschutz muss in allen Belangen mitgedacht und in allen Lebensbereichen praktisch umgesetzt
588 werden.

589 Deshalb wollen wir:

- 590 ● den Nachhaltigkeitsprozess wesentlich ambitionierter fortsetzen und die Nachhaltigkeitsstra-
591 tegie mit verbindlichen und abrechenbaren Zielen und konkreten Maßnahmen untersetzen. Da-
592 bei ist die Beteiligung der Zivilgesellschaft unverzichtbar. Wir wollen erneut einen Nachhaltig-
593 keitsbeirat berufen. Nachhaltigkeit muss zentrales Regierungsprinzip werden.
- 594 ● das Maßnahmenprogramm Biologische Vielfalt fortschreiben und umsetzen. Schwerpunkte da-
595 bei sind die bessere Verzahnung mit weiteren Förderprogrammen, eine Minimierungsstrategie
596 für Pestizide wie Glyphosat, eine bessere Beratung für nachhaltige Landwirtschaft, vor
597 allem im konventionellen, aber auch im Ökolandbau, sowie die Unterstützung kommunaler Ini-
598 tiativen.
- 599 ● gemeinsam mit den Landnutzer*innen einen Aktionsplan zum Erhalt und zur Entwicklung ex-
600 tensiv genutzter Kulturlandschaften aufstellen, um diese Gebiete mit besonders hoher Arten-
601 vielfalt für die Zukunft zu sichern.
- 602 ● Agrarumweltmaßnahmen auf Ackerstandorten, etwa Blühflächen und Gewässerrandstreifen,
603 wieder fördern. Alternative Ackerkulturen mit ökologischem Mehrwert und Klimaschutzeffek-
604 ten (z. B. zur der Anbau zur stofflichen Nutzung von Miscanthus oder Hanf) sollen unterstützt
605 werden.
- 606 ● regionale Projekte, die Naturschutz, Landnutzung und Regionalentwicklung miteinander verbind-
607 en und künftig verstärkt fördern.
- 608 ● das „Grüne Band“ im ehemaligen Grenzgebiet an der Elbe zu einem Nationalen Naturmonument
609 entwickeln. Mit Hilfe des Bundesprogrammes „Blaues Band“ wollen wir Nebenwasserstraßen

- 610 wieder in einen naturnahen Zustand versetzen und den Biotopverbund an den Wasserstraßen
611 fördern. Den weiteren Ausbau natürlicher Flussläufe, etwa der Oder, lehnen wir ab.
- 612 ● die Koexistenz wieder angesiedelter, ehemals gefährdeter Tierarten wie Biber, Wolf oder Kor-
613 moran mit dem Menschen durch Prävention und Schadensausgleich verbessern.
 - 614 ● eine Flächenschutzstrategie für Brandenburg erarbeiten, die den Flächenverbrauch und den
615 Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche verringert.
 - 616 ● die Arbeit des Büros der anerkannten Naturschutzverbände stärker unterstützen, Weiterbil-
617 dungsangebote für ehren- und hauptamtliche Naturschützer*innen weiter ausbauen, das Frei-
618 willige Ökologische Jahr in bisherigem Umfang fortführen und die Projektförderung bei der Bil-
619 dung für nachhaltige Entwicklung wieder einführen.
 - 620 ● die Großschutzgebiete als Infrastrukturprojekte zu entwickeln besonders unterstützen und per-
621 sonell stärken. Wünsche nach Erweiterungen von Großschutzgebieten aus den Kommunen sol-
622 len unvoreingenommen geprüft werden. Die Naturwacht und die Besucher*innenzentren müs-
623 sen finanziell gesichert werden.
 - 624 ● eine neue Strategie für den Schutz unserer Alleen entwickeln. Der Bestand muss effektiv ge-
625 schützt und Nachpflanzungen im erforderlichen Umfang gesichert werden.
 - 626 ● Kleingartenanlagen als grüne Areale und wertvolle Naherholungsflächen, insbesondere in den
627 Städten, erhalten und schützen.
 - 628 ● die Maßnahmen im Hochwasserschutz mit ausreichenden Ressourcen untersetzen und umset-
629 zen sowie das Augenmerk auch auf kleinere Flüsse richten. Dadurch sollen die Hochwasser-
630 gefahr gemindert und die Reaktionsmöglichkeiten auf Extremwetterlagen verbessert werden.
 - 631 ● das Moorschutzprogramm zugunsten von Klimaschutz, Bodenschutz und Biodiversität weiter
632 vorantreiben und dabei eine extensive Nutzung fördern. Die MoorFutures als Finanzierungs-
633 möglichkeit für den Moorschutz sollen stärker beworben werden.
 - 634 ● die Anstrengungen zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie intensivieren, um vor allem die
635 Qualität des Grundwassers und der Oberflächengewässer zu verbessern. Dazu wollen wir die
636 Anlage verpflichtender Gewässerrandstreifen mit extensiver Nutzung im Wassergesetz fest-
637 schreiben.
 - 638 ● dem Schutz der Spree und ihrer Zuflüsse vor Verockerung bei der Bergbausanierung und im
639 aktiven Bergbau einen hohen Stellenwert einräumen. Auf Grundlage der zu erarbeitenden Ziel-
640 werte für Eisenocker und Sulfat müssen ambitionierte Maßnahmen geplant und umgesetzt wer-
641 den.
 - 642 ● den Schwerpunkt der Landesförderung bei Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung
643 auf die Schaffung nachhaltiger und zukunftsfähiger Strukturen legen.
 - 644 ● uns auf Bundesebene für ein Verbot von Mikroplastik in Kosmetika und Reinigungsmitteln ein-
645 setzen sowie für eine europaweite Abgabe auf Einwegplastik. Außerdem wollen wir gerade beim
646 Plastik endlich eine konsequente Kreislaufführung zum schonenden Umgang mit den Ressour-
647 cen. Auf allen Ebenen sollen Initiativen zur Vermeidung von Verpackungsmüll und insbesondere
648 von Plastikabfällen unterstützt werden.

- 649 ● gemeinsam mit Vertreter*innen der Landwirtschaft darauf hinwirken, negative Umweltfolgen
650 des Folienanbaus von Gemüse, durch Vermeidung beziehungsweise Wiederverwendung, zu mi-
651 nimieren.
- 652 ● einen Plan für die Sicherungs-, Sanierungs- und Beräumungsaktivitäten an den illegalen Abfall-
653 lagern auf der Grundlage aktueller Gefahrenbeurteilungen aufstellen und die Umsetzung absi-
654 chern.

655 **Energiewende in Brandenburg - erneuerbar, dezentral und sozial**

656 Die LINKE Brandenburg engagiert sich für eine zukunftsfähige und nachhaltige Energiepolitik in Bran-
657 denburg, die mit den vorhandenen Ressourcen so sparsam wie möglich umgeht, die Umwelt so gering
658 wie möglich belastet und eine langfristig gesicherte, bezahlbare und zuverlässige Energieversorgung
659 ermöglicht. Für uns ist die Energieversorgung Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. Strom und
660 Wärme müssen allen Menschen zur Verfügung stehen – bezahlbar, gerecht verteilt, zuverlässig und
661 nachhaltig umweltverträglich.

662 Die dezentrale Energieerzeugung auf Basis erneuerbarer Energie schützt Klima und Natur, sichert und
663 schafft Arbeitsplätze in Handwerk, Industrie und Forschung und ermöglicht die Demokratisierung der
664 Energieversorgung, z. B. durch die Beteiligung von Bürger*innen bei der Erzeugung. Deshalb haben wir
665 in Brandenburg bereits frühzeitig die Energiewende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe angenommen
666 und den Ausbau der erneuerbaren Energien konsequent vorangetrieben. Zwei Drittel des Stromver-
667 brauchs in Brandenburg werden mittlerweile aus erneuerbaren Energien gedeckt. Mit aktuell rund
668 3.750 Windenergieanlagen mit einer installierten Leistung von rund 6.850 Megawatt, 35.000 Photovol-
669 taikanlagen sowie über 500 Biomasseanlagen verfügen wir im bundesweiten Vergleich über die höchste
670 installierte elektrische Leistung aus erneuerbaren Energien pro Einwohner*in.

671 Um den sozial ausgestalteten energiepolitischen Weg des Landes weiterzugehen, muss die Energie-
672 wende von breiten Teilen der Bevölkerung des Landes weiterhin unterstützt und müssen die Einwände,
673 insbesondere der ländlichen Bevölkerung, ernst genommen werden. Denn zunehmend treten Akzep-
674 tanzprobleme auf. Dieser Ausbau erfordert auch, dass die in den betroffenen Regionen lebenden Men-
675 schen stärker einbezogen werden und den Ausbau mittragen. Dort, wo der Ausbau stattfindet, müssen
676 aber auch die Kommunen finanziell vom Ausbau der Windenergie profitieren.

677 Als Energieland müssen wir in Brandenburg auch eine Vorreiterrolle beim Klimaschutz einnehmen. In
678 den Mittelpunkt moderner brandenburgischer Energiepolitik gehören deshalb weiterhin die Steigerung
679 der Energieeffizienz, die Senkung des Energieverbrauchs und der weitere Ausbau der erneuerbaren
680 Energien. Darüber hinaus brauchen wir energetische Umwandlungsverfahren und Langzeitspeicher.

681 Wir wollen:

- 682 ● die dezentrale Energieversorgung auf regionaler und lokaler Ebene u. a. durch Energiegenos-
683 senschaften und andere Beteiligungsmodelle fördern.

- 684 ● Speichertechnologien fördern und das 1000-Speicher-Programm sowie das RENplus-Förder-
685 programm fortsetzen.
- 686 ● den Ausbau von Photovoltaik-Anlagen auf versiegelten Flächen, insbesondere durch ein 1.000
687 Dächer-Programm unterstützen.
- 688 ● die Förderung von kommunalen und regionalen Energiekonzepten wieder aufnehmen, deren Um-
689 setzung unterstützen und Anreize für Kommunen um kommunale Energie- und Klimaschutz-
690 Beauftragte einzusetzen.
- 691 ● Investitionen von kleinen und mittleren Unternehmen zur Verbesserung der Energieeffizienz
692 und Energieeinsparung fördern.
- 693 ● die Ansiedlung eines sogenannten „Reallabors“ zur Erforschung von Power-to-X-Technologien
694 in der Lausitz unterstützen.
- 695 ● die Beteiligung von Anwohner*innen und Kommunen an den Erlösen von Windkraftanlagen
696 durch eine entsprechende Abgabe ermöglichen.
- 697 ● uns für geeignete Maßnahmen zur Entlastung bei den Strompreisen, z. B. der Absenkung der
698 Stromsteuer auf Bundesebene einsetzen.
- 699 ● uns für die Förderung der Markteinführung von Umwandlungs- und Speichertechnologien z. B.
700 Power-to-Gas einsetzen.
- 701 ● die Fortschreibung der Energiestrategie 2030 in Verbindung mit der Überarbeitung des dazu-
702 gehörigen Maßnahmenpaketes.
- 703 ● einen intensiven Dialog mit den Akteur*innen der Energiewirtschaft und eine stärkere Einbe-
704 ziehung der Stadtwerke und anderer regionaler Versorgungsunternehmen in einem Bündnis
705 „Energie für Brandenburg – erneuerbar, sicher und bezahlbar“, um mehr Wertschöpfung und
706 Ertrag in der Region zu halten, statt die Gewinne von Energieriesen zu füttern.

707 Dem Klimawandel kann nur ohne die CO₂-intensive Verstromung fossiler Energieträger wirksam bege-
708 net werden. Wir wollen, dass Brandenburg seinen eigenen Strombedarf bis 2020 rechnerisch zu 100
709 Prozent aus erneuerbaren Energien deckt und bis 2030 rechnerisch zur 100%igen Deckung aus erneu-
710 erbaren Energien des Bedarfes der Region Berlin-Brandenburg beiträgt, dazu ist es notwendig, die Ener-
711 giestrategie 2030 zu evaluieren, fortzuschreiben und dann konsequent umzusetzen.

712 **Sozialverträglicher Ausstieg aus der Braunkohleverstromung**

713 DIE LINKE steht für einen sozialverträglichen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung - so schnell wie
714 möglich. Daran arbeiten wir. Die öffentliche Hand darf nicht auf den Kosten der Rekultivierung und
715 denen des Wasserhaushaltes sitzen bleiben. Es gilt das Verursacher*innenprinzip.

716 Den Neuaufschluss von Tagebauen lehnen wir weiterhin ab. Für die Inanspruchnahme von Welzow-Süd
717 II sehen wir keine energiewirtschaftliche Notwendigkeit. Wir sind gegen die Abaggerung von
718 Proschim/Prožym. Wir erwarten, dass sich auch die LEAG dem Strukturwandel stellt und mit zuneh-
719 mend verändertem Profil ihren Teil zur Bewältigung dieser Herausforderungen beiträgt. Die Rückstel-
720 lungen für Renaturierung und Sanierung des Gewässerhaushaltes der laufenden Tagebaue müssen

721 werthaltig gesichert werden, z. B. durch die Überführung von Barmitteln des Bergbaubetreibers in einen
722 insolvenzfesten Sicherungsfonds, damit für diese Kosten nicht die öffentliche Hand aufkommen muss.

723 Für das zunehmende Auftreten von Spätfolgen des Altbergbaus durch den Grundwasseranstieg, wie z.
724 B. in Lauchhammer, erwarten die betroffenen Brandenburger*innen zu Recht Lösungen. In erster Linie
725 sehen wir dabei den Bund in der Pflicht. Auf Landesebene werden wir uns für die Fortführung des aktu-
726 ellen Verwaltungsabkommens Braunkohlesanierung über das Jahr 2022 hinaus einsetzen.

727 Wir setzen alles daran, dass die im Abschlussbericht der Kommission für Wachstum, Beschäftigung und
728 Strukturwandel enthaltenen Maßnahmen umgesetzt werden. DIE LINKE fordert, diesen schnellstmög-
729 lich in politische Entscheidungen und gesetzliche Regelungen zu überführen. Der Kohleausstieg muss
730 kommen!

731 **Verlässlich mobil in allen Regionen**

732 **Vorrang für den ÖPNV**

733 DIE LINKE steht für eine moderne und nachhaltige Mobilitätspolitik, die den veränderten Bedürfnissen
734 der Bevölkerung nach Mobilität von Haustür zu Haustür besser Rechnung trägt und ihren Beitrag zum
735 Klimaschutz leistet. Die Verkehrswende ist überfällig, erfordert aber dringend eine andere Verkehrspo-
736 litik im Bund. Ziel ist eine deutlich bessere Mobilität bei reduziertem Straßenverkehr.

737 Auf Initiative der LINKEN hat die Landesregierung eine Mobilitätsstrategie erarbeitet. Auch wenn sie
738 aus unserer Sicht einige Mängel (vor allem im ländlichen Raum) aufweist, hat sie doch erste Impulse
739 für neue und bessere öffentliche Verkehrsleistungen und für die Stärkung des Umweltverbundes von
740 ÖPNV, Rad- und Fußgängerverkehr ausgelöst.

741 Wir haben die Finanzierung des ÖPNV gestärkt, fördern die Barrierefreiheit und die Straßenbahnmoder-
742 nisierung in unseren Städten. Die Plus-Bus-Strecken ergänzen besser den Bahnverkehr, es gibt neue
743 Möglichkeiten für die Umgestaltung von Bahnhofsgebäuden zu Mobilitätszentren und anderes mehr.
744 Vieles davon ist in den neuen Landesnahverkehrsplan 2018-22 eingeflossen.

745 Erstmals gibt es eine Investitionsvereinbarung der Länder Berlin und Brandenburg mit der DB AG zu
746 zahlreichen Netzmodernisierungen und -erweiterungen, damit künftig schnelle Strecken und mehr Netz
747 für den Regionalbahnverkehr und die S-Bahnen zur Verfügung stehen.

748 Mit dem Sozialticket und neuerdings auch mit dem Azubiticket haben wir günstige Angebote zur ÖPNV-
749 Nutzung im Tarifgebiet des Verkehrsverbunds Berlin-Brandenburg (VBB) geschaffen. Zusätzlich werden
750 wir Auszubildende mit einem Mobilitätzuschuss in Höhe von 50 Euro monatlich unterstützen.

751 **Mobilität steigern**

752 Wir wollen dem drohenden „Verkehrsinfarkt“, der auf fast allen Hauptdurchgangsstraßen der Städte
753 und Gemeinden mindestens im Berufsverkehr greifbar ist, entgegensteuern. Dafür wollen wir den ÖPNV
754 deutlich attraktiver gestalten. ÖPNV muss zuverlässiger und öfter auch in den berlinferneren Orten
755 stattfinden, so dass mehr Menschen vom Auto auf Busse und Bahnen umsteigen.

756 In Zukunft wollen wir einen solidarisch finanzierten „fahrscheinlosen Nahverkehr“: jede*r soll, ohne ein
757 Ticket lösen zu müssen, mit Bus und Bahn in ganz Brandenburg fahren können. Dazu werden wir unter-
758 schiedliche Finanzierungs- und Einführungsmodelle prüfen und diskutieren. Ein leistungsfähiger und
759 attraktiver ÖPNV braucht motivierte Mitarbeiter*innen. Wir stehen deshalb für gute Arbeitsbedingun-
760 gen, eine umfassende Tarifbindung und die Stärkung der Gewerkschaften und Betriebsräte in den Ver-
761 kehrsunternehmen.

762 Die Stadtentwicklungspolitik soll darauf ausgerichtet werden, unnötigen Verkehr zu vermeiden, z. B.
763 durch die „Stadt der kurzen Wege“, in der das Auto eine immer geringere Rolle spielt, weil das ÖPNV-
764 Angebot überzeugend ist. Dem Fahrrad werden wir die Bedeutung zuerkennen, die es als immer häufi-
765 ger genutztes Verkehrsmittel verdient und die Infrastruktur für das Radfahren verbessern

766 Der Güterverkehr auf der Straße ist nennenswert am drohenden „Verkehrsinfarkt“ und der durch den
767 Verkehr sinkenden Lebensqualität beteiligt. Wir werden dafür eintreten, dass Güterverkehr von der
768 Straße auf die Schiene und auf die Wasserstraßen verlagert wird. Hierzu werden wir auch darauf drän-
769 gen, dass die Deutsche Bahn AG (DB AG) stärker in die Pflicht genommen wird. Wir brauchen neue
770 bundesgesetzliche Regelungen für eine nachhaltige Güterverkehrspolitik auf der Schiene und der Was-
771 serstraße.

772 Beim Eisenbahnregionalverkehr setzen wir uns insbesondere für eine Taktverdichtung auf stark fre-
773 quentierten Linien, ein besseres Angebot am Abend und an den Wochenenden, die Reaktivierung wei-
774 terer Eisenbahnverbindungen und die Verbesserung des grenzüberschreitenden Bahnverkehrs nach Po-
775 len ein.

776 **Überall flexibel und fahrscheinlos mobil**

777 Die Reduzierung von Autoverkehr kann nur gelingen, wenn überzeugende und attraktivere Alternativen
778 zur Verfügung stehen.

779 Deshalb wollen wir konkret:

- 780 ● dafür Sorge tragen, dass die Investitionsvereinbarung i2030 der Länder Berlin und Brandenburg
781 mit der DB AG konsequent umgesetzt und fortgeschrieben wird. Die Planung und der Ausbau
782 des Schienenpersonennahverkehrs müssen dabei zügiger vorangetrieben werden.
- 783 ● die Kommunen dabei unterstützen, den ÖPNV so ausbauen, dass er auch wieder und gut in den
784 kleineren und berlinferneren Gemeinden und Orten erlebbar wird.

- 785 ● Straßenbahnen und O-Busse als besonders umweltfreundliche und lokal emissionsfreie Ver-
786 kehrsmittel weiter fördern. Dazu gehört für uns auch die Prüfung der Machbarkeit von „Über-
787 land-Straßenbahnen“.
- 788 ● Modellprojekte mit den Kommunen entwickeln, um einen “fahrscheinlosen ÖPNV“ zu erproben.
789 Außerdem wollen wir die Diskussion zur Umsetzung eines fahrscheinlosen Personenverkehrs
790 im VBB initiieren.
- 791 ● den massiven Ausbau von Parken und Reisen-Parkplätzen (P+R) an den Bahnhöfen fördern und
792 so dazu beitragen, dass umsteigewillige Kfz-Nutzer*innen ihr Auto auch stehen lassen können.
793 Taktung, Linienführung und Vernetzung von Bus und Bahn muss verbessert werden.
- 794 ● Mobilität für alle und das Zusammenwirken der verschiedenen Verkehrsträger in einem Mobi-
795 litätsgesetz regeln.
- 796 ● die Attraktivität des Mobilitätstickets steigern und auf Berlin ausweiten.
- 797 ● die Eigenmittel des Landes zur Sicherung der Mobilität in allen Regionen schrittweise erhöhen.
- 798 ● mit der Förderung von kommunalen und genossenschaftlichen Car-Sharing-Angeboten zusätz-
799 liche Angebote schaffen, um gänzlich auf ein eigenes Auto verzichten zu können. Car-Sharing-
800 Angebote sollen insbesondere eine Vernetzung von ÖPNV und Individualverkehr herstellen.

801 Die Nutzung des Fahrrades als Verkehrsmittel von zunehmender Bedeutung wollen wir gezielt fördern
802 durch:

- 803 ● die Sanierung und den weiteren Ausbau möglichst guter und sicherer Radwege innerorts und
804 außerorts einschließlich Lückenschließungen im Radwegenetz. Mitnahmemöglichkeiten für
805 Fahrräder in den Zügen sollen verbessert werden und es sollen an den Bahnhöfen auch
806 „Bike+Ride“-Fahrradparkhäuser für das sichere Unterstellen entstehen.
- 807 ● die Förderung von Lastenfahrrädern als Träger des privaten und kleineren gewerblichen Güter-
808 verkehrs in den Städten.
- 809 ● die Errichtung von „Radschnellwegen“.
- 810 ● die Erstellung eines landesweiten Fahrradkonzepts, das Infrastruktur und Dienstleistungsange-
811 bote umfasst. Es soll in einer institutionalisierten „Fahrradkonferenz Brandenburg“ unter Betei-
812 ligung von Vereinen, Verbänden, Kommunen und Öffentlichkeit erarbeitet werden.

813 Wir befürworten eine Ertüchtigung der technischen Anlagen an den Wasserstraßen, lehnen aber einen
814 Ausbau der Flüsse ab. Die Güterverkehrszentren im Land sollen für bessere kombinierte Verkehre wei-
815 ter qualifiziert werden.

816 Das Verkehrssicherheitskonzept mit dem Ziel der „Null-Tote-Vision“ im Unfallgeschehen soll unter be-
817 sonderer Berücksichtigung der Prävention in Kita und Schule fortgeschrieben und umgesetzt werden.

818 Der Flughafen BER muss endlich fertiggestellt werden. Wir werden uns auch weiter dafür einsetzen, mit
819 den weiteren Gesellschaftern Berlin und dem Bund zu einer verbindlichen Regelung zur Ausweitung der
820 Nachruhe am BER zu kommen. Wir streben an, dass mittelfristig das Personal für Boden-, Sicherheits-
821 und sonstige Dienstleistungen in die Flughafengesellschaft integriert wird.

823 **2_ Gerechte Chancen für alle – Soziale Politik für** 824 **Brandenburg**

825 Brandenburg ist ein Land, in dem unterschiedliche Menschen in vielfältigen Formen zusammen leben,
826 arbeiten und ihre Freizeit gestalten. Menschen aus mehreren Generationen, im Land Brandenburg oder
827 andernorts geboren, arm und reich. Für all diese Menschen muss ein Leben in Würde und Wohlergehen
828 möglich sein. Uns ist dabei die Teilhabe jeder und jedes Einzelnen wichtig. Daher erstreckt sich unser
829 Verständnis von Sozialpolitik über ein weites Feld von Lebenslagen und Gesellschaftsbereichen.

830 **Für einen guten Start ins Leben**

831 **Arme Familien – arme Kinder**

832 Armut, Armutsgefährdung und Kinderarmut gehören nach wie vor zu den drängendsten sozialen Prob-
833 lemen im Land.

834 Kinderarmut ist kein Problem, das isoliert gelöst werden kann, denn Kinderarmut bedeutet immer auch
835 Armut der Eltern. Insbesondere Alleinerziehende und Familien mit drei und mehr Kindern sind hiervon
836 betroffen. Notwendig sind Konzepte und Maßnahmen, die den Familien als Ganzes zugutekommen.
837 Zugleich müssen Nachteile für Kinder und Jugendliche aus armen Familien durch staatliche und gesell-
838 schaftliche Anstrengungen so weit wie nur möglich kompensiert werden.

839 **Familien unterstützen – Kinderarmut bekämpfen**

840 DIE LINKE kämpft dafür, dass jedes Kind gleichberechtigt sein Recht auf Bildung, Teilhabe und gesun-
841 des Aufwachsen wahrnehmen kann. Kinderarmut hat viele Ursachen und liegt deshalb in den Händen
842 vieler Verantwortlicher. Deshalb braucht es ineinandergreifende Unterstützungen, die wirklich ankom-
843 men.

844 Deshalb wollen wir:

- 845 ● uns in der Landesregierung gemeinsam mit anderen Bundesländern auf der Bundesebene wei-
846 ter für die Einführung einer Kindergrundsicherung einsetzen.
- 847 ● Familienarmut durch die Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bekämpfen.
- 848 ● „Familienpässe“ zur Erleichterung des Zugangs zu Kultur- und Freizeiteinrichtungen fortführen.
- 849 ● die Umsetzung des Präventionsgesetzes und der seit 2015 bestehenden Kindergesundheits-
850 konferenzen weiter vorantreiben.
- 851 ● die Familienferienzuschüsse in Höhe von 300.000 Euro jährlich verstetigen und die finanzielle
852 Unterstützung der Kinder- und Jugendholungszentren (KiEZ'e) im Land ausbauen.
- 853 ● den Wettbewerb „Familien- und Kinderfreundliche Gemeinde“ fortsetzen und gute Beispiele
854 landesweit bekannt machen.

- 855 ● die Ergebnisse des von der LINKEN initiierten landesweiten Runden Tisches gegen Kinderarmut
856 zügig umsetzen.
- 857 ● die Einrichtung weiterer regionaler Runder Tische unterstützen und fördern, sowie regionale
858 Aktivitäten im Kampf gegen Kinderarmut und ihre Folgen unterstützen. Dabei orientieren wir
859 uns am „Dormagener Modell“: ein koordiniertes Netzwerk aus Jugendamt, Sozialarbeiter*in-
860 nen, Ärzt*innen und Lehrer*innen unterstützt dort betroffene Familien vom Tag der Geburt an.
- 861 ● bestehende Projekte, insbesondere das Modellprojekt der „Schulgesundheitsfachkräfte“ fort-
862 führen und ausbauen.
- 863 ● eine möglichst unbürokratische Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets sichern.

864 **Der Jugend gehört nicht nur die Zukunft, sondern auch die Gegen-** 865 **wart**

866 **Kämpferisch für die Zukunft**

867 Nicht erst seit den „Fridays for future“ Demonstrationen engagieren sich Kinder und Jugendliche auf
868 unterschiedliche Weise in Brandenburg. Sie sind in Freiwilligen Feuerwehren, Sportvereinen, Jugend-
869 verbänden, Jugendparlamenten oder auch Schüler*innenvertretungsstrukturen aktiv. So unterschied-
870 lich dieses Engagement auch aussieht, sie alle haben gemeinsam, dass sie sich stark machen für ihre
871 eigenen Interessen und dabei auch gesamtgesellschaftliche Fragen thematisieren. Sie setzen Politik
872 von der kommunalen bis zu Bundesebene unter Druck und beweisen mit ihren Aktionen sowohl demo-
873 kratische Mündigkeit, als auch Verantwortungsbewusstsein für die Gesellschaft.

874 **Teilhabe und verbesserte Lebensbedingungen**

875 Wir wollen die Kinder und Jugendlichen darin unterstützen, sich noch stärker engagieren zu können.
876 Dafür braucht es im ganzen Land Brandenburg Freiräume, die die Kinder und Jugendliche kreativ ge-
877 stalten und mit Leben füllen können – in den Städten und auf dem Land. Streetworker*innen und So-
878 zialarbeiter*innen sollen sie dabei begleiten, den Kindern und Jugendlichen aber nicht vorgeben, wie
879 sie sich zu organisieren haben.

880 Eine besondere Rolle nehmen die Jugendverbände im Land und den Kreisen ein. Wir fordern die Ein-
881 richtung von Kreisjugendringen in allen Landkreisen. Sie sind essentieller Teil in der Selbstorganisation,
882 der langfristigen Strukturentwicklung und vor allem in der Demokratiebildung.

883 Wir streiten an der Seite der Stadt- und Kreisjugendringe sowie des Landesjugendringes und unterstüt-
884 zen ihn vollends in seinen Forderungen. Diese sind:

- 885 ● Förderung der Jugendverbandsarbeit und des ehrenamtlichen Engagements,
- 886 ● Stärkung der Freiwilligendienste und Demokratiebildung,
- 887 ● Schaffung und Erhalt von Freiräumen und Jugendrechten und Gleichberechtigung aller jungen
888 Menschen in Brandenburg.

- 889 • Der Landesjugendplan muss weiterentwickelt werden, die finanziellen Mittel für den Landesju-
890 gendring sind aufzustocken.

891 Zentrale Aufgabe bleibt es, die soziale Lage der jungen Menschen in Brandenburg zu stabilisieren, allen
892 eine gute, möglichst unbeschwerte Lebenssituation zu ermöglichen und dafür zu sorgen, dass sie ein
893 tatsächlich selbstbestimmtes, sicheres Leben aufbauen können.

894 **Familienfreundliches Brandenburg**

895 **Vielfalt im Mit- und Füreinander**

896 Die Familienmodelle und das Zusammenleben von Menschen sind auch in Brandenburg vielfältiger und
897 bunter geworden. Unser Verständnis von Familie ist daher auch sehr weit gefasst. Wo Menschen fürei-
898 nander Verantwortung übernehmen, Generationen voneinander lernen, Kinder erziehen, Lebens-
899 partner*innen unterstützt und Angehörige gepflegt werden – da sehen wir familiären Zusammenhalt.
900 Diese Vielfalt der Lebensformen macht unser Land aus. Sie wollen wir stärken.

901 **Besondere Unterstützung in besonderen Lebenslagen**

902 Wir möchten, dass die Menschen in Brandenburg unabhängig von ihrem gewählten Lebensmodell ein
903 selbstbestimmtes und würdiges Leben führen können. Insbesondere Alleinerziehende, Mehrkind-Fami-
904 lien und Familien mit Migrationshintergrund brauchen hierfür besondere Unterstützung.

905 Ein Problem, welches Familien immer wieder ereilt, ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und auch
906 Pflege und Beruf. Zum einen muss in den Familien Erziehungsarbeit geleistet werden, zum anderen
907 zwingen der demografische Wandel und der Fachkräftemangel immer mehr Familien dazu, ihre Ange-
908 hörigen selbst zu pflegen. Beides muss mit der Berufstätigkeit vereinbar sein und dazu braucht es gut
909 ineinander verzahnte Rahmenbedingungen. Zudem braucht es umfangreiche Kinderbetreuungsange-
910 bote, die nicht nur die Kernarbeitszeiten abdecken. Zur Vereinbarkeit von Pflege und Familie müssen
911 gerade im Bereich der Pflege ambulante Strukturen professionalisiert und ausgebaut werden. Der Staat
912 insgesamt ist hier in der Pflicht, auf allen politischen Ebenen. Auch auf Landesebene kann trotz aller
913 Errungenschaften noch viel getan werden.

914 Deshalb wollen wir:

- 915 • das kinder- und familienpolitische Programm der Landesregierung mit seinen zentralen Ele-
916 menten „Netzwerke für gesunde Kinder“, den „Lokalen Bündnissen für Familie“ und den „El-
917 tern-Kind-Gruppen“ weiterentwickeln und kontinuierlich umsetzen.
- 918 • Familienverbände und Mehr-Generationen-Häuser stärken.
- 919 • zentrale Anlaufstellen für Alleinerziehende in jedem Landkreis einrichten. Sie sollen über
920 Rechtsansprüche und Hilfsangebote informieren und bei der Beantragung staatlicher und wei-
921 terer Leistungen unterstützen.
- 922 • eine Gesamtstrategie gegen Missbrauch und häusliche Gewalt gegen Kinder erarbeiten.

- 923 ● die Herstellung der Barrierefreiheit in den Brandenburger Schwangerenberatungsstellen sicherstellen und eine aufsuchende Sexual- und Schwangerschaftsberatung für Menschen mit Behinderungen.
- 924
- 925
- 926 ● die Förderrichtlinie zur Reproduktionsmedizin für Alleinstehende und gleichgeschlechtliche Paare öffnen, sowie für alle anderen, die auf heterologe Befruchtung angewiesen sind. Die entstehenden Mehrkosten soll das Land Brandenburg tragen. Dafür werden wir uns auch auf Bundesebene einsetzen.
- 927
- 928
- 929
- 930 ● uns über eine Bundesratsinitiative für eine Änderung des Familienpflegezeitgesetzes einsetzen, damit künftig kein Angehöriger aus der gesetzlichen Krankenversicherung fällt, weil er seine Familienmitglieder pflegt.
- 931
- 932

933 **Selbstbestimmt älter werden in Brandenburg**

934 **Brandenburg wird älter**

935 Zunehmend besteht die Gesellschaft aus älteren Menschen. Knapp 600.000 Brandenburger*innen sind
936 über 65 Jahre alt. Bis 2040 wird ihre Zahl voraussichtlich auf gut 800.000 steigen.

937 Senior*innen erleben diese Lebensphase auch gesünder und fitter als noch vor einigen Jahren. Mit
938 ihrem Engagement in Familie, in Seniorenvertretungen, in der Nachbarschaft oder im Sport sind sie ein
939 wichtiger Pfeiler unserer Gesellschaft. Aber so wie es nicht „Die Jugend“ gibt, gibt es auch bei den
940 Senior*innen eine große Vielfalt an Lebensmodellen, Potenzialen und Interessen. Gleichwohl steht
941 ihnen nicht nur eine menschenwürdige Pflege im Alter zu, sondern weit mehr. Ältere Bürger*innen dürfen
942 nicht auf Pflege und Versorgung reduziert werden. Dank des medizinischen Fortschritts erfreuen
943 sich viele Menschen noch lange bester Gesundheit und können aktiv am Leben teilnehmen. Sie haben
944 weitaus mehr Bedürfnisse als Pflege, Rehabilitation, Genesung und Unterstützung. Sie wollen Reisen,
945 Freizeitangebote, Ehrenamt, Kultur, Beteiligungsmöglichkeiten und vieles andere mehr. Deshalb müssen
946 sie aus ihrem Status der Bedürftigen herausgeholt und als Menschen mit vielfältigen Bedarfen und
947 Rechten wahrgenommen werden.

948 Wir haben in der aktuellen Legislaturperiode die Seniorenpolitischen Leitlinien fortgeschrieben und das
949 Sozialministerium hat dabei auf die aktive Beteiligung von Senior*innen großen Wert gelegt. Im Ergebnis
950 wurden fünf Themenkomplexe ausgearbeitet und mit Maßnahmen untersetzt:

- 951 ● Wohnen und Leben im Quartier gestalten.
- 952 ● Mobilität gewährleisten.
- 953 ● Gesundheitsversorgung und Pflege sichern.
- 954 ● Lebenslanges Lernen für die ältere Generation gestalten – Digitalisierung der Lebenswelt.
- 955 ● Engagement ermöglichen und gesellschaftliche Teilhabe fördern.
- 956 ● Maßnahmen zur Sturzprävention unterstützen.

957 Der Seniorenrat des Landes Brandenburg e.V. wurde unterstützt und auch über den Landeshaushalt
958 gestärkt. Eine Stelle für die Koordination in der Geschäftsstelle des Seniorenrates wurde bewilligt.

959 Eine besondere Herausforderung besteht darin, dass viele Senior*innen keine armutsfeste Rente be-
960 ziehen.

961 **Selbstbestimmt und in Würde alt werden**

962 Wir möchten, dass alle Senior*innen aktiv am Leben teilhaben, dass sie gesund alt werden und einen
963 Lebensabend in Würde verbringen können. Um diesem Ziel Rechnung zu tragen, haben wir in der aktu-
964 ellen Legislaturperiode mit vielen interessierten Akteur*innen herausgearbeitet, was sich Menschen
965 über 65 wünschen und was sie dafür brauchen. Die Seniorenpolitischen Leitlinien bilden eine wichtige
966 Grundlage für eine aktivierende Senior*innenpolitik in allen Lebenslagen.

967 Wir wollen:

- 968 ● die Arbeit des Landesseniorenrates weiter unterstützen.
- 969 ● ein*e Landesseniorenbeauftragte*n berufen.
- 970 ● die Seniorenpolitischen Leitlinien des Landes und die damit verbundenen Maßnahmen überar-
971 beiten und umsetzen.
- 972 ● das Anhörungsrecht der kommunalen Seniorenbeiräte weiter stärken.
- 973 ● daran arbeiten, dass die Seniorenbeiräte finanziell ausreichend ausgestattet werden, um ihre
974 immer umfangreicheren Aufgaben erfüllen zu können.
- 975 ● auf die Bestellung hauptamtlicher Senior*innenbeauftragter in den Kommunen hinwirken.
- 976 ● die Vertretung von Senior*innen im Rundfunkrat des rbb sichern.
- 977 ● die Schaffung eines Senior*innenmitbestimmungsgesetzes.
- 978 ● alternative Wohnformen wie Senior*innen-WGs und generationsübergreifendes Wohnen bes-
979 ser unterstützen und fördern.
- 980 ● im Prozess des lebenslangen Lernens Schulungsangebote zu neuen Technologien und Social
981 Media schaffen.

982 Die Bekämpfung von Altersarmut ist eine Aufgabe, die vor allem auf Bundesebene gelöst werden muss.
983 Wir werden uns auf Bundesebene entschieden für folgende Maßnahmen einsetzen:

- 984 ● eine solidarische Mindestrente in Höhe von 1.050 Euro (Einkommens- und vermögensgeprüft).
- 985 ● eine Lebensstandardsicherung der gesetzlichen Rente durch ein Rentenniveau von mindestens
986 53 Prozent.
- 987 ● die Senkung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre beziehungsweise 40 Beitragsjahre.
- 988 ● die Anerkennung von Erziehungsleistung durch die Gutschrift von drei Entgeltpunkten je Kind
989 auf das Rentenkonto.
- 990 ● die endgültige Angleichung der Ostrenten an das Westniveau.
- 991 ● eine Erleichterung des Zugangs zur Erwerbsminderungsrente und die Streichung der Ab-
992 schläge.

- 993 ● die Anerkennung der Pflege von Angehörigen als Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammen-
994 halt. Sie soll durch zusätzliche Entgeltpunkte für das Rentenkonto bei Erwerbsminderung durch
995 Pflegearbeit aufgewertet werden.

996 **Leben mit Herausforderungen**

997 **Alle inklusive**

998 Jede*r fünfte Brandenburger*in, rund 450.000 Menschen im Land, lebt mit einer Behinderung. Rund
999 325.000 Betroffene gelten als schwerbehindert. 96 Prozent aller Behinderungen sind nicht angeboren,
1000 sondern durch Krankheiten oder Unfälle verursacht. Jeder Mensch kann im Laufe seines Lebens von
1001 einer Behinderung betroffen sein.

1002 Menschen mit Behinderungen haben in Deutschland dieselben Rechte wie Menschen ohne Behinde-
1003 rungen. Nach fast 40 Jahren Kampf ist es nun gelungen, das Bundesteilhabegesetz zu entwickeln und
1004 in Kraft zu setzen. Das Land Brandenburg hat in einem breit angelegten Dialogprozess mit allen betei-
1005 ligten Akteur*innen dazu das Landesausführungsgesetz erarbeitet. Die Meinungen über die Umsetzung
1006 des Bundesteilhabegesetzes im Land Brandenburg hätten unterschiedlicher kaum sein können. Dem-
1007 entsprechend groß ist die Skepsis, mit der man die Entwicklung in den nächsten Jahren verfolgen wird.
1008 DIE LINKE weiß um diese Sorgen und Bedenken, mit denen man dem Landesausführungsgesetz im
1009 Land Brandenburg gegenübertritt. Aus diesem Grund haben wir uns mit aller Kraft für die feste Veran-
1010 kerung einer sogenannten Evaluierungsklausel sowie die Schaffung einer Clearingstelle eingesetzt. Wir
1011 werden uns dafür einsetzen, dass die Umsetzung der Rechte der Menschen mit Behinderungen in engen
1012 Zeitabständen und professionell überwacht und ausgewertet wird. Sollten sich Mängel am Gesetz zei-
1013 gen, die zu Ungleichbehandlung, Unterversorgung oder gar Diskriminierung führen, werden wir das Ge-
1014 setz dementsprechend anpassen.

1015 Das Leben mit Behinderungen ist nicht nur mit zusätzlichen Herausforderungen im Alltag, sondern
1016 meist auch mit besonderen finanziellen Belastungen verbunden. Um diese abzufedern hat DIE LINKE
1017 die Einführung eines Landespflegegeldes durchgesetzt. Dies ist ein guter erster Schritt – als Unterstüt-
1018 zung für die Betroffenen aber längst nicht ausreichend.

1019 **Teilhabe für alle sichern**

1020 Inklusionspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die sich durch alle Bereiche zieht: von Arbeitsmarkt-
1021 über Bildungs-, Frauen-, Familien-, Gesundheits- bis hin zur Pflegepolitik. Inklusion heißt: gleichberech-
1022 tigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen sichern – in allen alltäglichen Belangen und allen Be-
1023 reichen der Gesellschaft. Dafür muss noch viel getan werden: in der öffentlichen Kommunikation und
1024 den Medien, im ÖPNV und im öffentlichen Raum, bei Behörden, im Wohnen und bei der gesundheitli-
1025 chen und pflegerischen Versorgung. Alle Bereiche müssen von allen Akteur*innen mitgedacht werden.
1026 „Hinkommen, reinkommen, klarkommen!“ – so einfach kann es sein.

1027 **Inklusion von Anfang an**

1028 Inklusion betrifft alle und umfasst alle Altersgruppen. Inklusion beginnt in den Köpfen aller und kann
1029 nur gelingen, wenn sie von Anfang an gelebt wird. So müssen sich bereits Kindertagesstätten inklusiv
1030 ausrichten, damit das gemeinsame Miteinander von Kindern mit und ohne Behinderung in den Schulen
1031 nicht zum Problem wird. Was gar nicht erst getrennt wird, muss später nicht zusammengefügt werden.
1032 Von Anfang an erlernen Kinder mit und ohne Behinderungen den Umgang miteinander und profitieren
1033 voneinander. Sie haben später weniger Schwierigkeiten miteinander in der Schule, in der Ausbildung,
1034 auf dem Arbeitsmarkt oder im Alltag und im Freizeitbereich. Jede*r ist etwas Besonderes. Also muss
1035 das Besondere zur Normalität werden. Dazu braucht es bedarfsgerechte und individuelle Hilfen einer-
1036 seits sowie eine barrierefreie Umwelt andererseits.

1037 **Von Inklusion profitieren alle**

1038 Menschen mit Behinderungen haben ein Wunsch- und Wahlrecht. Dieses kann nur dann in Anspruch
1039 genommen werden, wenn eine echte Wahlmöglichkeit besteht und das ist gerade im Falle schwerstbe-
1040 hinderter Menschen allzu oft noch nicht der Fall. Nach wie vor sind sie dazu gezwungen, in Heimen zu
1041 leben und in Werkstätten zu arbeiten, nicht, weil sie selbst es nicht anders wünschen, sondern weil es
1042 an Alternativen fehlt. Die Belange von Menschen mit Behinderungen sind nicht nur eine gesamtgesell-
1043 schaftliche Aufgabe, sondern vor allem eine Bereicherung. Wir setzen uns deshalb ein für mehr Inklusio-
1044 n in Kitas und Schulen, für mehr barrierefreie Ausbildungsplätze und Arbeitsplätze auf dem ersten
1045 Arbeitsmarkt, für barrierefreien ÖPNV und Wohnraum sowie für eine barrierefreie Infrastruktur.

1046 Wir wollen:

- 1047 ● die Differenzierung zwischen Landesblindengeld und Landespflegegeld aufheben und beides zu
1048 einer einheitlichen Leistung zusammenführen.
- 1049 ● die fachliche und politische Begleitung der kommunalen Behindertenbeiräte, des Landesbehin-
1050 dertenbeirates, der kommunalen Behindertenbeauftragten sowie der/des Landesbehinderten-
1051 beauftragte*n stärken.
- 1052 ● das Brandenburgische Behindertengleichstellungsgesetz auf seine Wirksamkeit überprüfen
1053 und gegebenenfalls novellieren.
- 1054 ● die Wirkungen des Landesausführungsgesetzes zum BTHG prüfen und Schlussfolgerungen zie-
1055 hen.
- 1056 ● die Schwelle für die Bestellung hauptamtlicher Behindertenbeauftragter in den Kommunen ab-
1057 senken.
- 1058 ● die Kommunikation von Behörden und öffentlichen Einrichtungen des Landes konsequent bar-
1059 rieriefrei gestalten und die Angebote in leichter Sprache zügig ausbauen.
- 1060 ● Mitarbeiter*innen der Behörden für den Umgang mit den besonderen Bedürfnissen von Men-
1061 schen mit Behinderung weiter sensibilisieren und qualifizieren, sowie entsprechende Unterstüt-
1062 zungsangebote, z. B. Gebärdendolmetscher*innen, bereitstellen.
- 1063 ● die längst überfällige Beteiligung der Menschen mit Behinderung im Rundfunkrat des rbb re-
1064 geln.

- 1065 ● die Barrierefreiheit im ÖPNV weiter ausbauen, sowohl in Bezug auf die Verkehrswege und Hal-
- 1066 testellen als auch bei der Beschaffung und Umrüstung von Fahrzeugen.
- 1067 ● die barrierefreie Um- und Neugestaltung von Arztpraxen, Krankenhäusern, Medizinischen Ver-
- 1068 sorgungszentren, Reha-Einrichtungen und Apotheken fördern.
- 1069 ● den ungehinderten Zugang von Menschen in Begleitung von Assistenzhunden zu öffentlichen
- 1070 Einrichtungen, Verkaufsstellen etc. ermöglichen.
- 1071 ● ein flächendeckendes Netz barrierefreier und unabhängiger Beratungsstellen für Menschen mit
- 1072 Behinderung etablieren.
- 1073 ● den inklusiven Ansatz in der Frühförderung stärken, z. B. durch geeignete Fortbildungsange-
- 1074 bote für Pädagog*innen, den Ausbau des Netzes der inklusiven Kitas und der Schulen des ge-
- 1075 meinsamen Lernens.
- 1076

1077 **3_ Ein Leben lang lernen - kostenfrei**

1078 **Auf den Anfang kommt es an - Gute Bildung für alle**

1079 **Auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit**

1080 Viel hat sich in Brandenburg in den letzten Jahren bewegt. Die Personalausstattung der Kitas haben wir
1081 verbessert, den Betreuungsschlüssel in mehreren Schritten verringert, so dass Erzieher*innen weniger
1082 Kinder gleichzeitig betreuen müssen. Mit der Beitragsfreistellung des letzten Kitajahres und der Bei-
1083 tragsbefreiung von Familien mit niedrigen Einkommen sind wir auf dem Weg zu einer kostenfreien Kita
1084 wichtige Schritte vorangekommen. Zunehmend spüren wir auch in den Brandenburger Kitas den Fach-
1085 kräftemangel. Hier müssen sich die bundespolitischen Rahmenbedingungen dringend ändern, damit
1086 der Erzieher*innenberuf stärker an Attraktivität gewinnt.

1087 Mit der Einführung der Schulzentren haben wir eine Gemeinschaftsschule in Brandenburg etabliert, in
1088 der alle Kinder von Klasse 1 bis 10 beziehungsweise 13 gemeinsam lernen und alle Abschlüsse erwer-
1089 ben können. Damit können vor allem in den ländlichen Räumen dauerhaft Schulstandorte gesichert und
1090 die Chancengleichheit aktiv gesichert werden. Aber auch in den Städten entstehen so attraktive und
1091 vielfältige Bildungsangebote. Den Abbau von Lehrkräften haben wir gestoppt und stattdessen endlich
1092 wieder Neueinstellungen vorgenommen.

1093 Viele Kinder und Jugendliche sind dennoch weiter benachteiligt, haben eingeschränkten Zugang zu Bil-
1094 dungs-, Sport-, und Freizeitmöglichkeiten, weil deren Familien weniger Geld als andere zur Verfügung
1095 haben. Dagegen kämpfen wir.

1096 **Bildung kostenfrei – von der Kita bis zur Hochschule**

1097 Wir kämpfen dafür, dass der Zugang zu Bildung unabhängig von den Voraussetzungen des Kindes, sei-
1098 ner Herkunft und dem Geldbeutel der Eltern gesichert wird. Deshalb muss der Zugang zu Bildung kos-
1099 tenfrei sein - immer!

1100 Die Grundlagen für eine gute Bildung werden am Anfang gelegt. Kinder haben ein Recht auf Bildung, als
1101 erste Bildungseinrichtung müssen die Kitas diesem Anspruch gerecht werden. Eine gute Qualität der
1102 Kitas sichert Chancen auf ein gutes Leben.

1103 Wir wollen eine Schule, in der kritische, engagierte, solidarische, mündige Menschen gebildet werden.
1104 Wir wollen eine Schule, die neugierig macht auf das Leben, und in der sich Kinder entfalten können,
1105 ohne Angst davor, vorzeitig in unterschiedliche Schulen einsortiert zu werden. Wir wollen eine Schule,
1106 in der alle Kinder lange, gemeinsam, miteinander und voneinander lernen können. Wir wollen Spaß am
1107 Lernen statt Noten- und Leistungsdruck. Eine transparente Leistungsbewertung ist auch ohne Noten
1108 möglich. Aus LINKER Sicht wird all dies am besten in der Gemeinschaftsschule verwirklicht. Wir werden
1109 flexible Lösungen entwickeln, um alle Schulstandorte erhalten und ausbauen zu können.

1110 Mit einem Bildungsrahmen-Gesetz auf Bundesebene wollen wir mehr Vergleichbarkeit und Standards
1111 zwischen den Ländern ermöglichen und ein Ende der gegenseitigen Personal-Abwerbungen erreichen.
1112 Auch wenn einige Lockerungen des Kooperationsverbots in der Bildung zwischen Bund und Ländern im
1113 Grundgesetz erkämpft wurden, bleibt seine vollständige Aufhebung unsere grundlegende Forderung.

1114 **Zugänge verbessern – Bildungsqualität stärken**

1115 Unsere Kitas und Horte sind die Orte, an denen die Grundlagen für den persönlichen Bildungserfolg
1116 gelegt werden. Diese müssen wir gezielt stärken und fördern.

1117 Wir wollen:

- 1118 • mehr und gut qualifizierte Erzieher*innen. Wir sorgen für eine weitere Verbesserung der Be-
1119 treuung vom Hort bis zur Kita!
- 1120 • Kita-Leitungen entlasten und Erzieher*innen mehr Zeit für die individuelle Förderung der Kin-
1121 der, Vor- und Nachbereitung, Elternarbeit und Diagnostik einräumen.
- 1122 • die Arbeit in multiprofessionellen Teams, z. B. unter Einbeziehung von Logopäd*innen, Physio-
1123 therapeut*innen und weiteren Spezialist*innen ausbauen.
- 1124 • die Hochschulausbildung von Erzieher*innen unter Einbeziehung aktueller wissenschaftlicher
1125 Erkenntnisse weiter ausbauen. Ein Studium als Zugangsvoraussetzung zum Erzieher*innenber-
1126 euf lehnen wir allerdings ab.
- 1127 • die vollständige Beitragsfreiheit schnellstmöglich umsetzen.
- 1128 • ein grundlegend neues und transparentes Kita-Gesetz, das den längeren Betreuungszeiten
1129 ebenso gerecht wird wie den unterschiedlichen Bedürfnissen der Kinder.
- 1130 • die Kommunen bei der Neuschaffung von Kita-Plätzen unterstützen.
- 1131 • alle Kitas zu inklusiven Einrichtungen weiterentwickeln (Ausstattung/Räume, Personal für
1132 Frühförderung).
- 1133 • eine kostenfreie und vergütete Ausbildung für Erzieher*innen durchsetzen. Aufgrund des ge-
1134 stiegenen Bedarfes werden wir die staatliche Ausbildung an den Oberstufenzentren stärken
1135 und flächendeckend umsetzen.
- 1136 • die Kitas personell so ausstatten, dass die Betreuungsqualität auch bei längeren Betreuungs-
1137 zeiten durchgängig gesichert werden kann.
- 1138 • ein Kita-Investitionsprogramm, um dem zunehmenden Bedarf an Kitaplätzen zu entsprechen.
- 1139 • die Medienkompetenz von Erzieher*innen durch entsprechende Qualifizierungsangebote stär-
1140 ken.

1141 Langes gemeinsames Lernen – mit- und voneinander – sowie eine hohe Durchlässigkeit des Schulsys-
1142 tems zwischen den einzelnen Bildungswegen sind die Schlüssel zu mehr Chancen- und Bildungsgerech-
1143 tigkeit.

1144 Wir wollen:

- 1145 • die Gemeinschaftsschule weiter stärken und langfristig zur bevorzugten Schulform im Land
1146 Brandenburg entwickeln. Alle Schultypen – auch Gymnasien – sollen sich für das Konzept der
1147 Gemeinschaftsschule öffnen können. Das längere gemeinsame Lernen bis zur 10. beziehungs-
1148 weise 13. Klasse bleibt unser wesentliches Ziel.
- 1149 • die Etablierung einer Berufsausbildung mit Abitur.
- 1150 • Schule und Unterrichtsorganisation an die Bedürfnisse der Kinder anpassen – nicht umgekehrt.
1151 Das bedeutet z. B., dass Schulanfangs- und -endzeiten schüler*innenfreundlicher gestaltet wer-
1152 den müssen.
- 1153 • das Einschulungsalter auf 6 Jahre festschreiben.
- 1154 • Schulen durch den Einsatz multiprofessioneller Teams aus Sonderpädagog*innen, Schulsozial-
1155 arbeiter*innen, Schulpsycholog*innen, Schulgesundheitsfachkräften, Verwaltungsmitarbei-
1156 ter*innen, IT-Spezialist*innen oder Medienpädagog*innen unterstützen. An jeder Schule soll
1157 es eine*n Schulsozialarbeiter*in geben.
- 1158 • die Öffnung von Schulen in ihr räumliches und gesellschaftliches Umfeld fördern. Außerschuli-
1159 sche Lernorte und Kooperationen sollen gestärkt werden.
- 1160 • allen Schüler*innen Einblicke in verschiedene Berufsfelder ermöglichen. Dazu müssen die viel-
1161 fältigen Angebote des Konzepts zur Studien- und Berufsorientierung besser koordiniert und von
1162 allen Schulen flächendeckend umgesetzt werden. Zu diesem Zweck werden wir eng mit der
1163 Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit zusammenarbeiten. Die Bundeswehr muss da-
1164 bei konsequent aus den Schulen herausgehalten werden. Kein Werben für's Sterben.
- 1165 • Schüler*innen stärken und zur aktiven Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Fragen er-
1166 mutigen – im Umgang mit Vielfalt, Toleranz, Solidarität; gegen Rassismus, Diskriminierung und
1167 Gewalt.
- 1168 • die frühestmögliche Aufnahme von Flüchtlingskindern in den Regelschulbetrieb als Grundlage
1169 für eine erfolgreiche Integration voranbringen, jedoch auch individuelle Förderbedarfe berück-
1170 sichtigen.
- 1171 • Horte zunehmend in das Konzept Ganzttag integrieren, aber gleichzeitig ihre jugendpädagogi-
1172 sche Eigenständigkeit erhalten. Dafür sollen mehr Erzieher*innen in den Horten beschäftigt
1173 werden.
- 1174 • die Vermittlung von Genderkompetenz im Unterricht stärken, z. B. durch die verstetigte Förde-
1175 rung des Projekts „Schule unterm Regenbogen“ für sexuelle und geschlechtliche Vielfalt. Wir
1176 setzen uns außerdem für die Rückkehr zum Girls Day und Boys Day ein: Der Zukunftstag soll
1177 seine Ursprungsidee, die Förderung geschlechtsuntypischer Berufswahl, wieder stärker in den
1178 Blick nehmen.

1179 Schule muss sich auf die Digitalisierung einstellen und Kindern und Jugendlichen die entsprechenden
1180 Voraussetzungen für den Umgang damit, mit auf den Weg geben.

1181 Wir wollen:

- 1182 • Kinder und Jugendliche zu einer mündigen Nutzung von Technik und Medien und einer kritischen Auseinandersetzung mit Wirkung und Inhalten befähigen.
- 1183
- 1184 • Schulen flächendeckend mit einer dauerhaft ausfinanzierten digitalen Infrastruktur ausstatten. Das schließt IT-Technik und Arbeitsplätze ebenso ein, wie die interne Vernetzung durch WLAN, 1185 die externe Anbindung über Breitband-Anschlüsse wie auch IT-Spezialist*innen zur Betreuung. 1186 Für eine bessere Vernetzung der Schulen werden wir eine Schul-Cloud einrichten in Zusammen- 1187 arbeit mit der Digitalagentur Brandenburg. 1188
- 1189 • zur Schaffung von Chancengleichheit die Bereitstellung mobiler Endgeräte zur Leihe in den 1190 Schulen ermöglichen.
- 1191 • die digitale Bildung an den Schulen durch den Einsatz von Open-Source-Software und Open 1192 Educational Resources unabhängig von Konzernen gestalten.
- 1193 • Digitale Bildung als interdisziplinäres Anliegen und Querschnittsthema für alle Unterrichtsfä- 1194 cher umsetzen.
- 1195 • Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte im Bereich der Digitalen Bildung massiv ausbauen 1196 und als Pflichtbestandteil in die Lehramtsausbildung integrieren.
- 1197 • außerschulische Angebote für digitale Bildung fördern.

1198 Lehrer*innen tragen die Hauptverantwortung für den Bildungserfolg im System Schule. In der Wahr- 1199 nehmung dieser Verantwortung müssen sie deshalb bestmöglich unterstützt werden.

1200 Wir wollen:

- 1201 • zukünftige Lehrer*innen schon im Studium besser auf die Praxis in der Schule vorbereiten, z. 1202 B. durch die verstärkte Vermittlung von Inhalten aus den Bereichen Inklusion, interkulturelle 1203 Kompetenzen, Didaktik und Methodik, Lernpsychologie sowie Digitalisierung.
- 1204 • die Lehramtsausbildung reformieren und die Abbrecher*innenquote reduzieren. Die Ausbil- 1205 dungsreform soll die Profession stärken, indem der Schwerpunkt auf Methodik statt auf Ver- 1206 mittlung von Fachwissen gelegt wird. Dazu streben wir die Einrichtung einer pädagogischen 1207 Fakultät an der Universität Potsdam an.
- 1208 • eine bessere Abstimmung von Studium, Vorbereitungsdienst und Berufseinstieg aufeinander! 1209 Die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften muss besser verzahnt werden! Das Angebot berufs- 1210 begleitender Qualifizierungs- und Fortbildungsmöglichkeiten muss deutlich ausgeweitet wer- 1211 den.
- 1212 • den dringend erforderlichen grundständigen Ausbildungsgang für Berufsschullehrer*innen an 1213 der BTU Cottbus/Senftenberg einrichten.
- 1214 • Seiteneinsteiger*innen besser als bisher auf die Herausforderung Schule vorbereiten.
- 1215 • gemeinsam mit den Kommunen ein Anreizsystem entwickeln, um junge Lehrkräfte beziehungs- 1216 weise Studierende durch finanzielle Boni oder Unterstützung bei der Ansiedlung für den ländli- 1217 chen Raum zu gewinnen.

- 1218 • durch die Fortführung des Kommunalen Investitionsprogramms den Um- und Neubau von Schulen unterstützen.
1219

1220 Der kostenfreie Zugang zu Bildung ist die Grundvoraussetzung für Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit. Darum wollen wir:
1221

- 1222 • Lernmittelfreiheit für alle Schulen und Schüler*innen.
1223 • in einem ersten Schritt in allen Landkreisen in Zusammenarbeit mit den Kreisen und kreisfreien Städten die Schüler*innenbeförderung elternbeitragsfrei machen. Ein kostenloses Mobilitätsticket für alle Kinder und Jugendlichen streben wir an, dies ist für uns ein Einstieg in den fahr-scheinlosen ÖPNV.
1224
1225
1226
1227 • die Bereitstellung eines gesunden, warmen und kostenfreien Mittagessens in einem ersten
1228 Schritt für Schüler*innen der 1. bis zur 6. Klasse.

1229 **Wissenschaft und Hochschulen**

1230 **Hochschulen und Gesellschaft**

1231 Hochschulen sind mehr als nur Orte, an denen der künftige Bedarf hochqualifizierter junger Menschen
1232 ausgebildet wird. Hochschulen sind Orte, an denen aktuelle gesellschaftliche Problemstellungen aufge-
1233 worfen, analysiert und vielfältige Lösungen erarbeitet werden.

1234 Die soziale Selektivität des Bildungssystems ist in Deutschland allerdings so hoch wie sonst nirgends
1235 in Europa. Noch immer studieren Kinder von Akademiker*innen dreimal häufiger als Kinder von Eltern
1236 ohne Hochschulabschluss.

1237 Die Studentenwerke Potsdam und Frankfurt (Oder) sind wichtige Partner des Landes zur Gestaltung
1238 sozialer Rahmenbedingungen für ein Studium in Brandenburg. Neben Beratungsangeboten und der Es-
1239 sensversorgung in den Hochschul-Mensen ist die Bereitstellung preisgünstigen studentischen Wohn-
1240 raums ihre wichtigste Aufgabe.

1241 **Offene Hochschulen, gute Studienbedingungen**

1242 Die Entscheidung, den Zugang zur Hochschule zu öffnen, haben wir im Sinne von mehr Chancengerech-
1243 tigkeit bewusst getroffen und daran halten wir fest. Wir setzen uns dafür ein, dass die Studierenden an
1244 den vier Universitäten und vier Fachhochschulen Brandenburgs die besten Bedingungen für ein gutes
1245 Studium vorfinden. Diese Lernbedingungen müssen durch eine bedarfsgerechte räumliche Ausstattung
1246 der Hochschulen und die gute Betreuung der Studierenden durch das wissenschaftliche Personal gesi-
1247 chert werden.

1248 Wir wollen ein soziales Umfeld sichern, dass Studierenden unabhängig vom Elternhaus ein Studium
1249 ermöglicht. Dazu zählt für uns die Schaffung von mehr studentischem Wohnraum, die Entwicklung fle-
1250 xibler, familien- und arbeitsfreundlicher Studienorganisationsformen, die Bereitstellung

1251 psychologischer und weiterer Beratungsangebote an allen Hochschulstandorten sowie die Forderung
1252 nach einer grundlegenden Reform des BAföG an den Bund.

1253 Wir setzen uns für ein selbstbestimmtes Studium ein, das sich nicht nur an den kurzfristigen Anforderun-
1254 gungen des Arbeitsmarktes, sondern an den Bedürfnissen und Interessen der Studierenden orientiert.
1255 Das bedeutet, dass kritische Wissenschaften, Projektstudien, selbst organisierte Seminare oder an-
1256 dere Ideen an den Hochschulen einen Raum haben müssen.

1257 Die Arbeitsbedingungen für die Lehrbeauftragten und Wissenschaftlichen Mitarbeiter*innen der Hoch-
1258 schulen müssen endlich verbessert werden, um der Prekarisierung in der Wissenschaft entgegen zu
1259 wirken. Hochschulen sollen als demokratisch verfasste Institutionen agieren. Daher setzen wir uns für
1260 die Stärkung der demokratischen Mitbestimmungsrechte aller Statusgruppen an den Hochschulen ein.

1261 **Zugänge erweitern, Demokratie stärken, Hochschulen verlässlich finanzieren**

1262 Ein Studium soll für unterschiedliche Bildungsbiografien, Zielstellungen und Lebenssituationen zugäng-
1263 lich sein und soziale Zugangshürden vermeiden. Deshalb wollen wir:

- 1264 • Hochschulen dazu in die Lage versetzen, sich auch alternativen Modellen der Studienorganisa-
1265 tion zuzuwenden (Wahl der Studienlänge, Anpassung an Zeitbudgets z. B. Veranstaltungen im
1266 Block, freier wählbare Module etc.).
- 1267 • den Abbau von Zulassungsbeschränkungen, insbesondere des Numerus Clausus.
- 1268 • das Angebot studentischen Wohnraums in Trägerschaft der Studentenwerke massiv ausbauen.
- 1269 • die Rückmeldegebühr als versteckte Studiengebühr endlich abschaffen.
- 1270 • darauf hinwirken, dass alle studentischen Beschäftigten in den Tarifvertrag der Länder (TVL)
1271 aufgenommen werden. Sind die anderen Bundesländer nicht davon zu überzeugen, werden wir
1272 uns für einen Studentischen Tarifvertrag in Brandenburg einsetzen.
- 1273 • Hochschulen als Orte gelebter Demokratie entwickeln. Nach den Studierendenschaften wollen
1274 wir auch die Statusgruppen der wissenschaftlichen und technischen Mitarbeiter*innen stärken,
1275 etwa durch die Einführung einer echten Viertelparität in den Gremien und die Rückverlagerung
1276 aller wesentlichen Entscheidungskompetenzen von den Hochschulleitungen auf die akademi-
1277 schen Selbstverwaltungsgremien.
- 1278 • Hochschulen mit einer verlässlichen Grundfinanzierung ausstatten, die sich an die jeweiligen
1279 Anforderungsprofile anpasst. Grundstruktur, wissenschaftliche Schwerpunktsetzung und For-
1280 schungsvorhaben dürfen nicht nur von Dritten und privaten Investor*innen abhängen. Bran-
1281 denburg wird sich dafür einsetzen, dass die Vergabe zusätzlicher Landes- und Bundesmittel
1282 nicht nur den Hochschulen zukommt, die die meisten Drittmittel einwerben.
- 1283 • die Kooperation öffentlicher Hochschulen und privater Investor*innen eindämmen.
- 1284 • Anreize setzen, dass sich die Forschung verstärkt mit Brandenburger Problemen und ihrer Lö-
1285 sung auseinandersetzt.

- 1286 • dass das Land Brandenburg sich als Gesellschafter an der Medizinischen Hochschule Branden-
- 1287 burg (MHB) beteiligt. Um langfristig die MHB in eine staatliche Hochschule umzuwandeln, wer-
- 1288 den wir in einen intensiven Dialog mit den Träger*innen treten.
- 1289 • ein echtes, von der Kooperation mit Universitäten unabhängiges Promotionsrecht für die Fach-
- 1290 hochschulen einführen.
- 1291 • gesetzliche Mindeststandards für duale Studiengänge definieren, um allen Studierenden best-
- 1292 mögliche Bedingungen für ihr Studium zu ermöglichen. Dazu gehört die Festlegung auf ausbil-
- 1293 dungsintegrierte Studiengänge, die mit Studien- und Berufsabschluss enden, das Recht auf ein
- 1294 Teilzeitstudium und Urlaub sowie Vergütungsstandards. Den Einfluss der beteiligten Unterneh-
- 1295 men auf die Studieninhalte wollen wir klar begrenzen.
- 1296 • an allen Hochschulen Antirassismusbeauftragte etablieren. Sie sollen zum einen als Anlaufstel-
- 1297 len für Betroffene zur Verfügung stehen, aber auch in den hochschulinternen Prozessen und
- 1298 Strukturen auf diskriminierungsfreies Agieren hinwirken.
- 1299 • nach dem Vorbild anderer Bundesländer auch an den Brandenburger Hochschulen ein Kompe-
- 1300 tenznetzwerk Gender einrichten, um den Wissenstransfer untereinander und in die Gesellschaft
- 1301 besser zu unterstützen.
- 1302 • Professuren für Plurale Wirtschaftswissenschaft (Heterodoxe Ökonomie) und ein entsprechen-
- 1303 des wirtschaftspolitisches Forschungs- und Beratungsinstitut mit sozial-ökologischer Ausrich-
- 1304 tung einrichten. Damit wollen wir die Grundlage für mehr Vielfalt in der wirtschaftswissen-
- 1305 schaftlichen Bildung und Forschung sowie der wirtschaftspolitischen Beratung schaffen.

1306 **Weiterbildungsangebote - eine Voraussetzung für Lebenslanges Lernen**

1307 Das lebenslange Lernen ist in unserer Gesellschaft nicht nur ein politisches und kulturelles Idealbild,
 1308 sondern auch eine gesellschaftliche Notwendigkeit geworden. Lebenslanges Lernen muss deshalb für
 1309 alle Menschen, unabhängig von ihrer sozialen Lage, möglich sein und kommt damit auch der gesamten
 1310 Gesellschaft zugute. Dafür benötigen wir eine langfristig gut ausgestattete und staatlich geförderte
 1311 Weiterbildungslandschaft in Brandenburg.

1312 Weiterbildungen werden in den nächsten Jahren noch an Bedeutung gewinnen. Deshalb muss dieser
 1313 Bildungsbereich auch stärker als bislang in der Bildungspolitik Berücksichtigung finden.

1314 Konkret wollen wir:

- 1315 • in allen Regionen Brandenburgs für ein qualitativ gutes Angebot der Weiterbildung sorgen. Be-
- 1316 stehende Barrieren sollten auch durch die Nutzung digital angereicherter oder aufsuchender
- 1317 Formate abgesenkt werden.
- 1318 • dass besondere gesellschaftliche Bedarfe (Alphabetisierung, interkulturelle/ integrative Wei-
- 1319 terbildungsangebote, Fremdsprachen, Medienkompetenzen etc.) in der Weiterbildung verstärkt
- 1320 aufgegriffen werden.
- 1321 • dass die Pluralität der Weiterbildungslandschaft mit besonderer Verpflichtung der öffentlich
- 1322 geförderten Volkshochschulen und Heimbildungsstätten langfristig erhalten bleibt.

- 1323
- 1324
- 1325
- 1326
- 1327
- kooperative Freizeitangebote von gemeinnützigen Fort- und Weiterbildungsträgern mit Bibliotheken, Museen, Sportvereinen u. a. und generationsübergreifende Bildungsangebote flächendeckend angemessen unterstützen.
 - dass professionelles pädagogisches Personal in der Fort- und Weiterbildung eine langfristige und angemessen bezahlte Arbeitsperspektive bekommt.

1328

1329 **4_ Arbeit & Wirtschaft in sozialer Verantwortung**

1330 **Gute Arbeit, von der man leben kann**

1331 **Sinkende Arbeitslosigkeit – wachsende Unsicherheit**

1332 Seit den 2000er Jahren ist die Arbeitslosenquote in Brandenburg von 19 Prozent auf 6,5 Prozent ge-
1333 sunken, die Wirtschaftslage entwickelt sich stabil. Dennoch: Immer mehr Beschäftigungsverhältnisse
1334 sind prekär: schlecht bezahlt, befristet oder in Leiharbeit. Sie zwingen die Betroffenen zur Ausübung
1335 mehrerer Jobs oder zur Beantragung zusätzlicher staatlicher Hilfen – trotz Vollzeiterwerbstätigkeit. Wir
1336 stehen für gerechte Bezahlung und menschenwürdige Arbeitsbedingungen, insbesondere im Bereich
1337 der sozialen Arbeit: in Kitas, in der Jugendarbeit oder der Pflege. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit in Ost
1338 und West ist auch fast 30 Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer nicht Realität. Gleicher Lohn
1339 für gleiche Arbeit ist auch immer noch nicht zwischen den Geschlechtern gegeben.

1340 Insbesondere zur Bekämpfung der Langzeiterwerbslosigkeit hat DIE LINKE in den vergangenen Jahren
1341 einiges auf den Weg gebracht: mit Programmen zur beruflichen Integration von Langzeiterwerbslosen,
1342 Alleinerziehenden und Menschen mit Beeinträchtigungen, die aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds
1343 finanziert werden, erreichen wir bis zu 12.500 Betroffene. Ein weiterer Baustein sind die vom Land
1344 initiierten Sozialbetriebe. Diese Maßnahmen reichen jedoch noch nicht aus.

1345 Die Digitalisierung führt zu Veränderungen der Arbeitswelten. Die Automatisierung von Prozessen, der
1346 Einsatz von Robotern und künstlicher Intelligenz verändert die Organisation von Arbeit. Die Übernahme
1347 von gesundheitsgefährdenden oder Routinetätigkeiten durch Maschinen kann Arbeitnehmer*innen ent-
1348 lasten. Die Politik muss die Weichen dafür stellen, dass alle Menschen von dieser Entwicklung profitie-
1349 ren können und niemand zurückgelassen wird.

1350 **Gute Ausbildung ist für uns ein Grundrecht und sichert Gute Arbeit**

1351 Berufliche Bildung ist für uns ein Grundrecht, das allen jungen Menschen zusteht. Es ist eine Grundvo-
1352 raussetzung für die soziale Teilhabe. Deshalb werden wir es nicht akzeptieren, dass die Zahl der Ju-
1353 gendlichen ohne Berufsabschluss immer weiter ansteigt. Eine qualitativ gute Berufsbildung ist eine
1354 wichtige Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben, eröffnet berufliche Perspektiven und ist gleich-
1355 zeitig ein Grundpfeiler für Gute Arbeit im Land. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die zur Stärkung der
1356 beruflichen Ausbildung beitragen. Es müssen mehr Betriebe ihrer Verantwortung gerecht werden und
1357 Ausbildungsplätze schaffen. Auch tarifliche Ausbildungsvergütungen dürfen nicht unterschritten wer-
1358 den. Wir wollen:

- 1359 ● eine bundesweite Mindestausbildungsvergütung, die bei 80 Prozent der durchschnittlichen tar-
1360 riflichen Ausbildungsvergütungen des jeweiligen Ausbildungsjahres liegen soll (ca. 635 Euro im
1361 ersten Lehrjahr).

- 1362 ● neben dem Azubi-Ticket flexible Mobilitätsunterstützungen prüfen.
- 1363 ● alle Oberstufenzentren erhalten und weitere Investitionen sicherstellen.
- 1364 ● uns für eine Reform des Berufsbildungsgesetzes stark machen, das die Rechte der Azubis stärkt
- 1365 und die Qualität der Ausbildung sichert.
- 1366 ● einen Berufsschulpakt im Land Brandenburg, damit weitere Investitionen für gute Qualität an
- 1367 beruflichen Schulen getätigt werden. Mit der Digitalisierung erleben wir eine dynamische Ver-
- 1368 änderung der Berufs- und Arbeitswelt unseres Landes. Diese Entwicklung erhöht auch die An-
- 1369 forderungen an unser duales Berufsbildungssystem. Der Staat hat hier auch eine Verantwor-
- 1370 tung zu tragen.
- 1371 ● den Zugang zu einer Zweitausbildung beziehungsweise einer Erstausbildung nach dem 30. Le-
- 1372 bensjahr vereinfachen.

1373 **Arbeit in Brandenburg – existenzsichernd und familienfreundlich**

1374 Wir wollen die Rückkehr zum Normalarbeitsverhältnis – einen statt mehrerer Jobs mit einer armutsfes-

1375 ten Entlohnung, von der man leben kann. Von einer positiven Wirtschaftsentwicklung müssen auch die

1376 Arbeitnehmer*innen profitieren – sie muss auch zu steigenden Löhnen führen, die Kaufkraft und Bin-

1377 nennachfrage stärken. Dazu gehört auch die Durchsetzung von gleichem Lohn für gleiche Arbeit – für

1378 Ost und West ebenso wie für Frauen und Männer. Die Leiharbeit wollen wir begrenzen und langfristig

1379 abschaffen.

1380 Insbesondere die Bekämpfung der Langzeiterwerbslosigkeit wollen wir ausweiten. Erwerbslosigkeit ist

1381 kein individuelles Versagen, es ist ein gesellschaftliches und politisches Versagen. Wir geben nieman-

1382 den auf. Was wir tun können auf Landesebene um Erwerbslosigkeit und Langzeiterwerbslosigkeit zu

1383 verringern, haben wir getan und werden wir weiterhin tun. In der aktuellen Wahlperiode hat das Land

1384 erstmals eine Vereinbarung „aktiv gemeinsam wirksam“ mit der Regionaldirektion der Bundesagentur

1385 für Arbeit unterzeichnet, um Erwerbslose besser zu unterstützen und in Erwerbstätigkeit zu bringen.

1386 Wir wollen prüfen, wie die vereinbarten Maßnahmen gewirkt haben und die Vereinbarung erneuern mit

1387 dem Ziel, die Möglichkeiten der Bundesagentur und des Landes zu verbinden, Bundesmittel und -pro-

1388 gramme bestmöglich für Brandenburg zu nutzen, um alle, die wollen, den Weg in reguläre Erwerbstä-

1389 tigkeit zu ebnen.

1390 Neben der Fortführung des Programms „Integrationsbegleitung für Langzeitarbeitslose und Familien-

1391 bedarfsgemeinschaften“ wollen wir den mit den Sozialbetrieben initiierten Ansatz zu einem öffentlich

1392 geförderten Beschäftigungssektor (ÖBS) ausbauen. Die mit dem Teilhabechancengesetz (§ 16i und §

1393 16e SGB II) verbundenen Möglichkeiten wollen wir intensiv nutzen und in unsere Landesprogramme

1394 einbinden. Gesellschaftlich wichtige Arbeit soll in dauerhafte, sichere und armutsfeste Beschäftigungs-

1395 verhältnisse in öffentlicher Verantwortung überführt werden.

1396

1397 **Gute Arbeit durchsetzen: Armutsfeste Löhne sichern & Tarifbindung ausweiten**

1398 Gute Arbeit bedeutet mehr als gute Löhne. Sie bedeutet flexible Arbeitszeitmodelle, die sich an den
1399 Interessen und Lebenswirklichkeiten der Arbeitnehmer*innen orientieren, sie bedeutet Bildungs- und
1400 Aufstiegschancen, sie bedeutet die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Standards hierfür weiterzuentwickeln und durchzusetzen ist zentrales Anliegen LINKER Politik.
1401

1402 Das Bündnis für gute Arbeit wollen wir auch künftig stärken. Eine der wichtigsten Aufgaben dieses
1403 Bündnisses ist die Ausweitung der Tarifbindung. Nur noch 18 Prozent der Brandenburger Unternehmen
1404 sind in der Tarifbindung und nur 45 Prozent der Beschäftigten arbeiten in tariflich gesicherten Arbeits-
1405 verhältnissen. Diesen Missstand wollen wir bekämpfen.

1406 Wir wollen:

- 1407 ● einen armutsfesten Vergabemindestlohn. Um im Alter eine Rente über der Grundsicherung zu
1408 erhalten muss man im Moment 12,63 Euro pro Stunde verdienen. Wir werden deshalb den
1409 Vergabemindestlohn auf diese Höhe anpassen und jährlich überprüfen.
- 1410 ● öffentliche Aufträge und Förderungen an eine Tarifreuegung binden.
- 1411 ● zeitgemäße und flexible Arbeitszeitmodelle, die die Bedürfnisse von Familien und Alleinerzie-
1412 henden berücksichtigen, ein betriebliches Gesundheitsmanagement sowie die Einhaltung des
1413 Teilzeitgesetzes. Neben dem Recht auf Teilzeit muss auch das Recht auf Rückkehr in eine Voll-
1414 zeitbeschäftigung umgesetzt werden.
- 1415 ● flexible Angebote der Nachmittagsbetreuung, insbesondere für Alleinerziehende und Kinder mit
1416 Behinderungen.
- 1417 ● die Servicestelle „Arbeitswelt und Elternzeit“ in eine institutionelle Förderung überführen, um
1418 das Beratungsangebot dauerhaft aufrechterhalten zu können.

1419 Gute Arbeit bedeutet auch gute Möglichkeiten zur Weiterbildung. Deshalb wollen wir:

- 1420 ● die Möglichkeiten des Brandenburgischen Weiterbildungsgesetzes bekannter machen und da-
1421 für sorgen, dass mehr Beschäftigte und Unternehmen die dort enthaltenen Möglichkeiten nut-
1422 zen.
- 1423 ● eine Verlängerung des Landesbildungsurlaubes, um im Zuge der Digitalisierung den zunehmen-
1424 den Weiterbildungsbedarf zu decken.

1425 Saisonarbeiter*innen haben besonders mit prekären Arbeitsbedingungen zu kämpfen. Deshalb will DIE
1426 LINKE mit den zuständigen Verbänden Grundstandards für Saisonarbeitsverträge vereinbaren. Damit
1427 sollen in diesem Bereich menschenwürdige Arbeitsbedingungen dauerhaft sichergestellt und das Un-
1428 terlaufen gesetzlicher Regelungen, z. B. durch die Verrechnung von Mieten und weiteren Leistungen
1429 mit dem Mindestlohn, wirksam unterbunden werden.

1430 Schwarzarbeit schadet nicht nur dem Land und der Wirtschaft, sondern vor allem auch den betroffenen
1431 Arbeitnehmer*innen. Wir wollen sie deshalb weiter konsequent bekämpfen. Die Erfahrungen des

1432 Südbrandenburger Bündnisses gegen Schwarzarbeit müssen deshalb für das gesamte Land nutzbar
1433 gemacht werden. Ebenfalls verstärken wollen wir die Anstrengungen zur Einhaltung des Arbeits- und
1434 Gesundheitsschutzes. Einen Aufwuchs der personellen Kapazitäten für entsprechende Kontrollen wer-
1435 den wir prüfen.

1436 Gleicher Lohn für gleiche Arbeit muss selbstverständlich sein. Wir werden alle Möglichkeiten ausschöp-
1437 fen, um die Einhaltung des Lohntransparenzgesetzes und des Landesgleichstellungsgesetzes für diese
1438 Belange konsequent durchzusetzen.

1439 **Den Öffentlichen Dienst stärken**

1440 Die öffentliche Hand ist eine der größten Arbeitgeberinnen im Land. Daraus erwächst auch eine beson-
1441 dere Verantwortung für die Sicherung von guten Arbeits- und Lebensbedingungen.

1442 Wir wollen uns weiter für attraktive Bedingungen im öffentlichen Dienst einsetzen. Wir werden auch
1443 weiterhin die Ergebnisse von Tarifverhandlungen zeit- und wirkungsgleich auf die Besoldung der Be-
1444 amt*innen des Landes übertragen. Auch damit gewährleisten wir, dass die Brandenburger Landesver-
1445 waltung sich als attraktive Arbeitgeberin präsentieren kann. Auch den eingeschlagenen Weg, die sach-
1446 grundlosen Befristungen im öffentlichen Dienst zurückzufahren, werden wir weiter mit dem Ziel gehen,
1447 auf sachgrundlose Befristungen ganz zu verzichten.

1448 Wir wollen bundeseinheitliche Regelungen prüfen, inwieweit Vorsorge für die künftigen Ruhegelder der
1449 Beamt*innen getroffen werden können. Wir setzen uns dafür ein, dass die Zuführungen an den Bran-
1450 denburgischen Versorgungsfonds verstärkt nachhaltig und ethisch verantwortbar (soziale und ökologi-
1451 sche Investments) angelegt werden.

1452 In der Landesverwaltung steht ein tiefgreifender Generationswechsel bevor. In den kommenden Jahren
1453 werden rund 6.000 der rund 49.000 Beschäftigten ihren wohlverdienten Ruhestand antreten. Deshalb
1454 stellen wir über Bedarf ein, um schon jetzt den demografischen Wandel gestalten zu können. Mit unse-
1455 rem Modell für Nachwuchskräfte, welches wir über 600 Stellen aufstocken, versuchen wir, das fachli-
1456 che Know How zu sichern und den Wissenstransfer zu ermöglichen. Gleichzeitig haben wir den Stellen-
1457 abbau gestoppt oder Einstellungskorridore eröffnet und damit begonnen, gezielt die Attraktivität des
1458 öffentlichen Dienstes zu stärken. Diesbezügliche Stichworte sind höhere Eingangssämter für Lehrkräfte,
1459 Polizist*innen, Finanzbeamt*innen und Justizwachtmeister*innen, das Altersteilzeitmodell für die Forst,
1460 die Einführung der freien Heilfürsorge und die Aufstockung der Erschwerniszulagen.

1461 Den im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitarbeitenden wollen wir bessere Aufstiegschancen ermög-
1462 lichen. Wir werden dafür die im Rahmen der Bundesgesetzgebung möglichen Veränderungen durchfüh-
1463 ren, um einen einfacheren Laufbahnwechsel durchführen zu können.

1464

1465 Zusätzlich wollen wir:

- 1466 ● sachgrundlose Befristungen in unbefristete Stellen umwandeln und befristete Beschäftigung
- 1467 insgesamt deutlich einschränken.
- 1468 ● eine Beförderungsrichtlinie für Beschäftigte im Landesdienst schaffen.
- 1469 ● ein landeseinheitliches Gesundheitsmanagement umsetzen und die vereinbarten Mittel von 50
- 1470 Euro pro Beschäftigte*r und Jahr zielgerichtet einsetzen.
- 1471 ● die kulturelle Öffnung der Verwaltungen vorantreiben.
- 1472 ● den Generationswechsel in den öffentlichen Verwaltungen dafür nutzen, den Frauenanteil in
- 1473 Führungspositionen deutlich auszubauen. Dies wollen wir mit einem Mentoring-Programm so-
- 1474 wie Coaching- und Weiterbildungsangeboten für Frauen in Führungspositionen unterstützen.
- 1475 ● nur Entgelte im öffentlichen Dienst, die in Vollzeit zu einem Anspruch in den gesetzlichen Ren-
- 1476 ten über Grundsicherungsniveau führen.

1477 **Für einen starken öffentlichen Beschäftigungssektor**

1478 Mit den Sozialbetrieben haben wir ein Instrument initiiert, mit dem Langzeitarbeitslosigkeit wirksam
1479 bekämpft und gleichzeitig wichtige gesellschaftliche Aufgaben übernommen werden können. Dieses
1480 Modell wollen wir zu einem dauerhaften, öffentlich geförderten Beschäftigungssektor ausbauen. In ei-
1481 nem ersten Schritt soll das Tätigkeitsspektrum der Sozialbetriebe insbesondere mit Blick auf kommu-
1482 nale Bedarfe ausgebaut werden, beispielsweise in den Bereichen Infrastruktur, Soziales, Kinder- und
1483 Jugendarbeit, Sport, Kultur und Bildung. Das Landesprogramm „Arbeit für Brandenburg“ wollen wir wie-
1484 der aufgreifen. Mit speziellen Qualifizierungsangeboten, die sich am tatsächlichen Fachkräftebedarf
1485 insbesondere im Bereich sozialer und gemeinnütziger Arbeit orientieren, wollen wir auch Langzeiter-
1486 werbslosen und Migrant*innen eine dauerhafte Integration in Arbeit erleichtern.

1487 **Brandenburgs Wirtschaft – vielfältig, leistungsstark und wand-** 1488 **lungsfähig**

1489 **Stärke durch Vielfalt**

1490 In Brandenburg finden kleine Unternehmen, ein breiter Mittelstand und internationale Konzerne gleich-
1491 ermaßen gute Rahmenbedingungen vor. Innovatives Handwerk und produzierendes Gewerbe, ein um-
1492 fangreicher Branchenmix und eine deutschlandweit einmalig dichte Forschungs- und Wissenschafts-
1493 landschaft ergeben in enger Kooperation ein starkes Fundament für eine nachhaltige wirtschaftliche
1494 Entwicklung Brandenburgs. Die Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMU) sind das Rückgrat
1495 der Brandenburgischen Wirtschaft. 88,5 Prozent aller Unternehmen haben weniger als 10 Beschäftigte.
1496 Auch die Unternehmen im Bereich der Industrie sind zum großen Teil klein- und mittelständisch geprägt.
1497 Die industriepolitische Herausforderung besteht darin, die industrielle Basis weiter zu entwickeln und
1498 das Land moderner, ökologisch orientierter und internationaler zu profilieren. Die Verbesserung der
1499 Rahmenbedingungen für industrielle Produktion und Wertschöpfung in Brandenburg sind wichtige

1500 Elemente einer aktiven Industriepolitik - ebenso wie eine noch stärkere nachhaltig und ökologisch aus-
1501 gerichtete industrielle Erzeugung. Neben der Unterstützung von öffentlichen Unternehmen, der Förde-
1502 rung von KMU und Handwerk stellt eine Sektor übergreifende Industrie- und Technologiepolitik in Ver-
1503 bindung mit den Hoch- und Fachschulen sowie den Forschungseinrichtungen ein wichtiges Element
1504 unserer Wirtschaftspolitik dar. Im Sinne einer nachhaltigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung
1505 geht es um den Um- und Ausbau bestehender Industrie- und Technologiestrukturen sowie die Entwick-
1506 lung und Ansiedlung zukunftsfähiger Industrie- und Technologiefelder.

1507 Das Handwerk ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Wirtschaftslandschaft und prägt die regionale
1508 Wertschöpfung in Brandenburg entscheidend mit. Es leistet einen wichtigen Beitrag bei der Ausbildung
1509 junger Menschen und ist von hoher beschäftigungspolitischer Bedeutung.

1510 Der Strukturwandel in der Lausitz wird eine der zentralen Herausforderungen für die kommenden Jahre
1511 sein. Die Lausitz verfügt über wichtige Grundlagen und Potentiale, um auch unter veränderten energie-
1512 politischen Rahmenbedingungen weiterhin eine starke Energieregion zu bleiben. Diese Entwicklung gilt
1513 es bewusst zu steuern. Neben den finanziellen Strukturhilfen von rund 18 Milliarden Euro in den kom-
1514 menden 20 Jahren für die Lausitz soll auch die Ansiedlung von Bundesbehörden in der Region erfolgen.

1515 **Reiseland Brandenburg ganzheitlich und nachhaltig weiterentwickeln**

1516 Ein erfolgreicher Tourismus hebt das Image unseres Landes und schafft neue Identifikationsmöglich-
1517 keiten und Lebensqualität für die Bevölkerung.

1518 Mit elf Naturparks, drei Biosphärenreservaten und einem Nationalpark sowie einem UNESCO-Weltna-
1519 turerbe steht ein Drittel der Fläche Brandenburgs unter naturräumlichem Schutz. Der Tourismus in
1520 Brandenburg lässt viel Raum zum Durchatmen: beim Radfahren, Wandern und Wassersport beziehungs-
1521 weise -tourismus. Wer im Reiseland Brandenburg unterwegs ist, wird ganz automatisch auch zum Kul-
1522 turreisenden.

1523 Der Tourismus in Brandenburg ist einer der wichtigsten Wirtschaftszweige gerade auch in den ländli-
1524 chen Räumen. Die Branche bietet vielen Menschen Arbeitsplätze – allerdings oft in schlecht bezahlten
1525 und prekären Beschäftigungsverhältnissen. Wir stehen für nachhaltigen, innovativen, barrierefreien und
1526 soziale Standards gewährleistenden Tourismus.

1527 Wir wollen:

- 1528 ● die Förderung von existenzsichernden touristischen Angeboten.
- 1529 ● den Ausbau von ganzheitlichen und ganzjährigen Angeboten.
- 1530 ● eine stärkere Verzahnung von Erlebnis- und Kulturtourismus mit Gesundheits- und Wellnesstou-
1531 rismus.
- 1532 ● Unterstützung von Investitionen bei den gemeinnützigen Einrichtungen des Kinder- und Jugend-
1533 tourismus.

- 1534 ● die Verbesserung der Koordination auf Landesebene für einen verbesserten Ausbau und Erhalt
1535 von wassertouristischer Infrastruktur, z. B. durch einen Wassertourismusbeauftragten.

1536 **Wirtschaft in sozialer Verantwortung**

1537 Wir setzen uns für eine regionale, nachhaltige, klimagerechte und sozialgerechte Wirtschaft ein. Wir
1538 wollen, dass regionale Wirtschaftskreisläufe, Wertschöpfung vor Ort gestärkt wird und vor Ort bleibt.
1539 Deshalb wollen wir regional verankerte Wirtschaftsakteur*innen stärken und verstärkt die Wirtschafts-
1540 förderung in Brandenburg an gemeinwohlorientierten, genossenschaftliche und Mitarbeiter*innenun-
1541 ternehmen bei Neugründungen und Unternehmensnachfolgen ausrichten.

1542 Wir wollen die tragenden Säulen der Brandenburger Wirtschaft - das Handwerk und den Mittelstand -
1543 weiter unterstützen. Vor allem in den Bereichen Berufsausbildung und Unternehmensgründungen und
1544 -nachfolge wollen wir mit gezielten Maßnahmen zur Fachkräftesicherung und zur Zukunftssicherung der
1545 Unternehmen beitragen.

1546 Vor allem die Unternehmen haben eine Verantwortung für die Gewinnung und Bindung von Fachkräften.
1547 Dazu gehört die Sicherung attraktiver Arbeitsbedingungen, u. a. durch eine faire, leistungsgerechte
1548 Bezahlung, die Schaffung von unbefristeten Vollzeitarbeitsplätzen und die Begrenzung von Leiharbeit,
1549 Maßnahmen der Frauenförderung und Ausbildung sowie die Vertretung durch einen Betriebsrat. Wo
1550 dies nötig ist, wollen wir mit gezielten Maßnahmen beitragen. Zukunftsfähigkeit fördern, Fachkräfte
1551 gewinnen, den Strukturwandel aktiv gestalten

1552 Wir wollen die Wirtschaftsförderung des Landes auch künftig auf den sozial-ökologischen Umbau und
1553 auf die Zukunftsfelder wie z. B. Klima- und Umwelttechnologien, Energietechnologien, Gesundheitswirt-
1554 schaft, Informations- und Kommunikationstechnologien, Werkstoff- und Produkttechnologien etc. kon-
1555 zentrieren. Auch die Wirtschaftsförderung muss ihren Beitrag leisten, um die 100 Prozent erneuerbare
1556 Energieversorgung bis 2030 rechnerisch sowie das Nettonull-Emissionsziel bis 2035 in der Energieer-
1557 zeugung in Brandenburg zu erreichen. Fairen Handel und klimagerechte Produktionsweise wollen wir
1558 mit dem Instrument der Vergabe stärken. Innovative, genossenschaftliche oder gemeinwohlorientierte
1559 Unternehmensgründungen, insbesondere, wenn sie Lücken in regionalen Wertschöpfungsketten schlie-
1560 ßen und sich am Bedarf der Menschen vor Ort orientieren, wollen wir durch eine flächendeckende Be-
1561 ratungsstruktur in Gründungszentren und die Bereitstellung preisgünstiger Gewerbeflächen unterstüt-
1562 zen.

1563 Dagegen soll die brandenburgische Wirtschaftsförderung keinem Rüstungsunternehmen zu Gute kom-
1564 men. Dem militärischen Teil der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) stehen wir weiterhin ableh-
1565 nend gegenüber. Wir setzen uns dafür ein, dass analog zu Berlin auch in Brandenburg Meister*innen
1566 aus dem Maurer*innen- und Betonbauer*innenhandwerks, den Zimmereibetrieben und staatlich ge-
1567 prüfte Techniker*innen der Fachrichtung Bautechnik mit der sogenannten Kleinen Bauvorlageberechti-
1568 gung eingeschränkt bauvorlageberechtigt werden.

1569 Die von uns im Jahr 2015 eingeführte Meister*innenprämie ist ein erster wichtiger Schritt hin zur Kos-
1570 tenfreiheit der Meister*innenausbildung in Brandenburg. Sie sichert Unternehmensnachfolgen und
1571 Neugründungen im Handwerk. Wir wollen diese Förderung fortsetzen und die Meister*innenausbildung
1572 analog zur akademischen Bildung perspektivisch völlig kostenfrei stellen.

1573 **Mit Energie und Leidenschaft – für die Lausitz!**

1574 DIE LINKE ist sich der wirtschaftlichen Bedeutung der Braunkohle für die Lausitz bewusst. Der Braun-
1575 kohleabbau wird und muss aber zweifellos zu Ende gehen. Uns ist bewusst, dass die Lausitz nach der
1576 Wende bereits einen Strukturbruch noch größeren Ausmaßes erlebt hat und damals das Versprechen
1577 blühender Landschaften auch und gerade dort nicht eingelöst wurde. Vor diesem Erfahrungshinter-
1578 grund ist eine verlässliche, respektvolle und ehrliche Politik umso wichtiger, um verlorenes Vertrauen
1579 zurück zu gewinnen. Der Einstieg in den Kohleausstieg und die damit verbundene Strukturentwicklung
1580 in der Lausitz ist einer der anspruchsvollsten Transformationsprozesse im Land, den wir gestalten und
1581 begleiten müssen.

1582 Wir wollen die Region langfristig als Industriestandort erhalten und weiterentwickeln. Die vorhandene
1583 Leitungs-Infrastruktur und die Kompetenzen der Fachkräfte sollten Ausgangspunkt für diese wirtschaft-
1584 liche Weiterentwicklung sein. Sonnen- und Windenergie sind die neuen Energieträger. Dafür bedarf es
1585 jedoch auf Bundesebene notwendiger Weichenstellungen, damit die notwendige Sektorkopplung greift
1586 und auch wirtschaftlich tragen kann.

1587 Unser Ziel ist es, die Lausitz als Industrieregion zu erhalten und zu stärken. Deshalb gilt es, für die jetzt
1588 in den Tagebauen, den konventionellen Kraftwerken und in den Zuliefererbetrieben Beschäftigten, lang-
1589 fristig hochwertige Arbeitsplätze in der Region zu sichern und zu schaffen.

1590 Dazu gehören für uns der Ausbau von Bahnstrecken, Forschung und Wissenschaft, Wirtschafts- und
1591 Innovationsförderung, die Stärkung der Zivilgesellschaft und andere weiche Standortfaktoren, wie bei-
1592 spielsweise die Kulturförderung.

1593 Wir wollen:

- 1594 ● die Ansiedlung von Bundeseinrichtungen in der Region.
- 1595 ● eine handlungsfähige, länderübergreifende regionale Wirtschaftsförderung für die Lausitz, in
1596 der die vorhandenen kleinteiligen Strukturen der regionalen Wirtschaftsförderung der Land-
1597 kreise der Lausitz aufgehen.
- 1598 ● die strukturelle Einbeziehung gesellschaftlicher Akteur*innen aus der Region in die Planung
1599 und Umsetzung von Vorhaben in der Region.
- 1600 ● den Ausbau der vorhandenen Infrastruktur als Gemeinschaftsaufgabe von Bund und Land. Dazu
1601 gehört für uns in erster Linie der schienengebundene Nah- und auch der grenzüberschreitende
1602 Fernverkehr.
- 1603 ● die Verbesserung der digitalen Infrastruktur. Neben den bereits zugesagten Mitteln für den
1604 Glasfaserausbau wollen wir die Lausitz zu einer 5G-Modellregion ausbauen.

- 1605 ● die Maßnahmen zur Sanierung der ökologischen Altlasten weiterführen. Daher streiten wir für
1606 ein neues Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den Ländern auch nach dem Jahr
1607 2022.
- 1608 ● für eine Bodenpolitik streiten, die dafür sorgt, dass die neu entstehenden landwirtschaftlichen
1609 Flächen in der Bergbaufolgelandschaft den Lausitzer Landwirt*innen gehören und von ihnen
1610 bewirtschaftet werden können.
- 1611 ● aufbauend auf der Landestourismuskonzeption Brandenburg schrittweise die vorhandenen Rei-
1612 seregionen zu einer gemeinsamen Reisemarke Lausitz länderübergreifend zusammenführen.

1613 **Digitalisierung – für mehr Teilhabe am Leben!**

1614 **Ohne Netz ist alles nix!**

1615 Zentrale Voraussetzung für einen digitalen Wandel, von dem alle Bürger*innen profitieren können, ist
1616 die freie Verfügbarkeit von Internetzugängen und eine leistungsfähige Netz-Infrastruktur.

1617 Die Gewährleistung einer flächendeckenden Breitband-Infrastruktur und einer flächendeckenden Mo-
1618 bilfunkversorgung liegt grundgesetzlich in der Verantwortung des Bundes. Die Versorgung mit mobilen
1619 Sprach- und Datendiensten ist aus Sicht der LINKEN Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Denn hier
1620 geht es um grundlegende Bedürfnissen in einer modernen Gesellschaft. Gleichwertige Lebensverhält-
1621 nisse gibt es nicht mit „weißen Flecken“. Die Weiterentwicklung zur Gigabit-Gesellschaft und der neuen
1622 5G Welt kann nur erreicht werden, wenn der flächendeckende Ausbau mit 4G/LTE und Glasfaser reali-
1623 siert wird.

1624 Wir wollen:

- 1625 ● gegenüber der Bundesregierung darauf drängen, dass der Versorgungsauftrag gesetzlich gere-
1626 gelt wird.
- 1627 ● ergänzend zum Breitbandförderprogramm des Bundes ein Mobilfunkförderprogramm beim
1628 Bund.
- 1629 ● beim Netzausbau die Kommunen bei den Vergaben unterstützen.
- 1630 ● eine Task-Force des Landes einsetzen, die dabei unterstützt, dass Fördermittel tatsächlich ab-
1631 gerufen und Hindernisse angegangen werden.
- 1632 ● die Kommunen dabei unterstützen, die Infrastruktur für die Breitbandversorgung in die eigenen
1633 Hände zu nehmen.
- 1634 ● die Zusammenarbeit zwischen der öffentlichen Hand und Freifunk-Initiativen fördern, um den
1635 Aufbau flächendeckender, lokaler Zugangsstrukturen voranzutreiben.
- 1636 ● die Förderung von „gut vernetzten“ Co-Working-Spaces insbesondere in den ländlichen Räu-
1637 men.

1638 **Es ist nicht (nur) die Technik, sondern was wir daraus machen**

1639 Die soziale Gestaltung des digitalen Wandels im Einklang mit demokratischen Grundwerten und die
1640 Nutzung seiner Chancen für mehr Transparenz und Partizipation und nicht zuletzt für neue flexiblere
1641 Organisationsformen der Arbeitswelt im Sinne der Beschäftigten ist eine wichtige politische Herausfor-
1642 derung der kommenden Jahre.

1643 Die vielfältige und innovative Start-up-Szene in Brandenburg benötigt Unterstützung und Förderung
1644 auch über die Gründungsphase hinaus. Die Entwicklung digitaler Kompetenzen und die Gewinnung von
1645 Mitarbeiter*innen wird für die klein- und mittelständische Wirtschaft immer mehr zum entscheidenden
1646 Wettbewerbsfaktor. Intelligente Herstellungsverfahren erhöhen Effizienz und Produktivität. In all diesen
1647 Bereichen besteht ein erhöhter Förder- und Beratungsbedarf, den wir absichern wollen. Prekäre Be-
1648 schäftigungsformen wollen wir dabei von vornherein durch geeignete Maßnahmen verhindern.

1649 Deshalb wollen wir:

- 1650 ● Beratungs- und Unterstützungsangebote für Unternehmen wie das „Innovationszentrum Mo-
1651 derne Industrie Brandenburg“, das „Mittelstand 4.0-Kompetenzzentrum“ sowie die Anlauf- und
1652 Beratungsstelle „Digitalwerk - Zentrum für Digitalisierung im Handwerk und Mittelstand“ weiter
1653 zielgerichtet ausbauen.
- 1654 ● die Innovationsorientierung der Brandenburger Unternehmen stärken und sie bei zentralen Di-
1655 gitalisierungsprojekten unterstützen.
- 1656 ● die Fachkräftestrategie angesichts der Herausforderungen der Digitalisierung fortentwickeln
1657 und zu einer umfassenden Arbeitskräftestrategie für Brandenburg ausbauen.
- 1658 ● die Digitalisierung lokaler Fort- und Weiterbildungsträger sichern – ihre Netzwerke vor Ort sind
1659 unverzichtbar.

1660 **Digitalisierung zum Gewinn für alle machen**

1661 Wir werden die Voraussetzungen dafür schaffen, dass alle Bürger*innen und Unternehmen die das wol-
1662 len, Verwaltungsdienstleistungen digital, unabhängig von festen Sprech- und Öffnungszeiten, nutzen
1663 können. Dazu sind Bund, Länder und Kommunen bis 2022 auch gesetzlich verpflichtet.

1664 eGovernment ist eine Grundvoraussetzung für eDemokratie: Der Ausbau direktdemokratischer Ele-
1665 mente auf der Basis digitaler Technologien setzt die unmittelbare Zugänglichkeit und Transparenz poli-
1666 tischer Entscheidungen und Verwaltungsabläufe voraus. Doch offene Informationen und offene Daten
1667 sorgen nur bei jenen für mehr Mitwirkungsmöglichkeiten, die die Kompetenzen und Ressourcen haben,
1668 mit diesen umzugehen. Wir wollen daher hier breit unterstützen.

1669 Deshalb wollen wir:

- 1670 ● den Aufbau eines Kompetenz- und Innovationszentrums, das Landes- und Kommunalbehörden
1671 dabei berät und unterstützt, eigene Fähigkeiten auszubauen und zu entwickeln, um

- 1672 digitalgestützte Angebote, Arbeitsprozesse und die Organisationsentwicklung zu gestalten.
1673 Hierin soll auch eine Kontaktstelle eingerichtet werden, die Personalräte unterstützt.
- 1674 ● eine umfassende und mit Controllingmaßnahmen versehene „Qualifizierungsstrategie Digitali-
1675 sierung“ auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung.
 - 1676 ● die Förderung von Kooperationsprojekten zwischen Verwaltung, Open-Data-Initiativen, Bil-
1677 dungseinrichtungen & Co., um Verwaltungsdaten gemeinwohlorientiert zu nutzen und die nut-
1678 zer*innenorientierte Umgestaltung öffentlicher Angebote zu unterstützen.
 - 1679 ● die Einführung eines Transparenzgesetzes zur Offenlegung von Verwaltungsakten und politi-
1680 schen Entscheidungsprozessen.
 - 1681 ● durch öffentliche Gelder finanzierte IT-Systeme den Bürger*innen zur Nutzung, Bearbeitung
1682 und Weitergabe zur Verfügung stellen. Deswegen wollen wir alle öffentlichen Verwaltungen
1683 schrittweise auf Freie Software umstellen. Darüber hinaus soll Software, die mit öffentlichen
1684 Geldern finanziert oder kofinanziert wurde, unter Freien Lizenzen veröffentlicht werden.
 - 1685 ● die Bereitstellung einer Partizipations- und Beteiligungsplattform, die die Landesverwaltung,
1686 Kommunen aber auch zivilgesellschaftliche Verbände für direktdemokratische digitale Beteili-
1687 gungsformen nutzen können - in einer ersten Stufe soll die Plattform der Zivilgesellschaft die
1688 Möglichkeit zur Stellungnahme bei Gesetzentwürfen bieten. Begleitet werden soll dies mit ei-
1689 nem „Partizipationsmobil“, das mit niedrighschwelligen Angeboten vor Ort Station macht - um
1690 jene einzubinden, die nicht über die Kompetenzen verfügen, selbständig solche Plattformen zu
1691 nutzen.

1692

1693

5_Gesund leben in Brandenburg

1694

Gesundheitliche Versorgung in allen Regionen

1695

Gemeindeschwestern etabliert, Krankenhäuser erhalten

1696

1697 Gesundheit ist eine, wenn nicht gar die wichtigste Voraussetzung für ein selbstbestimmtes und glückliches Leben. Der Erhalt und die Wiederherstellung der Gesundheit der Menschen war und ist daher
1698 eine Aufgabe, der unsere besondere Aufmerksamkeit gilt. Ein bedeutender Anker für die gesundheitliche
1699 Versorgung sind dabei die Krankenhäuser im Land. DIE LINKE hat in der Landesregierung den Erhalt
1700 aller Standorte durchgesetzt. Die Investitionsförderung durch das Land ist ein wichtiger Bestandteil der
1701 Finanzierung der Krankenhäuser. Seit 1991 hat Brandenburg 5 Milliarden Euro in die Krankenhäuser im
1702 Land investiert, um sie zu modernen, vernetzten und zukunftsfähigen Gesundheitsversorgern weiterzu-
1703 entwickeln. Digitalisierung und Barrierefreiheit nehmen dabei eine herausgehobene Position ein. Seit
1704 2018 beträgt die jährliche Investitionspauschale 100 Millionen Euro. Dieses Finanzierungsniveau wol-
1705 len wir auf jeden Fall beibehalten und wenn nötig erhöhen. Gleichzeitig werden wir die Mittel aus dem
1706 Strukturfonds II des Bundes vorrangig für die Bildung von Zentren zur Behandlung von seltenen, kom-
1707 plexen oder schwerwiegenden Erkrankungen, für die Bildung integrierter Notfallstrukturen, die Teleme-
1708 dizin, Krankenhausverbünde, Informationssicherheit und zusätzliche Ausbildungskapazitäten einsetzen.
1709

1710

Wohnortnahe Versorgung ausbauen

1711

1712 Wir möchten für alle Patient*innen eine bestmögliche und wohnortnahe Versorgung durch Haus- und
1713 Fachärzt*innen gewährleisten und durch die enge Zusammenarbeit mit Gesundheitsdienstleistern re-
1714 gionale Strukturen erhalten und schaffen, die geeignet sind, eine qualitativ hochwertige ambulante Ver-
sorgung sicherzustellen.

1715

1716 Mehr als 4.200 niedergelassene und angestellte Ärzt*innen sowie Psychotherapeut*innen stellen die
1717 ambulante Versorgung der Bevölkerung in Brandenburg wohnortnah sicher, dies sagt aber nichts über
die regionale Verteilung der medizinischen Einrichtungen im ländlichen Raum aus.

1718

1719 Eine qualitativ hochwertige ambulante Versorgung durch niedergelassene Ärzt*innen und weitere Ge-
1720 sundheitsberufe (Physiotherapie, Ergotherapie etc.) ist von großer Bedeutung – auch zur Vermeidung
1721 stationärer Behandlungen. Trotz aller Anstrengungen beispielsweise für eine bessere Vergütungsstruk-
1722 tur bei Hausärzt*innen liegt die Zahl der zu versorgenden Patient*innen pro Arztsitz in Brandenburg
1723 immer noch deutlich höher als im Bundesschnitt. Aus diesem Grund hat DIE LINKE in der Landesregie-
1724 rung die Einführung der Gemeindeschwester AGnES durchgesetzt. AGnES steht für Arztentlastende
1725 Gemeinde-nahe E-Health-gestützte Systemische Intervention. Durch die Delegation bestimmter ärzt-
licher Tätigkeiten auf speziell geschulte Mitarbeiter*innen erreichen wir eine nachhaltige Entlastung

1726 der Hausärzt*innen bei einer gleichzeitigen Verbesserung der Versorgungssituation im ländlichen
1727 Raum.

1728 Ambulante Medizin findet in zahlreichen strukturellen Ausprägungen statt: von der Einzelpraxis über
1729 Gemeinschaftspraxen, überörtliche Berufsausübungsgemeinschaften, Zweigpraxen, Ärztenetzen und
1730 Ärztehäusern bis hin zu Medizinischen Versorgungszentren (MVZ). Das sind wichtige Bausteine, um
1731 unseren Versorgungsgrundsatz „ambulant vor stationär“ zu sichern. Ebenso wichtig ist in einer immer
1732 älter werdenden Gesellschaft der Grundsatz „Prävention vor Rehabilitation“, dem wir künftig deutlich
1733 mehr Beachtung schenken wollen. Je besser präventive Maßnahmen greifen, desto mehr wird Krank-
1734 heit, Pflegebedürftigkeit, Pflegehochbedürftigkeit und Multimorbidität verhindert. Das ist nicht nur im
1735 Interesse der Betroffenen selbst, sondern kann auch dem zunehmenden Fachkräftemangel im Pflege-
1736 und Gesundheitsbereich entgegenwirken.

1737 **Moderne Krankenhäuser zukunftsfest machen**

1738 Wir wollen die Krankenhäuser nicht nur erhalten, sondern gemeinsam mit den Selbstverwaltungsstruk-
1739 turen, mit Beschäftigten und Patient*innenvertretungen zu modernen und leistungsfähigen, sektoren-
1740 übergreifenden ambulant-stationären Versorgungszentren weiterentwickeln.

1741 Gerade kleine Häuser sind wichtige Anker der Gesundheitsversorgung in den ländlichen Räumen, um
1742 die Wege für Patient*innen nicht zu weit werden zu lassen. Gleichzeitig ist es wichtig, auch eine flä-
1743 chendeckende Notfallversorgung zu sichern. Deshalb haben wir uns auf Bundesebene dafür eingesetzt,
1744 dass gerade Flächenländer selbst entscheiden können, wo Rettungsstellen gebraucht werden. Die
1745 dadurch erkämpften Ausnahmeregelungen werden wir konsequent anwenden, denn dadurch werden
1746 diese Kliniken von Abschlügen befreit und nehmen an der Notfallversorgung weiter teil.

1747 Aus unserer Sicht wird die Gemeinsame Krankenhausplanung mit Berlin die Grundlage für Kooperation
1748 auf Augenhöhe in der Gesundheitsregion Berlin-Brandenburg sein. Statt eines ungezügelten Verdrän-
1749 gungswettbewerbs setzen wir auf kooperative Bewältigung der anstehenden Herausforderungen. Die
1750 Gemeinsame Krankenhausplanung gewährleistet abgestimmte Versorgungsziele und Planungsgrund-
1751 sätze, die für eine bedarfsgerechte und qualitätsorientierte Weiterentwicklung der Krankenhausland-
1752 schaft sorgen.

1753 Das darf jedoch nicht zu Lasten der Spitzenmedizin in Brandenburg gehen. Für uns ist klar: Wir wollen
1754 Fachkliniken erhalten und werden nicht zulassen, dass Brandenburg nur auf Grundversorgung und Re-
1755 habilitation reduziert wird.

1756 **Rehabilitationskliniken stärken**

1757 Rehabilitationskliniken sind wichtig für die weitere medizinische Versorgung nach einem Krankenhaus-
1758 aufenthalt wie auch zur Prävention. Jedoch sind sie nicht ausreichend finanziell ausgestattet. So haben
1759 sie keinen Anspruch auf eine Digitalisierungspauschale wie die Akutkliniken. Durch die geringen

1760 Entschädigungssätze sind die Investitionen zur baulichen und energetischen Erneuerung nur schlep-
1761 pend möglich. Wir werden deshalb ein Landesprogramm „Starke Rehabilitationskliniken“ einführen.

1762 **Öffentlicher Gesundheitsdienst – attraktiv und modern**

1763 Wir wollen eine weitere Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes im Land Brandenburg. Die
1764 Gesundheitsämter in den Landkreisen und kreisfreien Städten sollen durch Fachpersonal und gute Wei-
1765 terbildungsangebote noch besser in die Lage versetzt werden, ihre Aufgaben im Kinder- und Jugend-
1766 zahnärztlichen Dienst, beim sozialpsychiatrischen und sozialmedizinischen Dienst und in der Umwelt-
1767 medizin zu erfüllen. Gleichzeitig werden wir eine Informationskampagne für die Aufgaben des öffentli-
1768 chen Gesundheitsdienstes schaffen. Die schrittweise Anpassung der Gehälter des öffentlichen Gesund-
1769 heitsdienstes an die Tarife der Akutkliniken werden wir angehen.

1770 **Medizinische Versorgung braucht gutes Personal**

1771 Im medizinischen Bereich herrscht ein bundesweiter Fachkräftemangel. Das betrifft sowohl Ärzt*innen,
1772 als auch das Pflegepersonal, Hebammen und Therapeut*innen. Das Land hat ein Landärzte-Programm
1773 aufgelegt, das durch Stipendien die Gewinnung von Nachwuchs-Ärzt*innen für den ländlichen Raum
1774 sichern soll.

1775 Außerdem wurden die Ausbildungssätze für Pflegeschulen nach oben korrigiert und die Pflegeschulen
1776 werden bei der Neuauflage der Curricula zur Umsetzung der generalistischen Pflegeausbildung mit 5
1777 Millionen Euro unterstützt. Das ist bundesweit einmalig!

1778 Insbesondere die stationäre Pflege braucht einen verbindlichen Mindest-Personalschlüssel, mehr Zeit
1779 für die Pflege und Patient*innen. Die Arbeitsbedingungen in der Pflege müssen verbessert werden, u.
1780 a. durch die Ermöglichung flexiblerer Arbeitszeitmodelle und eine bessere Bezahlung der Pflegekräfte.
1781 Zur Unterstützung brauchen wir Sozialarbeiter*innen in den Einrichtungen, zusätzlich zum Pflegeperso-
1782 nal.

1783 Für Hebammen gibt es in Brandenburg zwei staatlich anerkannte Ausbildungsstätten – Cottbus und
1784 Eberswalde. Die zweite Schule in Eberswalde wurde zum Herbst 2017 eröffnet – dadurch konnten die
1785 Ausbildungskapazitäten schrittweise von 15 auf aktuell 75 Auszubildende pro Jahr erhöht werden.
1786 Gleichzeitig ist die anstehende Akademisierung der Hebammenausbildung eine große Herausforderung.
1787 Im Zuge der Umsetzung muss geprüft werden, ob ein weiterer Standort für die Hebammenausbildung
1788 im Norden und/oder Westen Brandenburgs etabliert werden kann. Dabei ist eine Kooperation mit Me-
1789 dizinischen Hochschule Brandenburg (MHB) wünschenswert. Das Programm “National Matching” wer-
1790 den wir in der nächsten Legislaturperiode fortführen.

1791 **Versorgung sichern**

1792 Ein weiterer und zunehmend wichtiger Baustein in der gesundheitlichen Versorgung ist die Wahrung
1793 der Patient*innensicherheit sowie der Patient*innenrechte. Die Arzneimittel- und Patient*innensicher-
1794 heit muss sowohl im Bund als auch im Land weiter gestärkt und kontrolliert werden. Jeder Mensch hat

1795 nicht nur das Recht auf eine umfassende und schnelle gesundheitliche Versorgung, sondern vor allem
1796 auch auf eine sichere. Zudem muss über die Patient*innenvertretung das Recht auf ein effizientes Be-
1797 schwerdemanagement sichergestellt sein.

1798 Um die gesundheitliche Versorgung in Brandenburg weiter zu verbessern, wollen wir:

- 1799 ● das Brandenburger Modell der Gemeindeschwester AGnES II als wesentlichen Baustein einer
1800 verlässlichen ambulanten Gesundheitsversorgung vor allem in den ländlichen Räumen flächen-
1801 deckend ausbauen und verstetigen.
- 1802 ● das Hebammenprogramm des Landes fortführen und ausbauen. Dazu gehört für uns die För-
1803 derung der Akademisierung des Berufsbildes, die Etablierung von Ausbildungsmöglichkeiten an
1804 mehreren Standorten im Land, die Schaffung eines Vermittlungsportals, Zuschüsse für die Neu-
1805 gründung von Hebammen-Praxen sowie die Weiterentwicklung des Programms in enger Ab-
1806 stimmung mit den Brandenburger Hebammen.
- 1807 ● die Erarbeitung landesweiter Standards zur sicheren Geburt an den brandenburgischen Klini-
1808 ken vorantreiben - unter Einbeziehung von Frauen und Hebammenorganisationen. Die Etablie-
1809 rung hebammengeführter Kreißsäle soll unterstützt werden.
- 1810 ● das Netz der kassenärztlichen Bereitschaftspraxen bei den Notfallambulanzen der Krankenhäu-
1811 ser weiter ausbauen, um perspektivisch ein flächendeckendes Angebot zu schaffen.
- 1812 ● die ambulante psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung weiter ausbauen, insbe-
1813 sondere in den ländlichen Räumen.
- 1814 ● Modellprojekte unterstützen, die eine engere Kooperation zwischen niedergelassenen Ärzt*in-
1815 nen und Krankenhäusern zum Ziel haben.
- 1816 ● die Ressourcen der Telemedizin als zusätzliches Angebot, vor allem zur schnellen Überwindung
1817 von Entfernung und in der Nachbehandlung von Patient*innen nutzen. Dazu sind entlastende,
1818 telemedizinische und mobile Dienste in Brandenburg weiter auszubauen. Das betrifft die medi-
1819 zinische Behandlung, die allgemeine Versorgung, die Organisation der gesundheitlichen
1820 Dienste bis hin zu Beauftragung, Diagnose und Abrechnung.
- 1821 ● uns gegenüber dem Bund dafür einsetzen, dass die Richtlinien zur Versorgungsplanung des
1822 Gemeinsamen Bundesausschusses (G-BA) als Grundlage für die Zulassung von Ärzt*innen ver-
1823 schiedener Fachrichtungen grundlegend überarbeitet und auf den Versorgungsbereich „Mittel-
1824 bereich“ angepasst wird.
- 1825 ● Modelle mobiler ambulanter Versorgungsangebote wie „rollender Arztpraxen“ oder Facharzt-
1826 sprechtag im ländlichen Raum in Brandenburg ausprobieren.
- 1827 ● die Ausbildung medizinischen Fachpersonals, u. a. an der Medizinischen Hochschule Branden-
1828 burg weiter stärken und den Fokus dabei auf eine ergebnisorientierte Ausbildung, z. B. auch
1829 von Fachkräften mit Migrationshintergrund richten.
- 1830 ● die Aufsichtsbehörden in der Arzneimittelsicherheit weiter stärken und Patient*innenvertretun-
1831 gen ausbauen.

- 1832 ● die engagierte Umsetzung des Präventionsgesetzes weiter vorantreiben und gesundheitsorien-
- 1833 tierte Netzwerkstrukturen wie das „Netzwerk Gesunde Kinder“, das Bündnis „Gesund aufwach-
- 1834 sen“ und das „Bündnis Gesund älter werden“ in ihrer Arbeit unterstützen und fördern.
- 1835 ● bei der Bekämpfung von HIV einen Strategiewechsel vollziehen. Das neue Ziel muss die Ver-
- 1836 hinderung von Neuinfektionen in Brandenburg sein. Dazu wollen wir die Fördermittel für die
- 1837 AIDS-Hilfen deutlich aufstocken, unter anderem durch eine Personalanpassung der AIDS-Hilfe
- 1838 Cottbus an das Niveau der AIDS-Hilfe Potsdam. Zusätzliche Mittel wollen wir für die Aufklärung
- 1839 an Schulen und die Beratung zu PrEP (Vorsorgliche Einnahme von HIV-Medikamenten als
- 1840 Schutz vor Ansteckung) bereitstellen.
- 1841 ● Erfolgreiche Programme wie QS-Notfall zur Senkung von Todesraten bei Herzinfarktpatient*in-
- 1842 nen sowie ANNOTeM bei Schlaganfallpatienten sollen verstetigt werden.

1843 **Impfpflicht einführen**

1844 Der Schutz der Bevölkerung, insbesondere der Kleinsten und derjenigen, die aus gesundheitlichen
 1845 Gründen nicht geimpft werden können, steht für uns über dem Recht auf körperliche Selbstbestimmung
 1846 und dem Recht der Eltern auf Erziehung ihrer Kinder.

1847 Aus diesem Grund setzen wir uns für eine verpflichtende Impfung von Kindern vor Aufnahme in eine
 1848 Gemeinschaftseinrichtung, z. B. Kita, ein. Der Impfschutz soll dabei die Krankheiten Masern, Mumps,
 1849 Röteln und Windpocken umfassen. Wir fordern den Bund auf, die entsprechenden Regelungen bundes-
 1850 weit zu erlassen.

1851 **Prävention statt Sucht**

1852 Nach wie vor sind Alkohol und Zigaretten ein großes Problem in der Gesellschaft. Sie verursachen
 1853 Krankheiten, führen in die Abhängigkeit und zu vorzeitigem Tod. Besondere Sorge macht uns der Vor-
 1854 marsch der gefährlichen Droge Crystal Meth vor allem in Süd-Brandenburg.

1855 Aber auch andere Abhängigkeiten wie Medien- oder Internetsucht nehmen zu. Vor diesen können und
 1856 dürfen wir nicht die Augen verschließen. Sie führen in die Isolation, Erwerbslosigkeit und in weitere
 1857 multiple Konfliktlagen, die es zu bekämpfen gilt.

1858 Bei der Suchtprävention müssen alle Akteur*innen gemeinsam eine wirksame Präventionsstrategie ver-
 1859 folgen, um Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene zu schützen. Die Suchtprävention und die Sucht-
 1860 krankenhilfe müssen eng aufeinander abgestimmt und hinsichtlich neuer Suchtgefahren stets aufs
 1861 Neue angepasst werden.

1862 Die Erfahrungen zeigen, dass Drogenkonsum durch Verbote nicht wirklich eingeschränkt werden kann.
 1863 Kriminalisierung und Ausgrenzung tragen weder zur Sicherheit der Bevölkerung bei, noch sind sie eine
 1864 wirkliche Hilfe für die Abhängigen. In der Drogenpolitik muss ein Umdenken erfolgen. Wir setzen auf
 1865 Prävention, Information und Hilfe, statt Kriminalisierung der Sucht-Betroffenen. Auf Bundesebene set-
 1866 zen wir uns für eine Legalisierung von Cannabis ein.

1867 Wir wollen darum:

- 1868 ● eine objektive Aufklärung im Rahmen des Schulunterrichts über mögliche Folgen des Drogen-
1869 und Medikamentenmissbrauchs ermöglichen.
- 1870 ● mehr Hilfe für Suchtkranke und deren Angehörige sowie psychosoziale Beratungs- und Betreu-
1871 ungsstellen und Streetworker*innen schaffen.
- 1872 ● die Suchtberatungsstellen stärken.
- 1873 ● die Schaffung von Drugchecking-Angeboten in Apotheken.
- 1874 ● uns auf Bundesebene für eine grundlegende Überarbeitung des Betäubungsmittelgesetzes ein-
1875 setzen um die Kriminalisierung von Suchtkranken durch Delikte wie Drogenkonsum und Dro-
1876 genbesitz zu beenden. Als ersten Schritt wollen wir auf Landesebene eine Angleichung der
1877 strafbewehrten Freigrenze für den Eigenbedarf von THC-haltigen Produkten, wie sie in Berlin
1878 gilt.

1879 **Pflege in öffentlicher Verantwortung**

1880 **Wachsender Pflegebedarf als zentrale Herausforderung**

1881 In Brandenburg leben derzeit etwa 130.000 pflegebedürftige Menschen. Diese Zahl wird aufgrund der
1882 demografischen Entwicklung und der steigenden Lebenserwartung in den nächsten Jahren weiter zu-
1883 nehmen. Etwa jede*r Dritte wird in der eigenen Häuslichkeit gepflegt, durch Angehörige oder auch mit
1884 Unterstützung von ambulanten Pflegediensten. Im Land gibt es ein dichtes Netz aus rund 490 statio-
1885 nären Pflegeeinrichtungen und rund 700 ambulanten Pflegediensten.

1886 Bei einer unveränderten Entwicklung würden bis 2040 allein in Brandenburg 25.000 zusätzliche Stellen
1887 in der Pflege benötigt. Berücksichtigt man die Entwicklung des Fachkräftebestandes müssten über
1888 70.000 Menschen zusätzlich für eine Tätigkeit in der Pflege gewonnen werden. Schon 2015 hat DIE
1889 LINKE in der Landesregierung deswegen die „Brandenburger Pflegeoffensive“ auf den Weg gebracht.
1890 Mit der „Fachstelle für Pflege und Altern im Quartier“, der Einrichtung eines Kompetenzzentrums für
1891 Demenz sowie der Erarbeitung von Pflegedossiers für alle Landkreise und kreisfreien Städte und der
1892 Förderung innovativer Personaleinsatz- und Entwicklungskonzepte haben wir wichtige Grundlagen für
1893 die Zukunftsfähigkeit der Brandenburger Pflegelandschaft gelegt.

1894 **Pflegebedürftigkeit vermeiden, lokale Strukturen stärken**

1895 Durch gute Rahmenbedingungen für ein aktives und gesundes Älterwerden kann es gelingen, den Ein-
1896 tritt von Pflegebedürftigkeit zu verschieben, zu verringern, vielleicht sogar ganz zu vermeiden. Einsam-
1897 keit macht krank. Eine gute Senior*innenpolitik ist somit auch präventive Pflegepolitik.

1898 Für eine gute Pflege brauchen wir effektive Hilfe- und Pflegestrukturen vor Ort, die frühzeitig, verlässlich
1899 und aufeinander abgestimmt Pflegebedürftige und ihre Angehörigen beraten und dabei unterstützen,

1900 trotz der pflegebedingten Einschränkungen ein möglichst selbstbestimmtes und selbständiges Leben
1901 zu führen.

1902 Die Ausbildungs- und Beschäftigungsbedingungen in der Pflege müssen attraktiver werden, damit deut-
1903 lich mehr Menschen einen Pflegeberuf ergreifen und dort gern und lange tätig sind.

1904 Deshalb wollen wir:

- 1905 ● das Netz der Pflegestützpunkte erhalten und weiter ausbauen. Hierzu muss eine enge Abstimmung
1906 zwischen den Trägern stattfinden.
- 1907 ● die Fachstelle „Altern und Pflege im Quartier“ fortführen und weiter ausbauen, um die Kommunen
1908 bei der Realisierung eines bedarfsgerechten Pflegeangebotes zu unterstützen.
- 1909 ● Qualifizierungs- und Kursangebote für pflegende Angehörige weiter ausbauen; beispielgebend
1910 ist hierfür das gemeinsam mit der AOK entwickelte Modell PfiFf (Pflege in der Familie fördern).
- 1911 ● sorgende Gemeinschaften als zentrale Elemente lokaler Hilfs- und Beratungsstrukturen fördern,
1912 insbesondere Treffs für Senior*innen und ihre Angehörigen.
- 1913 ● die psychologische Begleitung von pflegenden Angehörigen verbessern.
- 1914 ● mehr Plätze in staatlichen Pflege- und Gesundheitsschulen in Brandenburg schaffen und die
1915 Ausbildung kostenfrei gestalten.
- 1916 ● die Reform der Pflegeausbildung auch weiterhin begleiten und die notwendigen Mittel für die
1917 Umstellung der Ausbildung bei den Pflegeschulen bereitstellen.
- 1918 ● die Prüfmechanismen und Aufsichtsstrukturen für die Pflegequalität aber auch zur Verhinderung
1919 von Abrechnungsbetrug verbessern.
- 1920 ● keine Pflegekammer einrichten.

1921 Wesentliche Rahmenbedingungen im Bereich der Pflege werden auf Bundesebene bestimmt. Wir werden
1922 uns auch in der kommenden Wahlperiode konsequent dafür einsetzen, diese Bedingungen zu verbessern.
1923

1924 Wir wollen:

- 1925 ● den Bund dazu bewegen, die Hürden für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Pflege
1926 deutlich abzusenken.
- 1927 ● gegenüber der Bundesregierung auf eine einheitliche Bezahlung der Pflege im Bund, den Ländern
1928 und den Kommunen auf die Beseitigung der Lohnunterschiede zwischen ambulanter und
1929 stationärer Pflege drängen.
- 1930 ● einen Mindestpersonalschlüssel für die pflegerische Versorgung in stationären Einrichtungen
1931 auf Bundesebene durchsetzen. Ebenso brauchen wir eine solidarische und gerechte Finanzierung
1932 der Pflege. Kostensteigerungen, z. B. durch höhere Löhne oder Investitionen in die Infrastruktur
1933 dürfen nicht den Pflegebedürftigen oder ihren Angehörigen aufgebürdet werden. Die
1934 Pflegeversicherung muss in diesem Sinne dringend reformiert und zu einer Pflegevollversicherung
1935 ausgebaut werden.

- 1936 ● die Finanzierung alternativer Leistungsangebote prüfen, sofern professionelle Leistungen regional nicht verfügbar sind. So könnten z. B. Angehörige für Pflegeleistungen angestellt werden, sofern kein Pflegedienst zur Verfügung steht und ein Pflegebasiskurs absolviert wurde.
- 1937
- 1938
- 1939 ● den Dokumentationsaufwand in der Pflege verringern, um wieder mehr Zeit für die Kernaufgaben und die Arbeit mit den Patient*innen zu schaffen.
- 1940
- 1941 ● die Verbesserungen der Leistungen für pflegende Angehörige u. a. durch ein höheres Pflegegeld, das Einkommensausfälle und den Pflegeaufwand ausgleicht und Rentenpunkte ansammelt.
- 1942
- 1943
- 1944 ● das Bedarfsdeckungsprinzip im Pflegebereich konsequent durchsetzen und Einschränkungen des Zugangs zu professionellen Pflegesachleistungen aufheben.
- 1945
- 1946 ● Bedingungen schaffen, die den Aufbau einer bedarfsdeckenden Pflegeinfrastruktur in öffentlicher Hand ermöglichen.
- 1947

- 1948

1949 **6_ Diskriminierungsfrei leben in Brandenburg**

1950 Die Bekämpfung von Rassismus, Sexismus und Mobbing sowie die Durchsetzung einer tatsächlichen
1951 Gleichstellung von Frauen und Männern sind wesentliches Ziel LINKER Politik. Deswegen haben wir
1952 2013 die Antirassismusklausel in die Landesverfassung eingefügt. Unsere Forderung nach einem Lan-
1953 desantidiskriminierungsgesetz ist dagegen bisher nicht umgesetzt.

1954 Wir haben eine Landesstelle für Chancengleichheit und Antidiskriminierung eingerichtet und personell
1955 ausgestattet. Diese sollte unter anderem auch den weiteren gesetzgeberischen Bedarf prüfen. Im Er-
1956 gebnis der Prüfung stehen Regelungsbedarfe für die Durchsetzung konkreter Ansprüche, wie z. B. ver-
1957 bandsklageähnliche Instrumente und konkrete Sanktionsmöglichkeiten bei nachgewiesenen Diskrimi-
1958 nierungsfällen im Zentrum erforderlicher gesetzlicher Bestimmungen. Eine weitere gesetzgeberische
1959 Lücke besteht in der fehlenden Erfassung der ca. 50.000 Brandenburger Studierenden im Geltungsbe-
1960 reich des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes des Bundes.

1961 **Landesantidiskriminierungsgesetz schaffen**

1962 Wir fühlen uns in besonderer Weise dem Artikel 12 der Landesverfassung verpflichtet: Alle Menschen
1963 in unserem Land sind vor dem Gesetz gleich, egal welcher Abstammung, Nationalität, Sprache, welchen
1964 Geschlechts, welcher sexuellen Identität, sozialen Herkunft oder Stellung sie sind, ob sie eine Behinde-
1965 rung haben oder Anhänger*in einer bestimmten Religion, Weltanschauung oder politischen Überzeu-
1966 gung sind. Niemand darf diskriminiert werden und der Staat steht in der Verantwortung, Benachteili-
1967 gungen einzelner Gruppen weiter abzubauen.

1968 Das gesellschaftliche Klima ist heute mehr denn je auch davon abhängig, wie klar Grenzen für diskrimi-
1969 nierendes und menschenfeindliches Verhalten Einzelner gesetzt werden.

1970 Deshalb wollen wir:

- 1971 ● die Antirassismusklausel in der Landesverfassung durch ein Landesantidiskriminierungsgesetz
1972 ergänzen, das zum Ziel hat, Betroffene von Diskriminierung durch staatliche Stellen besser zu
1973 schützen und ihnen Instrumente in die Hand zu geben, sich gegen diese zu wehren. Mindestens
1974 sollen ein Rechtsweg zur Durchsetzung von Ansprüchen gegen Diskriminierung und wirksame
1975 Sanktionsmöglichkeiten gegen diskriminierendes Verhalten enthalten sein.
- 1976 ● Initiativen zur Stärkung von Selbstvertretung und Partizipation fördern.
- 1977 ● die Landesstelle für Chancengleichheit und Antidiskriminierung stärken.
- 1978 ● die Antidiskriminierungsberatung des Vereins Opferperspektive bedarfsgerecht ausstatten und
1979 dauerhaft sicherstellen.

1980

1981 **Parität wird Realität**

1982 **Partizipation gestärkt, Förderung ausgebaut**

1983 In den vergangenen Jahren konnten wir in der Gleichstellungspolitik wichtige Fortschritte erzielen. Das
1984 Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm wurde in einem partizipativen Prozess neu aufgelegt, ein
1985 Leitbild für Geschlechtergerechtigkeit und der Landesaktionsplan Queeres Brandenburg entwickelt.

1986 Die Brandenburger Frauenhäuser wurden gestärkt, indem der Landesanteil an der Förderung erhöht
1987 wurde und im Doppelhaushalt 2019/2020 Geld für eine flächendeckende Kinderbetreuung zur Verfü-
1988 gung gestellt wurde. Zudem wurde eine Koordinierungsstelle des Netzwerks der Brandenburgischen
1989 Frauenhäuser, die die große Koalition abgeschafft hatte, wieder eingerichtet.

1990 Mit dem Beschluss des Paritäts-Gesetzes hat der Brandenburger Landtag ein historisches Zeichen ge-
1991 setzt und erstmals in der Bundesrepublik im Wahlrecht die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass ab
1992 der Landtagswahl 2024 Frauen und Männer gleichermaßen in einem Parlament repräsentiert sind.

1993 Gleichzeitig stehen wir weiterhin vor großen Herausforderungen:

1994 Kommunale Gleichstellungsbeauftragte leisten wertvolle Arbeit. Ihre zeitlichen und finanziellen Res-
1995 sourcen sind jedoch sehr verschieden. In den Brandenburger Kommunalvertretungen gibt es mit durch-
1996 schnittlich 23 Prozent besonders wenige Frauen, in einigen wenigen sitzt sogar keine einzige Frau.

1997 Die Zahl der Gewaltdelikte gegen Frauen und ihre Kinder ist noch immer drastisch hoch. Hier müssen
1998 konsequente Gegenstrategien erarbeitet werden.

1999 Mädchen wachsen noch immer unter anderen Bedingungen auf als Jungen. Sie sind in Brandenburg
2000 häufiger von Gewalt betroffen. Ihre Ausbildungs- und Studienplatzwahl folgt noch immer traditionellen
2001 Geschlechterrollen. Mädchen sind weit häufiger von Essstörungen betroffen. Bundesweite Untersu-
2002 chungen zeigen, dass Mädchen auch in den digitalen Medien häufiger angegriffen werden, dass sie
2003 weniger Taschengeld zur Verfügung haben und durch Werbung und Medien in eine passive Rolle ge-
2004 drängt werden. Die bisherigen Erfolge in Brandenburg, Mädchen eine Entwicklung abseits traditioneller
2005 Frauenrollen zu ermöglichen, sind bei weitem nicht ausreichend.

2006 **Gleichstellungsgesetz novellieren, Geschlechterparität fördern, Gewalt bekämpfen**

2007 Mit vier zentralen Projekten wollen wir die Gleichstellung von Frauen und Mädchen in Brandenburg in
2008 den kommenden Jahren weiter voranbringen.

2009 Mit einer Novellierung des Landesgleichstellungsgesetzes werden wir wesentliche Rahmenbedingun-
2010 gen weiter verbessern.

2011 Dazu gehört für uns:

- 2012 ● die Absenkung der Mindesteinwohner*innenzahl für Bestellung von hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten von 30.000 auf 10.000 Einwohner*innen.
- 2013
- 2014 ● die Ansiedlung der Landesgleichstellungsbeauftragten in der Staatskanzlei.
- 2015 Die paritätische Vertretung der Geschlechter im Landtag und in den Kommunalvertretungen ist eine zentrale Voraussetzung für die gleichberechtigte Interessenvertretung. Deshalb wollen wir die Idee des Paritäts-Gesetzes konsequent ausbauen. Dazu wollen wir:
- 2016
- 2017
- 2018 ● eine verbindliche Regelung für die Quotierung von Direktmandaten im Landtag entwickeln.
- 2019 ● prüfen, welche gesetzlichen Regelungen im Kommunalwahlrecht möglich sind, um hier paritätische Teilhabe zu erreichen.
- 2020
- 2021 ● ein Förderprogramm auflegen, um mehr Frauen für die Kommunalpolitik zu gewinnen. Kommunen sollen durch die Bereitstellung von Mitteln, z. B. für die Übernahme von Kinderbetreuungskosten, für Mentoringprogramme, Empowerment- / Coaching-Angebote u. ä. unterstützt werden.
- 2022
- 2023
- 2024
- 2025 Die Umsetzung des Landesaktionsplanes gegen Gewalt an Frauen und der europäischen „Istanbul“-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt werden wir konsequent vorantreiben. Dazu wollen wir:
- 2026
- 2027
- 2028 ● dafür sorgen, dass im Land Brandenburg keine Frauenhäuser geschlossen werden, die Personalsituation verbessert wird und Hilfsstrukturen dauerhaft und nachhaltig gestärkt werden.
- 2029
- 2030 ● ein Frauenhausfinanzierungsgesetz einführen.
- 2031 ● die Barrierefreiheit in den Brandenburgischen Frauenhäusern weiter ausbauen.
- 2032 ● den Austausch der Kommunen untereinander verstärken, etwa durch die Initiierung eines Runden Tisches „Gewaltschutz“ in Brandenburg.
- 2033
- 2034 ● zielgerichtete Gewaltschutzprogramme weiterentwickeln und umsetzen.
- 2035 ● die Einrichtung und den Ausbau von Frauenberatungsstellen fördern.
- 2036 ● Menschenhandel offensiv bekämpfen: beispielsweise durch die Einrichtung einer Schwerpunkt-Staatsanwaltschaft, die Gewährleistung sicherer Unterbringungen für die Opfer, die Verstärkung der Opferhilfe.
- 2037
- 2038
- 2039 ● die Möglichkeiten der vertraulichen Spurensicherung nach Vergewaltigungen durch die Einbeziehung weiterer Kliniken und Zielgruppen ausbauen.
- 2040
- 2041 ● das Modell der Täterarbeit in Brandenburg einführen.
- 2042 ● eine verbesserte Schulung von Polizeibeamt*innen für die Ermittlungsarbeit bei Fällen häuslicher Gewalt.
- 2043
- 2044 ● die Einführung von Schwerpunktsachbearbeiter*innen für häusliche Gewalt bei den Polizeiinspektionen.
- 2045
- 2046 Die Stärkung von Geschlechtergerechtigkeit und der Position von Mädchen und Frauen braucht zielgerichtetes Engagement bereits in der Jugendarbeit. Deshalb wollen wir:
- 2047

- 2048 ● „Leitlinien zur geschlechtergerechten Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und für den erzieherischen Kinder- und Jugendschutz“ umsetzen und im Land verankern.
2049
2050 ● die Mädchenarbeit im Land Brandenburg fördern, die entsprechenden Projektfördermittel aufstocken und insbesondere Mädchentreffs und das Mädchenpolitische Netzwerk (als Landesarbeitsgemeinschaft) unterstützen.
2051
2052

2053 Darüber hinaus werden wir die Gleichstellung in Brandenburg in allen Bereichen mit weiteren Einzelvorhaben voranbringen. Konkret wollen wir:
2054

- 2055 ● das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm für die nächste Legislaturperiode aktualisieren und fortschreiben.
2056
2057 ● den 8. März auch in Brandenburg zum gesetzlichen Feiertag erklären.
2058 ● in allen Dokumenten der Landesverwaltung die geschlechtergerechte Sprache einführen.
2059 ● geschlechterreflektierte Männerberatung und eine Jungenfachstelle einrichten und fördern.

2060 **Brandenburg – Lebensort für Menschen aller Geschlechter**

2061 **Gesellschaftliche Öffnung**

2062 In vielerlei Hinsicht hat sich die Gesellschaft in den zurückliegenden Jahren auch zugunsten von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans*, Inter* und queeren Menschen (LSBTIQ*) geöffnet. Für viele von ihnen gehören dennoch Diskriminierung und Ablehnungserfahrungen zum täglichen Leben.
2063
2064

2065 Laut einer vom Sozialministerium in Auftrag gegebenen und Anfang 2018 veröffentlichten Studie hatte
2066 fast die Hälfte aller LSBTIQ*-Menschen in Brandenburg innerhalb der vergangenen fünf Jahre Diskriminierung erfahren. Wir wollen davor nicht die Augen verschließen. Der auf Drängen der LINKEN erarbeitete „Aktionsplan Queeres Brandenburg“ ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer aufgeklärten
2067 und toleranten Gesellschaft. Die Bedürfnisse und vor allem die Rechte von LSBTIQ*-Menschen rückten
2068 dadurch mit ins Zentrum der Landespolitik.
2069
2070

2071 In der Kommunalpolitik spielt das Thema sexuelle und geschlechtliche Vielfalt nur eine geringe Rolle,
2072 auch wenn sich die Gleichstellungsbeauftragten hier engagieren und die Akteur*innen in der Regel
2073 aufgeschlossen agieren. Eine kontinuierliche Einbeziehung in politisches und Verwaltungshandeln auf
2074 kommunaler Ebene hingegen fehlt oft.

2075 **Akzeptanz schaffen, Dialog organisieren**

2076 Wir wollen, dass eine umfassende gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung mit Homo-, Bi-
2077 und Transphobie sowie einen positiven gesellschaftlichen Wandel hin zu Akzeptanz, Solidarität, Wert-
2078 schätzung. Vor allem muss der Dialog bewirkt und verstetigt werden.

2079 Es kommt nun darauf an, gemeinsam mit Verbänden und Initiativen den „Aktionsplan Queeres Bran-
2080 denburg“ mit Leben zu erfüllen und gemeinsam daran zu arbeiten, dass die Vielfalt von Lebensweisen
2081 in Brandenburg noch selbstverständlicher wird.

2082 **Schutzräume und Strukturen verlässlich sichern**

2083 Die Schwerpunkte unserer Arbeit in der künftigen Legislaturperiode werden in der Stärkung verlässli-
2084 cher Strukturen für die LSBTIQ*-Community und der Schaffung sicherer Schutzräume liegen. Deshalb
2085 wollen wir:

- 2086 ● Schutzunterkünfte für männliche und trans* Gewaltopfer schaffen.
- 2087 ● besondere Unterkünfte für LSBTIQ*-Geflüchtete schaffen, um sie vor Gewalt zu schützen und
2088 ihnen Anschluss an die Community zu ermöglichen.
- 2089 ● den Landesaktionsplan „Queeres Brandenburg“ umsetzen und weiterentwickeln. Der Aktions-
2090 plan soll künftig in einer Stabstelle des Familienministeriums umgesetzt werden.
- 2091 ● uns im Bundesrat für modernes Personenstandsrecht und die Abschaffung des Transsexuellen-
2092 gesetzes einsetzen.
- 2093 ● das Projekt „Regenbogenfamilien in Brandenburg stärken“ verstetigen die Möglichkeit kosten-
2094 freier Umwandlungen von eingetragenen Lebenspartnerschaften in eine Ehe in Brandenburg
2095 weiter sichern.

2096

2097 **7_ Kultur und Medien in einer vielfältigen Gesell-** 2098 **schaft**

2099 **Kultur in Brandenburg hat viele Gesichter**

2100 **Attraktivität durch Vielfalt**

2101 Zum Wesen einer demokratischen Gesellschaft gehört die Freiheit von Kunst und Kultur sowie Zugangs-
2102 und Teilhabemöglichkeiten für alle Menschen. Kultur wird in Brandenburg auf ganz vielfältige Weise
2103 gelebt: in den Landestheatern, den Landesorchestern, Chören, Museen, Bibliotheken, Musik- und
2104 Kunstschulen genauso wie in selbstverwalteten Kulturräumen, Jugendklubs, Künstlerhöfen, kleinen Ga-
2105 lerien, Heimatmuseen und -stuben oder Programmkinos. Kulturelle Bildung ist ein Schlüssel für die
2106 Identitätsfindung, für eine individuelle schöpferische Aneignung von Weltwissen, für Empathiefähigkeit,
2107 Toleranz und damit der „Humus“ für den Zusammenhalt in einer Gesellschaft.

2108 **Alle Facetten fördern**

2109 Wir wollen Bestehendes stabilisieren und weiter auskömmlich fördern. Die großen Brandenburgischen
2110 Kulturorte mit ihrer über das Land Brandenburg hinausgehenden Ausstrahlung wie die Schlösser und
2111 Gärten, die Musikakademie Rheinsberg oder das Kloster Neuzelle, die 13.000 Baudenkmale und
2112 11.000 Bodendenkmale sind uns wichtig. In besonderem Maße aber wollen wir uns für die vielen parti-
2113 zipativ agierenden freien Strukturen, freie Theater, Tanztheater, soziokulturelle Projekte, Festivals der
2114 Popkultur, Schreibwerkstätten, Literaturbüros einsetzen. Unser Augenmerk gilt hierbei vor allem der
2115 Entwicklung der Kultur in den ländlichen Räumen.

2116 Damit die institutionelle Förderung und die Projektförderung für die Akteur*innen verlässlicher gestal-
2117 tet werden kann, wollen wir ein Kulturfördergesetz auf den Weg bringen.

2118 Die Musik- und Kunstschulen leisten einen besonderen Beitrag zur kulturellen Bildung im Land Bran-
2119 denburg, vor allem für Kinder und Jugendliche, und müssen weiter gestärkt werden.

2120 Wir wollen:

- 2121 ● soziokulturelle Einrichtungen und Strukturen der kulturellen Bildung im ganzen Land erhalten
2122 und weiterentwickeln.
- 2123 ● eine Veränderung des Musik- und Kunstschulgesetzes dahingehend vornehmen, dass der öff-
2124 entliche Bildungsauftrag gestärkt und die Zusammenarbeit mit Kita und Schule ausgebaut wer-
2125 den.
- 2126 ● zur Stärkung der Bibliotheken ein Bibliotheksgesetz auf den Weg bringen, das auch die Unter-
2127 stützung mobiler Angebote einschließt.

- 2128 ● die Erfassung, Erforschung und denkmalfachliche Beratung stärken, die Denkmalhilfe verstetigen und ausbauen.
- 2129
- 2130 ● eine Lausitzstiftung zur Vernetzung der vorhandenen technischen Denkmale schaffen.
- 2131 ● Vereine, Verbände, Initiativen, die insbesondere in ländlichen Räumen und mit Jugendlichen gemeinsam eine Kultur der Vielfalt entwickeln unterstützen.
- 2132
- 2133 ● interkulturelle Projekte unterstützen.
- 2134 ● weitere Schritte gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse von Künstler*innen und Kulturschaffenden unternehmen.
- 2135
- 2136 ● beim Finden und Finanzieren von öffentlichen Räumen, in denen Kunst und Kultur entstehen kann, unterstützen.
- 2137
- 2138 ● die Mittel für die Stiftung für das sorbische Volk unter Berücksichtigung der gewachsenen Aufgaben und der Lohn- und Preisentwicklung anpassen.
- 2139
- 2140 ● auf der Grundlage der in den letzten zehn Jahren geschlossenen Vereinbarungen den Stellenwert von Niederdeutsch erhöhen, die Zusammenarbeit mit den Sinti und Roma und deren Verbänden ausbauen sowie die Vernetzung der Sprachgruppen untereinander sowie die Kooperation mit europäischen Minderheitenregionen und anderen Ländern stärken.
- 2141
- 2142
- 2143

2144 **Europäische Minderheiten-Kompetenzregion**

2145 Die Lausitz/Łużyca soll auch in Zukunft Heimat des sorbischen/wendischen Volkes bleiben. Deshalb
 2146 unterstützen wir den Vorschlag der Minderheit, die Lausitz im Rahmen der Neuausrichtung der Strukturpolitik zu einer Europäischen Minderheitenkompetenzregion für deutsch-slawische Mehrsprachigkeit zu entwickeln.
 2147
 2148

2149 Deshalb wollen wir:

- 2150 ● die Lausitz/Łużyca im Rahmen der Neuausrichtung der Strukturpolitik zu einer Europäischen Minderheiten-Kompetenzregion für deutsch-slawische Mehrsprachigkeit entwickeln. Wenn
 2151 Brandenburg gemeinsam mit dem Bund den Sorb*innen/Wend*innen hilft, ihre Muttersprache
 2152 zu revitalisieren und ihre Kultur zu bewahren, so ist das auch Wiedergutmachung für erlittene
 2153 Verluste. Die Region kann und muss zudem das kulturell-sprachliche Potential der Sorb*innen/
 2154 Wend*innen auch noch stärker für zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der Lausitz und
 2155 auch für die Zusammenarbeit mit den Nachbar*innen in Polen und Tschechien nutzen. Eine
 2156 gemeinsame Unterstützung der Sorben*innen und Wend*innen bei der Revitalisierung ihrer
 2157 Muttersprache durch Brandenburg und den Bund sehen wir auch als Wiedergutmachung für die
 2158 erlittenen Verluste.
- 2159
- 2160 ● die Erarbeitung und Umsetzung eines umfassenden Konzepts zur Vermittlung der niedersorbischen
 2161 Sprache von der Kita bis zur beruflichen und Hochschul-Ausbildung weiter vorantreiben.
 2162 Nur so kann die Revitalisierung der Minderheitensprache, die 1998 mit dem „Witaj-Projekt“ in
 2163 der Kita „Mato Rizo“ in Sielow/Żyłow begann, dauerhaft zum Erfolgsmodell werden. Das Land
 2164 steht in der Pflicht, zügig Schlussfolgerungen aus der Evaluierung der sorbischen und wendischen
 2165 Bildungsangebote zu ziehen.

- 2166 ● eine Anpassung der Finanzierung der Stiftung für das sorbische und wendische Volk unter Berücksichtigung der Lohn- und Preisentwicklung sowie der gewachsenen Aufgaben für den Zeitraum ab 2021. Hierzu müssen Brandenburg, Sachsen und der Bund gemeinsam einen Beitrag leisten.
- 2167
- 2168
- 2169
- 2170 ● die Bemühungen um die Vermittlung der Regionalsprache Niederdeutsch in Schulen und Kindertagesstätten, aber auch in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen verstärken, die in vielen Regionen Brandenburgs im Alltag wieder präsent ist.
- 2171
- 2172
- 2173 ● den Ausbau der Zusammenarbeit mit den Sinti und Roma in der Region und ihren Verbänden. Diese ist uns eine Herzensangelegenheit. In Zeiten zunehmender Diskriminierung gerade von Sinti und Roma ist sie notwendiger denn je.
- 2174
- 2175

2176 **Brandenburgs Medien – stark, vielfältig, unabhängig**

2177 **Die öffentliche Kommunikation wird eingeschränkt**

2178 Auch in Brandenburg vollzieht sich derzeit ein massiver Umbruch im öffentlichen Diskurs und in der
 2179 öffentlichen Meinungsbildung. Internetbasierte Kanäle drängen immer mehr in den Vordergrund. Andererseits geht die Bedeutung traditioneller Medien zurück. Konzentrationsprozesse verringern die inhaltliche und regionale Differenzierung der Inhalte. Klassische journalistische Angebote erreichen immer
 2180 weniger Menschen. Dieses Defizit wird durch lokale Fernsehsender, Zeitungen und digitale Medieninitiativen nicht ausgeglichen.

2184 Prekäre Beschäftigungsverhältnisse sind auch in den öffentlich-rechtlichen Medien üblich – die freien
 2185 Mitarbeiter*innen verfügen nicht über einklagbare Rechte.

2186 Die deutsche Filmindustrie hat ein Zentrum in Berlin und Babelsberg. Es gibt in der derzeitigen Phase
 2187 des Umbruchs in der Filmlandschaft große Chancen, die Region gemeinsam mit Berlin zum führenden
 2188 Standort auszubauen. Die bestehenden Fördermöglichkeiten werden jedoch sowohl von kommerziellen
 2189 als auch von künstlerisch orientierten Filmschaffenden stark kritisiert.

2190 **Medien und Medien-Infrastruktur vom kommerziellen Interesse trennen**

2191 LINKE Medienpolitik will Journalismus von kommerziellen Interessen und politischer Einflussnahme entkoppeln. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk kann und muss einen unverzichtbaren Beitrag zum publizistischen Wettbewerb leisten und zu inhaltlicher Vielfalt beitragen, er hat einen umfassenden Informationsauftrag.

2195 Die Förderung nichtkommerzieller Bürger*innenmedien wollen wir wesentlich ausbauen. Mit ihrer Nähe
 2196 zum lokalen Geschehen und niedrighwelligen Zugängen leisten sie einen wesentlichen Anteil zu lokaler Meinungsbildung.

2198 Die weitere Profilierung der Filmwirtschaft muss mit einer Stärkung der experimentierenden und künstlerisch engagierten Filmemacher*innen einhergehen. Deswegen wollen wir die Potentiale der Filmuniversität besser fördern und ausbauen.
2199
2200

2201 Zur Vermittlung von Medienkompetenz bei Eltern, Lehrkräften, Kindern und Jugendlichen wollen wir flächendeckende medienpädagogische Angebote etablieren. Medienerziehung muss in allen Bildungseinrichtungen auf der Tagesordnung stehen. Medienpädagogik ist für uns ein Querschnittsthema in den Bildungsplänen und kein zusätzliches Fach.
2202
2203
2204

2205 Das Medium Kino muss gestärkt werden. Insbesondere die kleinen Kinos, die als vielfältige Kultureinrichtungen und soziale Orte in der Fläche fungieren, wollen wir unterstützen. Auch Mobile Kinos sind wichtige Projekte, die dazu beitragen den Zugang zu Filmen und Kino zu vereinfachen. Unterstützen möchten wir zudem den Ausbau des Anteils von Dokumentar- und Arthousefilmen im Kinoprogramm.
2206
2207
2208

2209 Informationelle Selbstbestimmung und umfassender Daten- und Verbraucherschutz sind ebenso Grundlage unserer Netzpolitik wie die Ablehnung von Zensur- und Kontrollinfrastrukturen für das Netz.
2210
2211 Die Netzneutralität muss gewahrt werden. Die Übertragung von Daten im Internet muss auch weiterhin auf der Gleichbehandlung aller Daten basieren. Das Fehlen leistungsfähiger Internet-Zugänge gefährdet
2212
2213 Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit.

2214 **LINKE Medienpolitik in Brandenburg**

2215 Wir wollen:

- 2216 ● den rbb-Staatsvertrag bis 2022 evaluieren. Dabei soll insbesondere der Beitrag des rbb zur
2217 öffentlichen Meinungs- und Willensbildung und zur Stärkung der Demokratie gefördert und die
2218 Nutzung neuer Techniken, digitaler Verbreitungswege sowie sozialer Medien geregelt werden.
2219 Außerdem soll die Kontrollfunktion des Rundfunkrats gestärkt werden.
- 2220 ● darauf hinwirken, dass der rbb - seinem Programmauftrag entsprechend - das sorbische/wen-
2221 dische Leben in niedersorbischer Sprache umfassender darstellt und zudem im deutschsprachigen
2222 Programm den Alltag und aktuelle Probleme der Sorb*innen/Wend*innen regelmäßiger
2223 darstellt.
- 2224 ● dass die öffentlich-rechtlichen Informationsangebote zeitlich unbegrenzt, kostenlos im Internet
2225 bereitgestellt und auch zur mobilen Nutzung bereitgestellt werden.
- 2226 ● bei der Vergabe von Aufträgen öffentlich-rechtlicher Anstalten sicherstellen, dass die Auftrags-
2227 nehmer*innen ihre Angestellten und Partnerfirmen sozialen Standards gemäß vergüten.
- 2228 ● die Rechtsposition fester freier Mitarbeiter*innen durch einklagbare Rechte verbessern.
- 2229 ● direkte Fördermöglichkeiten und -strukturen für Lokalfernsehen, freie Radiosender, kleine Zei-
2230 tungen oder Blogs etablieren. Lokaler Journalismus braucht auch Ausbildung von Journalist*in-
2231 nen mit einer örtlichen geprägten Biographie.
- 2232 ● die Vergabe von Filmfördermitteln daran binden, dass sichergestellt ist, dass innerhalb des
2233 Projektes soziale Mindeststandards eingehalten und Tarif- bzw. Mindestlohn gezahlt wird.

- 2234
- 2235
- 2236
- 2237
- 2238
- die Profilierung und Kompetenz der Filmuniversität durch Auslobung einer Kinderfilm-Professur stärken.
 - eine Ombudsstelle für Qualitätssicherung journalistischer Produkte schaffen. Diese soll eine bessere Kommunikation sowie eine qualifizierte Diskussion zwischen Medienanbieter*innen und Publikum ermöglichen.

2239

2240 **8_ Sport gehört zum Leben**

2241 **Brandenburg ist Sportland**

2242 Sport gehört selbstverständlich zum Leben vieler Brandenburger*innen. Nahezu 350.000 Kinder, Ju-
2243 gendliche, Frauen und Männer betätigen sich sportlich in rund 3.000 Vereinen. Wir wissen um die Be-
2244 deutung des Sports. Breitensport erhöht die Lebensqualität und fördert gesunde Lebensweisen, sowie
2245 das Miteinander. Die Sportvereine fördern die gesellschaftliche Integration von Menschen aus allen
2246 gesellschaftlichen Gruppen - auch von Geflüchteten und Menschen mit Handicaps. Der Sport lebt vom
2247 ehrenamtlichen Engagement unzähliger Menschen.

2248 Der Leistungssport in Brandenburg ist Weltklasse. Die systematische Förderung des leistungsorientier-
2249 ten Kinder- und Jugendsports (Nachwuchsleistungssport) ist eine wesentliche Grundlage für das Errei-
2250 chen von internationalen Spitzenleistungen. Die vielen Erfolge unserer Spitzensportler*innen begeis-
2251 tern und animieren als Vorbilder zum Sporttreiben.

2252 **Die LINKE bekennt sich zum Sport**

2253 All das muss ausgebaut und gestärkt werden. Mit dem Sportförderungsgesetz besteht seit Jahren eine
2254 Grundlage dafür, dass der organisierte Sport die erforderliche Unterstützung erhält. Wir werden uns
2255 weiterhin für eine angemessene Finanzausstattung des Sports einsetzen. Wir halten fest an dem För-
2256 dersystem der Sportschulen und der Förderung des olympischen und den paralympischen Leistungs-
2257 sport. Wir wollen aber auch, dass noch mehr Menschen in Vereinen Sport treiben und die Sportstätten
2258 in einem guten Zustand sind – überall im ganzen Land. Unser Ziel ist es, Kindern und Jugendlichen auch
2259 außerhalb der Schule ein abwechslungsreiches Angebot von Bewegung, Spiel und Sport anzubieten.

2260 Wir wollen:

- 2261 ● die Sportförderung über den Landessportbund um 1 Million auf 20 Millionen Euro im Jahr in der
2262 kommenden Legislaturperiode erhöhen.
- 2263 ● die Sportstättenförderung im Kommunalen Investitionsprogramm fortsetzen.
- 2264 ● den Landessportbund dabei unterstützen, sein Haus des Sports im Potsdamer Luftschiffhafen
2265 zu errichten.
- 2266 ● die Vereine dabei unterstützen, Geflüchtete in alle Bereiche des Vereinslebens einzubeziehen.
2267 Die Sportvereine und ihre Mitglieder sollen für die interkulturelle Arbeit sensibilisiert werden.
- 2268 ● die Inklusion im Sport vorantreiben. Menschen mit Behinderungen sollen gleichberechtigt und
2269 barrierefrei am Sportleben teilhaben.
- 2270 ● die Barrierefreiheit in Sporteinrichtungen weiter ausbauen.
- 2271 ● die „duale Karriere“ für Spitzensportler*innen in der Landesverwaltung weiter ausbauen, um
2272 Sport und Ausbildung besser miteinander in Einklang bringen zu können.

2273 **9_ Brandenburg – Ort für Demokratie und Engage-** 2274 **ment**

2275 **Demokratie im Alltag stark machen**

2276 **Tore zur Politik weit aufgestoßen**

2277 Zur Landtagswahl 2014 hatten wir versprochen, Demokratie im Alltag zu stärken, Bürger*innen in stärkerem Maße die Möglichkeit zu geben, nicht nur an Wahltagen die politische Entwicklung unseres Landes mit zu beeinflussen. Das war ein Leitmotiv unserer Arbeit im Landtag – mit Erfolg. Wir haben die
2278 Transparenz der Arbeit des Parlaments erhöht und die Bedingungen für die Volksgesetzgebung erstmals
2279 seit 1993 deutlich verbessert:
2280
2281

- 2282 ● Für Bürger*innenbegehren und Bürger*innenentscheide, sowohl auf kommunaler Ebene als
2283 auch auf Landesebene, haben wir erweiterte Möglichkeiten geschaffen.
- 2284 ● Das Ehrenamt sowie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an der Landes- und Kom-
2285 munalpolitik wurden gestärkt.
- 2286 ● Die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten der Sorb*innen/Wend*innen an der Lan-
2287 des- und Kommunalpolitik wurden spürbar erweitert.
- 2288 ● Vor allem durch öffentliche Plenar- und Ausschusssitzungen ist die Arbeit des Landtages in den
2289 vergangenen Jahren stärker in das Licht der Öffentlichkeit gekommen; Liveübertragungen von
2290 Plenarsitzungen des Landtages und von Sitzungen ausgewählter Ausschüsse haben ihren Bei-
2291 trag dazu geleistet. Dennoch müssen wir immer wieder feststellen, dass selbst von Entschei-
2292 dungen Betroffene häufig keine oder nur bruchstückartige Kenntnisse über das haben, was der
2293 Landtag berät und entscheidet.

2294 **Und weiter: Mehr Demokratie auf breiterer Basis!**

2295 Wir halten daran fest: Wir wollen und werden die direkte Demokratie in Brandenburg weiter stärken,
2296 auf allen Ebenen. Unser Land hat dann eine Zukunft, wenn sich alle Bevölkerungsgruppen einbringen
2297 können.

2298 Auf Bundesebene stehen wir als LINKE weiter für bundesweite Volksentscheide. Es ist ein Unding, dass
2299 es 70 Jahre nach Inkrafttreten des Grundgesetzes immer noch keine Rechtsgrundlage zum Verfahren
2300 bei Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden gibt.

2301 Im Rahmen von politischen Entscheidungen müssen sowohl die Meinung der Mehrheit als auch die
2302 Bedürfnisse von Minderheiten abgewogen werden – nur so kann der Zusammenhalt unseres Landes
2303 auf Dauer gesichert werden. Dafür setzen wir uns im täglichen Gespräch mit den Brandenburger*innen
2304 ein.

2305 Wir wollen:

- 2306 ● das Sammeln von Unterschriften für Volksbegehren auf der Straße.
- 2307 ● Volksbefragungen auf Landesebene ermöglichen.
- 2308 ● weiter dafür werben, dass Jugendliche auf allen Ebenen von ihrem Wahlrecht, aber auch von
- 2309 anderen Beteiligungsrechten Gebrauch machen. Ihre Mitwirkung in der Landes- und Kommunalpolitik ist unverzichtbar!
- 2310
- 2311 ● eine Öffentlichkeitsoffensive des Landtages starten, den Landtag vor Ort in den Regionen des
- 2312 Landes stärker erlebbar machen, nicht nur durch einzelne Abgeordnete, sondern fraktionsübergreifend: Mehr Vor-Ort-Sitzungen in den Regionen. Die Veranstaltungsreihe "Dialog P" soll künftig
- 2313 auch für Brandenburger*innen jenseits des Schulalters stattfinden.
- 2314

2315 **Kommunalpolitik – Rückgrat der Demokratie**

2316 Tausende ehrenamtlich tätige Kommunalpolitiker*innen bilden das Rückgrat der Demokratie in Brandenburg. Mit ihrem Engagement tragen sie dazu bei, dass Entscheidungsprozesse für die Bürger*innen nachvollziehbarer und Entscheidungen getroffen werden, die unmittelbaren Einfluss auf die Lebenswirklichkeit der Menschen in den Städten und Dörfern haben.

2320 DIE LINKE tritt dafür ein, dass politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse grundsätzlich für die Teilnahme der Bevölkerung geöffnet werden. Wir wollen, dass die kommunalen Vertretungen und Verwaltungen, die bereits vorhandenen Möglichkeiten intensiv und regelmäßig nutzen und erweitern. Es geht um die Schaffung von mehr Beteiligungsinstrumenten und Beteiligungsansprüchen in den Kommunen.

2325 Wir konnten in den vergangenen Jahren die Bürger*innenbeteiligung ausbauen. Dazu gehört die Einführung des aktiven Wahlrechts für 16- und 17-jährige bei Kommunal- und Landtagswahlen. Das Modell der Verbandsgemeinde wurde eingeführt. Die kommunale Finanzausstattung ist so hoch wie nie zuvor und wird in 2020 noch einmal kräftig steigen. Das kommunale Investitionsprogramm des Landes war ein voller Erfolg, der dazu führte, dass dringend notwendige Infrastrukturmaßnahmen in den Städten und Gemeinden ermöglicht wurden.

2331 **Starke Kommunen - starke Kommunalpolitik**

2332 Kommunalpolitik muss gestalten können und deshalb müssen unsere Städte und Gemeinden finanziell gut ausgestattet sein – in berlinfernen Kommunen genauso wie in berlinnahen. Mit der Neuordnung des Finanzausgleichs und insbesondere mit der höheren Beteiligung der Kommunen an den Einnahmen des Landes hat DIE LINKE in einem erheblichen Maße zu einer weiteren Stärkung der kommunalen Finanzausstattung beigetragen.

2337

2338 Wir wollen:

- 2339 ● das Kommunale Investitionsprogramm (KIP) mit mindestens 160 Millionen Euro in der kom-
2340 menden Legislaturperiode. Gefördert werden Bau- und Ausstattungsinvestitionen vor allem bei
2341 Schulen, Kitas, Feuerwehr, Dorfgemeinschafts- und Begegnungshäusern, Sport und Verkehr.
- 2342 ● die Berücksichtigung einer großen Flächenausdehnung kleiner Gemeinden bei der Verteilung
2343 finanzieller Mittel des Landes und die Prüfung der Einführung eines Flächenfaktors.
- 2344 ● eine Teilentschuldung von hochverschuldeten Städten und Gemeinden durch das Land, um die-
2345 sen Kommunen ihre kommunale Selbstverwaltung zurück zu geben.
- 2346 ● freiwillige Zusammenschlüsse von Städten und Gemeinden zu Verbandsgemeinden unterstüt-
2347 zen.
- 2348 ● das Akteneinsichts- und Informationsfreiheitsgesetz zu einem modernen Transparenzgesetz
2349 weiterentwickeln.
- 2350 ● die Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) anhand der in der in den Städ-
2351 ten, Gemeinden und Landkreisen gesammelten Erfahrungen überprüfen und weiterentwickeln.
2352 Ziele sind dabei insbesondere bessere Bedingungen für das Ehrenamt und die Stärkung der
2353 Kommunalvertretungen gegenüber den Verwaltungen.
- 2354 ● die Gründung kommunaler Unternehmen erleichtern sowie Transparenz, Einwohner*innenbe-
2355 teiligung und Kontroll- und Entscheidungsrechte der Kommunalvertreter*innen in den kommu-
2356 nalen Unternehmen ausbauen.
- 2357 ● die Bürger*innenbeteiligung auf kommunaler Ebene weiter ausbauen. Insbesondere sollen die
2358 Bürger*innen über die direkte Demokratie größeren Einfluss auf die Bauleitplanung bekommen.
- 2359 ● die Quoren bei Bürger*innenentscheiden wollen wir senken, die Quoren bei Direktwahlen von
2360 Bürgermeister*innen und Landrät*innen abschaffen.
- 2361 ● Ortsteile und Ortsteilvertretungen stärken und dafür sorgen, dass ihnen eigene Ortsteilbudgets
2362 zur Verfügung stehen.
- 2363 ● ehrenamtlichen Mandatsträger*innen die Ausübung ihres Mandates erleichtern und ihre Stel-
2364 lung gegenüber den kommunalen Verwaltungen stärken. Dazu gehören verbindlich geregelte
2365 finanzielle Mittel für kommunale Fraktionen, insbesondere Kreistagsfraktionen, die ihnen er-
2366 möglichen hauptamtlich besetzte Fraktionsgeschäftsstellen zu haben.
- 2367 ● die kommunalpolitischen Vereinigungen weiterhin gut und auskömmlich ausstatten, um ihr Bil-
2368 dungsangebot für kommunale Mandatsträger*innen weiter vorhalten zu können.
- 2369 ● das passive Wahlrecht für Jugendliche ab 16 Jahre zur Wahl der kommunalen Vertretungen
2370 einführen.
- 2371 ● die Direktwahl der Amtsdirektor*innen einführen.

2372 **Ehrenamt – unverzichtbarer Teil der Gesellschaft**

2373 **Lust am Gemeinwesen**

2374 Das Ehrenamt ist wichtiger Bestandteil für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und das Gemeinwesen. Über 840.000 Menschen aller Altersgruppen sind beim Sport, in Theatergruppen, beim Jugend-
2375 oder Senior*innen-Treff, in Willkommens-Initiativen und Vereinen aller Art, als Schöff*innen und nicht
2376 zuletzt in den Freiwilligen Feuerwehren aktiv. Jede*r dritte Brandenburger*in ist freiwillig engagiert.
2377

2378 Im Ehrenamt wird beachtliches geleistet, aber nicht immer gibt es die entsprechende Wertschätzung.
2379 Ehrenamt reibt sich an bürokratischen, wenig flexiblen Vorgaben auf. Wir wollen eine Engagementstrategie des Landes, die gemeinsam mit allen Akteur*innen erarbeitet wird. Darin sollen vor allem die
2380 wirklichen Bedarfe und Wünsche zur Unterstützung des Ehrenamtes aufgenommen werden.
2381

2382 **Politik, Verwaltung und Ehrenamt**

2383 Staatliches und ehrenamtliches Engagement sollen sich ergänzen. Wir unterstützen das Ehrenamt als
2384 Form der selbstbestimmten Übernahme von Verantwortung - nicht, um dadurch öffentliche Leistungen,
2385 Leistungen der Daseinsvorsorge, "überflüssig" zu machen. Verwaltung wiederum, insbesondere vor Ort,
2386 soll und muss Ehrenamtliche unterstützen und die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, z. B.
2387 Weiterbildungsmöglichkeiten anbieten oder Räumlichkeiten zur Verfügung stellen.

2388 Wir wollen das Ehrenamt weiter in beträchtlichem Umfang fördern. Wichtig ist vor allem, denjenigen,
2389 die ehrenamtlich für die Gesellschaft tätig werden, Anerkennung zuteilwerden zu lassen. Sie leisten in
2390 ihrer Freizeit uneigennützig Arbeit für andere und das muss angemessen gewürdigt werden.

2391 **Ehrenamtliches Engagement erleichtern**

2392 Nachdem wir 2018 einen Mobilitätzuschuss für Ehrenamtler*innen eingeführt und die Voraussetzungen
2393 für die ersten kreislichen Ehrenamts-Stützpunkte geschaffen haben, wollen wir in den nächsten
2394 Jahren die Förderbedingungen für das Ehrenamt noch effektiver und unbürokratischer gestalten. Die
2395 Förderung von Vereinsstrukturen ist eine Daueraufgabe, es ist nicht sinnvoll, sie von Jahr zu Jahr über
2396 wechselnde Projekte abzudecken. Wir möchten den geförderten Vereinen längerfristige Sicherheit geben
2397 und dabei Anreize für effektives und wirtschaftliches Agieren schaffen.

2398 Wir setzen uns für eine zügige Reform der Abgabenordnung des Bundes ein. Es ist nicht hinnehmbar,
2399 dass nach der Entscheidung des Bundesfinanzhofs zu Attac weitere Vereine aus dem linken und liberalen
2400 Spektrum den Status der Gemeinnützigkeit verlieren. Unser Gemeinwesen braucht nicht weniger,
2401 sondern mehr zivilgesellschaftliches Engagement. Ohne die Vorzüge des Abgabenrechts aber sind die
2402 Möglichkeiten von Vereinen und Verbänden erheblich eingeschränkt, einigen droht gar die Auflösung.

2403 Der Anwendungsbereich der Ehrenamtskarten muss erweitert werden. Wir wenden uns dagegen, dass
2404 die Ehrenamtsförderung auf Hartz IV-Leistungen angerechnet wird. Gerade sozial Benachteiligte

2405 müssen darin bestärkt werden, ihre Belange selbst in die Hand zu nehmen und das Gemeinwesen zu
2406 gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass Ehrenamtliche die notwendige Weiter- und Fortbildung be-
2407 kommen.

2408 **Antifaschismus – dauerhafte Verpflichtung**

2409 **Rechte Gewalt ist zur Alltagserscheinung geworden**

2410 Wir haben in den vergangenen Jahren beobachten müssen, dass Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, an-
2411 tisemitische und antimuslimische Ressentiments, aber auch sexistische und homophobe Vorurteile im
2412 öffentlichen und politischen Diskurs zugenommen haben. Dies geht teilweise einher mit der Relativie-
2413 rung von NS-Verbrechen bis hin zur Leugnung Holocausts. AfD, Pegida und Co. haben zu dieser Dis-
2414 kursverschiebung beigetragen und rechtsextremes Gedankengut ist weniger geächtet als noch vor ei-
2415 nigen Jahren. Mit Sorge beobachten wir, dass die Hemmschwellen, dieses Gedankengut in Taten mün-
2416 den zu lassen, gesunken sind.

2417 Und so haben sich rechtsextreme Strukturen neu formiert und rechte Gewalt ist wieder ein ernsthaftes
2418 Problem in Brandenburg. Auch die Bildung rechtsterroristischer Strukturen ist nicht ausgeschlossen.
2419 Die Zahl rechter Gewalttaten ist vor allem im Jahr 2015 deutlich gestiegen und verharrt seitdem auf
2420 hohem Niveau. Der Verein Opferperspektive hat 2018 174 rechte Gewalttaten im Land Brandenburg
2421 registriert. Die Opferperspektive spricht davon, dass mittlerweile eine “Normalisierung rechter Gewalt”
2422 in Brandenburg eingetreten ist - vor allem hinsichtlich rassistisch motivierter Angriffe. Zunehmend wer-
2423 den auch Frauen Opfer solcher Gewalttaten. Für die - real oder potentiell - Betroffenen bringt das gra-
2424 vierende Einschränkungen ihres privaten Lebens wie ihrer Teilhabe am öffentlichen Leben.

2425 **Für ein weltoffenes und tolerantes Brandenburg!**

2426 Als LINKE kämpfen wir auf der Straße und in den Parlamenten für Weltoffenheit und Toleranz, für Hu-
2427 manität und Menschenwürde. Wir wollen nicht, dass Menschen in unserem Land Angst haben müssen
2428 und wir wollen ein gutes Miteinander und die Wertschätzung aller Religionen und Kulturen.

2429 Für uns ist das humanistische, demokratische und antifaschistische Engagement der Menschen in
2430 Brandenburg ein ermutigender Ausdruck einer gesellschaftlichen demokratischen Kultur. Wichtige Un-
2431 terstützende dieses zivilgesellschaftlichen Engagements sind die zahlreichen Bündnisse, Initiativen und
2432 wissenschaftlichen Einrichtungen des Landes, die wir weiter stärken und unterstützen wollen.

2433 Deshalb unterstützen wir zivilgesellschaftliche Initiativen, die sich in der Flüchtlingsarbeit engagieren
2434 ebenso wie Bündnisse gegen Rechts und in antifaschistischen Strukturen. Wir sind an der Seite all
2435 derer, die sich überall im Land gegen Hass und Gewalt, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus
2436 engagieren und wir lehnen die Kriminalisierung antifaschistischer Strukturen ab.

2437 Wir sind stolz auf die bundesweit einmalige Beratungsstruktur des Handlungskonzepts Tolerantes Bran-
2438 denburg. Die Partner*innen dieses Beratungsnetzwerks leisten eine hervorragende und wichtige Arbeit.
2439 Auf der Straße und in den Kommunalvertretungen und Parlamenten sind wir verlässliche antifaschisti-
2440 sche Kraft. Parlamentarisch und außerparlamentarisch kämpfen wir gegen jegliche Formen gruppenbe-
2441 zogener Menschenfeindlichkeit.

2442 Mit uns gibt es keinerlei Zusammenarbeit mit rechtspopulistischen und rechtsradikalen Parteien und
2443 Wählervereinigungen. Dabei setzen wir auf sachliche Auseinandersetzung und Argumente. Fake-News,
2444 Falschbehauptungen und Übertreibungen werden wir als solche entlarven und jederzeit unseren Beitrag
2445 leisten, den politischen Diskurs zu versachlichen.

2446 Wir wollen:

- 2447 ● auch weiterhin das Beratungsnetzwerks Tolerantes Brandenburg bedarfsgerecht ausfinanzie-
2448 ren. Wenn hier neue oder erweiterte Bedarfe entstehen, werden wir dem Rechnung tragen.
- 2449 ● die ideelle und finanzielle Unterstützung zivilgesellschaftlicher Strukturen, die sich für Weltof-
2450 fenheit und Toleranz engagieren, vorantreiben.
- 2451 ● der versuchten Kriminalisierung antifaschistischer und zivilgesellschaftlicher Strukturen wer-
2452 den wir auch weiterhin engagiert entgegen treten.
- 2453 ● auch weiterhin das Monitoring und die Recherche zu rechten Aktivitäten, Strukturen und Straf-
2454 taten durch das Moses-Mendelssohn-Zentrum und den Verein Opferperspektive in Branden-
2455 burg aktiv unterstützen und durch parlamentarische Anfragen begleiten.

2456 **Für ein Miteinander der Kulturen und Religionen**

2457 In Brandenburg leben Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion und Kultur. Diese Vielfalt berei-
2458 chert unser Land. Wir wollen, dass Christ*innen, Jüd*innen, Muslim*innen und Angehörige anderer
2459 Religionen in Brandenburg ungestört ihrer Religion nachgehen können. Deshalb unterstützen wir die
2460 Einrichtung von Gebetsräumen und Moscheen und fördern die Errichtung einer Synagoge in Potsdam.
2461 Ressentiments gegen Menschen aufgrund ihrer Religion erteilen wir eine Absage.

2462 Besonders froh sind wir, dass in Brandenburg ein vielfältiges jüdisches Leben entstanden ist. Jüdische
2463 Gemeinden in mehreren Städten zeigen, dass Brandenburg wieder eine Heimstatt für Jüd*innen ist.
2464 Das Abraham-Geiger-Kolleg, das Moses-Mendelssohn-Zentrum, das Selma-Stern-Zentrum für jüdische
2465 Studien und die Potsdam School of Jewish Theology sind beredtes Zeugnis für eine blühende jüdische
2466 Wissenschaft in Brandenburg. Das Jüdische Filmfestival Berlin-Brandenburg prägt die Filmlandschaft
2467 Brandenburgs mit.

2468 Wir wollen, dass Jüd*innen sich in Brandenburg sicher fühlen können und erteilen jedem antisemiti-
2469 schen Ressentiment eine Absage. Deshalb unterstützen wir das Antisemitismus-Monitoring des Moses-
2470 Mendelssohn-Zentrums aktiv.

2471 Ein gutes Miteinander der Kulturen und Religionen erfordert das gegenseitige Kennenlernen, Verstehen
2472 und das Sammeln gemeinsamer Erfahrungen. Wir fördern deshalb den interreligiösen Dialog und unter-
2473 stützen interkulturelle Projekte. Wichtig ist uns vor allem, dass die Verwaltungen auf allen Ebenen sen-
2474 sibilisiert werden für unterschiedliche kulturelle und religiöse Bedürfnisse.

2475 **Gedenken und Denken**

2476 Die Vergangenheit ist uns Mahnung für aktuelles Handeln. Dabei werden wir allen Versuchen der erin-
2477 nerungspolitischen Kehrtwende eine klare Absage erteilen. Für uns ist es ein besonderes Anliegen, die
2478 Erinnerung an den einzigartigen Zivilisationsbruch der Nationalsozialist*innen wach zu halten und der
2479 Opfer würdig zu gedenken. Ein wichtiger Schritt, das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus
2480 noch stärker ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken, war die Schaffung des 8. Mai, des Tags der
2481 Befreiung vom Hitlerfaschismus, als Gedenktag in Brandenburg. In besonderer Würdigung des 75. Jah-
2482 restags der Befreiung im Jahr 2020 treten wir dafür ein, diesen einmalig zu einem Feiertag zu erklären.

2483 Die KZ-Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück, aber auch die ehemaligen KZ-Außenlager ber-
2484 gen die Chance, auch kommenden Generationen die deutsche Geschichte in ihrer dunkelsten Facette
2485 im Bewusstsein zu halten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Gedenkstättenstiftung für alle ehemaligen
2486 KZ-Außenlager mit Erinnerungsorten Verantwortung übernimmt und diese mit den notwendigen finan-
2487 ziellen Mitteln ausgestattet werden.

2488 Wir wollen vor allem Kindern und Jugendlichen die Chance geben, sich direkt an den historischen Orten
2489 zu informieren. Deshalb ist der Erhalt gerade der kleinen, dezentralen Erinnerungsorte und Gedenkstät-
2490 ten ein wichtiges Anliegen. Die Brandenburgischen Gedenkstätten als Orte authentischer Erinnerungs-
2491 kultur sind darin unterstützen, sich den neuen Herausforderungen durch das zunehmende Fehlen von
2492 Zeitzeug*innen zu stellen. Moderne pädagogische Konzepte, Digitalisierung der musealen Bestände
2493 und die Betreuung der Besucher*innen müssen weiter finanziell unterstützt werden. Das gilt auch für
2494 die kleineren Erinnerungsorte und Gedenkstätten, die oftmals durch ehrenamtlich tätige Vereine und
2495 Initiativen getragen werden. Wichtig ist die Unterstützung des Wissenstransfers zwischen den Ak-
2496 teur*innen und die dauerhafte Sicherung und der bisherigen Rechercheergebnisse.

2497 Die sowjetischen Ehrenmale gehören ebenfalls zur Erinnerungskultur in Brandenburg. Wir setzen uns
2498 für ihren Erhalt ein. Durch entsprechende Förderung wollen wir die Erinnerungskultur an diesen Orten
2499 lebendiger gestalten.

2500 **10_ Brandenburg – international und weltoffen**

2501 **Brandenburg in Europa**

2502 **Europäische Verflechtungen nehmen zu**

2503 Brandenburg liegt im Herzen Europas und der Europäischen Union (EU). Als europäische Region ist
2504 unser Land fest in den Strukturen der EU verankert. Wir haben in den letzten 30 Jahren nicht nur viel
2505 Unterstützung von der EU bekommen - mit beachtlichem Erfolg nimmt Brandenburg auch an Prozessen
2506 zur Gestaltung der europäischen Integration teil, ob in Potsdam, Berlin oder Brüssel.

2507 Europäische Entscheidungen bestimmen die Lebensbedingungen der Menschen in Brandenburg unmit-
2508 telbar und in wachsendem Umfang. EU-Fördermittel leisteten und leisten einen nicht zu unterschätzen-
2509 den Beitrag für die Stabilisierung und weitere Entwicklung Brandenburgs.

2510 Gewachsene Außenwirtschaftsbeziehungen zu unseren Nachbar*innen in Polen und in anderen mittel-
2511 und osteuropäischen Ländern, aber auch in den Ostseeraum, nach Westeuropa und Übersee, belegen
2512 das ebenso wie die vielgestaltige Zusammenarbeit Brandenburgs mit Partner*innen in Europa und dar-
2513 über hinaus. Mit unserer Unterstützung leisten gerade Partnerschaftsbeauftragte u. a. in Polen und
2514 Rumänien eine anerkannte Arbeit, indem sie als Bindeglied zwischen der Landespolitik und gesell-
2515 schaftlichen Akteur*innen in Brandenburg und den Partnerregionen wirken.

2516 Die Brandenburgischen Regionen in direkter Nachbarschaft zu Polen haben nach wie vor Potential nach
2517 oben, wenn es darum geht, dass die dort lebenden Menschen ihre Region als eine gemeinsame Heimat
2518 für Polen und Deutsche betrachten. Die vorhandenen Euroregionen haben einen wichtigen Beitrag in
2519 den vergangenen Jahren geleistet und sich in ihrer vorhandenen Struktur bewährt. Gemeinsames Ziel
2520 sollte nach wie vor die Verbesserung der grenzüberschreitenden Verkehrsinfrastruktur im ÖPNV wie im
2521 Fernverkehr sein. Unser Land ist zugleich Schnittpunkt wichtiger Europäischer Verkehrskorridore. Hier
2522 geht es nicht nur um Schienentrassen oder Straßen, sondern auch um Wasserwege.

2523 All dies haben wir vor Augen, wenn wir gegenüber der EU Brandenburgs Interessen zur Geltung bringen.
2524 Aber wir wissen auch: Die Welt insgesamt befindet sich im Wandel. Dabei ist es uns wichtig, dass Bran-
2525 denburg auch seiner Verantwortung im globalen Zusammenhang gerecht wird.

2526 **Eine soziale EU, eine EU der Bürger*innen**

2527 Unsere Vision zur Zukunft der EU ist die Neugestaltung hin zu einer sozialen Union. Sie stellt den soli-
2528 darischen Grundgedanken in den Vordergrund und verringert die Ungleichheiten durch ein Mehr an
2529 sozialen Rechten, die für alle EU-Bürger*innen gleichermaßen gelten. Wir wollen, dass soziale Stan-
2530 dards rechtsverbindlich festgeschrieben werden. Auch durch eine Festschreibung der sozialen Grund-
2531 rechte in die EU-Verträge.

2532 Allen Arbeitnehmer*innen sowie Selbständigen soll ein Zugang zu allen Zweigen der sozialen Sicherungssysteme gewährt werden, und zwar unabhängig von Art und Dauer des Beschäftigungsverhältnisses. Alle EU-Bürger*innen müssen Anspruch auf eine EU-weite Absicherung im Risikofall haben, unabhängig davon, in welchem EU-Mitgliedstaat sie leben und arbeiten.

2536 Eine europäische Armee kann genauso wenig eine Antwort auf die derzeitigen außenpolitischen Herausforderungen sein wie die Rückkehr zum Nationalstaat. Dafür werden wir uns als LINKE in Brandenburg, in Europa weiterhin aktiv einsetzen.

2539 Wir werden uns natürlich weiterhin dafür einsetzen, dass die EU sozialer und demokratischer gestaltet wird, doch wir brauchen dafür die Unterstützung der Menschen vor Ort. Der Zusammenhalt der EU kann nur durch sie befördert werden, wofür ein besseres Verständnis der EU unabdingbar ist.

2542 Die Kontakte und Beziehungen zu unseren polnischen Nachbar*innen sind für uns nicht nur ein Verfassungsgebot, sondern tatsächlich eine Herzensangelegenheit. Das Verständnis füreinander und der Austausch zu Gemeinsamkeiten sowie Differenzen sind gerade im aktuellen europapolitischen Kontext von großer Bedeutung. Neben wirtschaftlichen Beziehungen sind uns auch die Verständigungen u. a. in den Bereichen Kultur, Bildung, Wissenschaft, Infrastruktur, Gesundheitsversorgung, Katastrophenschutz und Umwelt wichtig.

2548 **Schritt halten mit der zunehmenden Verflechtung und den Chancen Europas**

2549 Wir bieten den Menschen in Brandenburg einen europäischen Dialog an, um Europa verständlich und erlebbar zu machen. Zu oft ist für die Bürger*innen vor Ort nicht erkennbar, inwiefern Entscheidungen auf EU-Ebene ihr Leben beeinflussen.

2552 Wir wollen:

- 2553 ● die Präsenz Brandenburgs auf europäischer Ebene verstärken und ausbauen.
- 2554 ● den Einsatz der Partnerschaftsbeauftragten für das Land Brandenburg auch weiterhin befördern. Sie sind für uns wichtige Akteur*innen für den europapolitischen Dialog – für eine integrative EU.
- 2557 ● sowohl den parlamentarischen wie den zivilgesellschaftlichen Austausch mit Polen ausbauen. Denn nur im direkten Austausch mit den Bürger*innen vor Ort kann Politik zukunftsfähig und im Sinne aller gestaltet werden.
- 2560 ● die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Verwirklichung von gemeinsamen Projekten u. a. durch INTEREG-Förderung weiterhin ermöglichen und befördern.
- 2562 ● die Einrichtung eines “Rates der Euroregionen der Oder-Neiße-Region” initiieren, um einen gemeinsamen und abgestimmten Entwicklungsprozess in den Regionen beidseits von Oder und Neiße mit allen Akteur*innen gestalten zu können.
- 2565 ● die Kooperationen zwischen brandenburgischen und polnischen Bildungsinrichtungen stärken.

- 2567 ● Möglichkeiten für das Erlernen der polnischen Sprache schulisch, wie auch außerschulisch,
2568 ausbauen.

2569 Ein wichtiger Baustein unserer Arbeit sind die durch uns initiierten Entwicklungspolitischen Leitlinien.
2570 Hierzu ist auch eine Verzahnung mit anderen landespolitischen Strategien, wie der Nachhaltigkeitsstra-
2571 tegie, notwendig.

2572 Wir wollen die Zusammenarbeit mit den Akteur*innen aus den entwicklungspolitischen NGOs weiter-
2573 entwickeln. Dafür ist für uns der Round Table Entwicklungspolitik ein wichtiges Gremium, wo ein wich-
2574 tiger Dialog und Austausch zu den entwicklungspolitischen Aufgaben stattfindet. Daher wollen wir wei-
2575 terhin aktive Partner*innen des Round Table Entwicklungspolitik sein.

2576 **Willkommen in Brandenburg**

2577 **Brandenburg: Gelebte Willkommenskultur**

2578 In den vergangenen Jahren sind sehr viele Geflüchtete nach Brandenburg gekommen. Mittlerweile ge-
2579 langen deutlich weniger Geflüchtete nach Deutschland und auch nach Brandenburg. Die Asylrechtsver-
2580 schärfungen der vergangenen Jahre haben dazu geführt, dass das individuelle Recht auf Asyl immer
2581 weiter ausgehöhlt wurde und Geflüchteten es immer schwerer gemacht wird, einen gesicherten Auf-
2582 enthaltsstatus zu erlangen. Die bundesdeutsche Asylpolitik ist durch Abschreckung und Abschottung
2583 geprägt.

2584 Dem hat Brandenburg andere Akzente entgegen gesetzt:

- 2585 ● Brandenburg ist eines der wenigen Bundesländer, die ein Landesaufnahmeprogramm für syri-
2586 sche Geflüchtete haben. Das ist einer der wenigen legalen Fluchtwege und ermöglicht es Ge-
2587 flüchteten außerhalb des regulären Familiennachzugs Angehörige aus dem Kriegsgebiet raus
2588 zu holen.
- 2589 ● Mit dem neuen Landesaufnahmegesetz haben wir die Unterbringung und Versorgung der Ge-
2590 flüchteten in Brandenburg deutlich verbessert, ein flächendeckendes Netz der Migrationssozi-
2591 alarbeit geschaffen und die Kommunen finanziell besser für diese Aufgabe ausgestattet.
- 2592 ● Mit der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete haben wir die gesund-
2593 heitliche Versorgung deutlich verbessert. Vor allem beim Zugang zur psychosozialen Versor-
2594 gung und der Sprachmittlung gibt es jedoch Nachholbedarf.
- 2595 ● In Brandenburg sind die Strukturen für die Unterbringung und Versorgung in allen Landkreisen
2596 und kreisfreien Städten mit guten Standards gesichert und ein flächendeckendes Netz der Mig-
2597 rationssozialarbeit gespannt. Brandenburgs Beratungsstruktur für Geflüchtete ist in dieser
2598 Form einmalig in Deutschland.
- 2599 ● Die Erstaufnahmeeinrichtungen sind der erste Anlaufpunkt für Geflüchtete in Brandenburg.
2600 Hier ist jedoch keine Integration möglich. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass in der Erstauf-
2601 nahme eine Verfahrensberatung eingerichtet wird.

- 2602 ● Integration ist nicht von heute auf morgen zu erledigen. Integration braucht Zeit, flexible, auf
2603 die Bedürfnisse angepasste Angebote und gute Bedingungen. Bei der Integration in Arbeit
2604 kommt es jedoch auch darauf an, den Geflüchteten die Unterstützung zu geben, die sie indivi-
2605 duell benötigen, um den Anforderungen des jeweiligen Berufs gerecht zu werden.
- 2606 ● Bei der Integration spielen ehrenamtliche Akteur*innen eine wichtige Rolle. Ohne die vielen
2607 Aktiven in den Willkommens- und Flüchtlingsinitiativen, den Vereinen und Verbänden wird In-
2608 tegration in die Gesellschaft nicht funktionieren. Mit dem Förderprogramm für Flüchtlingsinitia-
2609 tiven bei der Integrationsbeauftragten und den Fördermöglichkeiten des Bündnisses für Bran-
2610 denburg sind wirksame Instrumente vorhanden, um landesweit dieser Verantwortung gerecht
2611 zu werden.
- 2612 ● Migrant*innen, die nicht aus EU-Ländern stammen, sind bundesgesetzlich auf allen Ebenen
2613 vom Wahlrecht ausgeschlossen. Ihre politische Teilhabe ist deshalb stark beeinträchtigt.
2614 Gleichzeitig sind in Brandenburg nur in geringem Maß Strukturen der migrantischen Selbstor-
2615 ganisation vorhanden und auch Integrationsbeiräte existieren nicht flächendeckend.

2616 **Brandenburg hält die Arme weiter offen**

2617 Mit uns wird es keine weiteren Asylrechtsverschärfungen geben und wir werden weiter dafür kämpfen,
2618 dass alle Geflüchteten ein faires Asylverfahren durchlaufen.

2619 Wir unterstützen Initiativen, die sich für Seenotrettung einsetzen und begrüßen, dass Brandenburger
2620 Kommunen sich zu „sicheren Häfen“ erklärt haben und aus Seenot gerettete Geflüchtete aufnehmen
2621 wollen. Wir wollen, dass ganz Brandenburg zu einem „sicheren Hafen“ wird.

2622 Es kommt nun darauf an, denjenigen, die zu uns gelangt sind, die Chance zu eröffnen, sich ein eigen-
2623 ständiges und selbstbestimmtes Leben aufzubauen. Brandenburgs Beratungsstruktur für Geflüchtete
2624 muss als Grundstein für wirksame Integrationsarbeit erhalten werden.

2625 Die Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahme ist so kurz wie möglich zu halten. Einer Verlängerung der
2626 derzeit maximal möglichen Aufenthaltsdauer in der Erstaufnahme werden wir uns auch weiterhin wi-
2627 dersetzen. Wir setzen uns jedoch dafür ein, dass in den Erstaufnahmeeinrichtungen ausreichend
2628 Sprachkursangebote, eine Beschulung aller Kinder und berufliche Qualifizierungsangebote stattfinden,
2629 um direkt nach der Ankunft den Grundstein für eine gute Integration zu legen.

2630 Aufgrund der Bundesgesetze können wir Abschiebungen aus Brandenburg nicht vollständig verhindern.
2631 Auch hier werden wir jedoch die Spielräume, die uns gesetzlich zur Verfügung stehen, konsequent aus-
2632 nutzen und dafür sorgen, dass Abschiebungen so human wie möglich vonstattengehen. Die Einrichtung
2633 eines Ausreisezentrums lehnen wir ab, auch Sammelabschiebungen wollen wir vermeiden. Wir setzen
2634 uns dafür ein, dass nur gut ausgebildetes Personal bei Abschiebungen zum Einsatz kommt und wir
2635 sorgen dafür, dass es keine Abschiebungen aus Bildungseinrichtungen und Krankenhäusern gibt. Wir
2636 lehnen Abschiebungen in Kriegsgebiete wie bspw. nach Afghanistan konsequent ab und setzen uns für

2637 einen Winterabschiebestopp ein. Abschiebungshaft wollen wir vermeiden. Aus unserer Sicht gibt es
2638 keinen Bedarf für eine eigene Abschiebungshaftanstalt.

2639 Der wichtigste Schritt für eine gute Integration ist das Erlernen der deutschen Sprache. Wir wollen,
2640 dass allen Geflüchteten direkt nach Ankunft in Brandenburg Angebote zum Spracherwerb unterbreitet
2641 werden. Die Integrationskurse des Bundes greifen zu spät und schließen diejenigen, die noch keine
2642 gesicherte Bleibeperspektive haben, aus.

2643 Integration ist auch Integration in Ausbildung und Arbeit. Oftmals scheitert die Arbeitsaufnahme bzw.
2644 die Aufnahme einer Berufsausbildung an nicht erteilten Arbeitsgenehmigungen. Wir wirken darauf hin,
2645 dass die kommunalen Ausländerbehörden in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft alle Spielräume zur
2646 Erteilung von Arbeitsgenehmigungen ausnutzen. Wichtig ist auch, dass Arbeitgeber*innen sicher sein
2647 können, dass die Arbeitskräfte und Auszubildenden, die sie einstellen, eine gesicherte Bleibeperspek-
2648 tive erhalten. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass bei der Erteilung von Duldungen die Integration in
2649 das Arbeitsleben stärker berücksichtigt wird.

2650 Wir wollen:

- 2651 ● das Landesaufnahmeprogramm für syrische Geflüchtete ohne Abstriche an seiner Ausstattung
2652 fortführen und wie unser Nachbarland Berlin auf den Irak ausdehnen.
- 2653 ● das Landesaufnahmeprogramm für vom IS verfolgte Frauen aus dem Nordirak weiterhin mit
2654 aller Kraft unterstützen und ausbauen.
- 2655 ● die aufenthaltsrechtlichen Spielräume, die der Bund dem Land lässt ausnutzen. So wollen wir,
2656 dass die gut integrierten Geflüchteten einen gesicherten Aufenthaltsstatus erhalten.
- 2657 ● Voten der Brandenburger Härtefallkommission ernst nehmen. Sie beschäftigt sich intensiv mit
2658 humanitären Einzelfällen. Ihre Entscheidungen müssen bindend sein und sollen direkt, ohne
2659 Veto-Möglichkeit des Innenministeriums, umgesetzt werden.
- 2660 ● das Programm „Deutsch für Flüchtlinge“, das sich an all jene richtet, die keine Chance haben
2661 an den Integrationskursen des Bundes teilzunehmen, verstetigen und ausbauen. Gleichzeitig
2662 ist ein Ausbau der berufsbezogenen Spracherwerbskurse erforderlich. Vor allem für Flüchtlings-
2663 frauen ist es wichtig, Kursangebote zu schaffen, die eine Kinderbetreuung beinhalten.
- 2664 ● das Instrument der Ausbildungsduldung landesweit einheitlich einsetzen. Ausbildungsduldung
2665 darf nicht an fehlenden Papieren scheitern. Gleichzeitig ist deren Erteilung auf berufsvorberei-
2666 tende Maßnahmen auszuweiten.
- 2667 ● Projekte, die gezielt darauf hinwirken, Geflüchtete in Arbeit zu bringen, unterstützen und be-
2668 darfsgerecht ausbauen. Zielstellung muss dabei sein, die vorhandenen Instrumente der Arbeits-
2669 förderung flexibel auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmt zu kombinieren.
- 2670 ● Geflüchtete vorwiegend dezentral unterbringen. Vor allem für besonders schutzbedürftige Ge-
2671 flüchtete - Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, LSBTIQ* usw. – braucht es besondere
2672 Einrichtungen und Schutzräume.

- 2673
- 2674
- 2675
- 2676
- 2677
- 2678
- 2679
- Flüchtlings-Initiativen auch weiterhin unterstützen und unbürokratisch fördern. Das Förderprogramm für Flüchtlingsinitiativen bei der Integrationsbeauftragten und die Fördermöglichkeiten des Bündnisses für Brandenburg wollen wir erhalten und wenn nötig ausbauen.
 - die Schaffung von Integrations- und Migrant*innenbeiräten in allen Landkreisen und kreisfreien Städten. Wir setzen uns für weitere Instrumente der politischen Teilhabe und Mitbestimmung ein. Strukturen der migrantischen Selbstorganisation müssen ideell und finanziell gefördert werden.

2680

2681 **11_ Freiheit und Sicherheit – starken Bürgerrechten** 2682 **verpflichtet**

2683 **Brandenburg - demokratischer und sozialer Rechtsstaat**

2684 **Justiz – Rechtspolitik – sozialer Rechtsstaat**

2685 Die Justiz gehört, neben den Bereichen Sicherheit, Polizei und Bildung, zum Kernbereich des Staates.
2686 Sie ist für das staatliche Wirken von essenzieller Bedeutung. Denn Justiz und Rechtsstaat stehen auch
2687 für strikte Gewaltentrennung und -kontrolle, ohne die die Freiheit eine Worthülse bleibt. Darum ist eine
2688 von jeder Beeinflussung unabhängige Justiz ein Grundpfeiler unserer Demokratie. Der Rechtsstaat ist
2689 jedoch lediglich ein Strukturprinzip. Es sagt nichts aus über die Richtigkeit des geltenden Rechts. Des-
2690 halb steht DIE LINKE für den demokratischen und sozialen Rechtsstaat. Rechts- und Sozialstaatlichkeit
2691 gehen für uns Hand in Hand.

2692 **LINKE Grundsätze für einen starken Rechtsstaat**

2693 Den Rechtsstaat zu stärken bedeutet, dass wir uns vehement für die Grund- und Freiheitsrechte der
2694 Bürger*innen einsetzen und uns verfassungswidrigen Eingriffen entgegenstellen. Brandenburg wird so-
2695 zialer und sicherer nicht durch die Einschränkung von Bürger*innenrechten und die Ausweitung inef-
2696 fektiver Überwachungs- und Eingriffsbefugnisse sondern durch die personelle Stärkung und durch die
2697 modernste Ausstattung der Justiz.

2698 DIE LINKE will das Vertrauen der Brandenburger*innen in den Rechtsstaat bewahren. Statt jahrelangem
2699 Warten muss schnell Rechtssicherheit für die Betroffenen durch zeitnahe Entscheidungen geben. Über-
2700 lange Verfahrensdauern, vor allem bei Sozial- und Verwaltungsgerichten, müssen der Vergangenheit
2701 angehören. Menschen, die am Existenzminimum leben, ist nicht zuzumuten, dass sie Jahre auf die
2702 Durchsetzung ihrer Ansprüche warten müssen. In allen Geschäftsbereichen der Justiz dürfen die Be-
2703 stände nicht über das Maß anwachsen, das innerhalb eines Jahres abgebaut werden kann.

2704 Alle Brandenburger*innen sollen die Möglichkeit haben, das Recht für sich in Anspruch zu nehmen. DIE
2705 LINKE hat sich bisher erfolgreich für den Erhalt auch kleiner Gerichtsstandorte eingesetzt. Dies wird
2706 sich nicht ändern!

2707 Auch die Justiz befindet sich im Zeitalter der Digitalisierung. Damit wird sie vor enorme Anforderungen
2708 an Technik, Personal und Sicherheit gestellt. Mit der Einführung des elektronischen Rechtsverkehrs
2709 und der elektronischen Akte wird der Schutz persönlicher Daten im besonderen Fokus stehen und ganz
2710 neue Herausforderungen erzeugen.

2711 Zugleich ist die richterliche Unabhängigkeit zwingend und vorbehaltlos zu gewährleisten. Daher setzt
2712 sich DIE LINKE auch in diesem Bereich für eine effektive und moderne materielle und personelle

2713 Ausstattung ein. Wir stehen für die weitere Stärkung des Richterwahlausschusses ebenso wie mögliche
2714 Rotationen in verantwortungsvollen Positionen der Justiz in der Zukunft.

2715 **LINKE Rechtspolitik stärkt den sozialen Rechtsstaat**

2716 Die Gewährung des Rechtsschutzes für alle Menschen, insbesondere für diejenigen, die sozial benach-
2717 teiltigt sind, muss unabhängig vom Einkommen uneingeschränkt gewährleistet sein. Daher lehnt DIE
2718 LINKE die Einschränkung des Zugangs zum Recht und das Erschweren des Rechtsweges, vor allem
2719 durch eine Reform der Prozesskostenhilfe, ausdrücklich ab.

2720 Notwendigen Reformen in den Prozessordnungen steht DIE LINKE Brandenburg aufgeschlossen gegen-
2721 über. Effizienzsteigernde Vorschläge aus Wissenschaft und Praxis, die auch zur Vereinfachung des
2722 Strafverfahrens beitragen, dürfen jedoch nicht zu Einschränkungen und zur Beschneidung von Beschul-
2723 digten- und Angeklagt*innenrechten führen. Im Zivilprozess setzen wir uns für eine Stärkung des Kam-
2724 merprinzips bei den Landgerichten ein.

2725 Die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates wird nicht durch eine stetige und wiederholte Verschärfung
2726 des Strafrechts garantiert. Vielmehr nimmt der Rechtsstaat an der zunehmenden Produktion unbe-
2727 bestimmter Strafrechtsnormen Schaden. Insofern kritisiert DIE LINKE das Ausweichen der Gesellschafts-
2728 politik auf die Kriminalpolitik. Weder Justiz noch Polizei können grundsätzliche gesellschaftliche Prob-
2729 leme lösen oder Schief lagen korrigieren.

2730 Wir wollen:

- 2731 ● bei Bagatelldelikten unnötige Verfahren und resozialisierungsfeindliche Gefängnisstrafen ver-
2732 meiden. So fordern wir, die strafrechtliche Verfolgung bei sogenanntem Schwarzfahr*innen
2733 und anderen geringfügigen Delikten abzuschaffen und auf die Ersatzfreiheitsstrafe zu verzich-
2734 ten. Das würde zugleich die Justiz entlasten.
- 2735 ● ein Umdenken in der Drogenpolitik. Die auf verstärkte Repression setzende Drogenpolitik ist
2736 gescheitert. Insofern setzen wir uns hier für das Prinzip soziale Hilfe statt Strafe und eine Ent-
2737 kriminalisierung des Drogenkonsums ein.
- 2738 ● den resozialisierenden Strafvollzug weiter ausbauen und weiter konsequent die Resozialisie-
2739 rung der Gefangenen fördern. Nur wer eine gute Grundlage und Perspektiven für die Zeit nach
2740 der Haft hat, kann ein straffreies Leben in Freiheit bewältigen und sich in die Gesellschaft in-
2741 tegrieren.
- 2742 ● Bildungs- und Qualifizierungsangebote sowie Arbeitsangebote den Gefangenen im Strafvollzug
2743 zur Verfügung stellen. Zu einem menschenwürdigen Strafvollzug gehört auch, dass die Arbeit
2744 in der JVA in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen ist.
- 2745 ● den Wohngruppenvollzug mit qualifiziertem Personal auskömmlich ausstatten. Wir setzen uns
2746 für die Förderung von Projekten des Übergangsmanagements und unterstützen Projekte zur
2747 Haftvermeidung durch frühzeitige ambulante sozial-pädagogische Maßnahmen und Konfliktlö-
2748 sungen außerhalb der Gerichte, wie den Täter-Opfer-Ausgleich.

2749 Auch weiterhin messen wir der Hilfe für Kriminalitätsoffer eine hohe Bedeutung bei. Wir verstärken die
2750 finanzielle Unterstützung von Programmen, Organisationen und Vereinen, die sich der Unterstützung
2751 von Kriminalitätsoffern widmen und deren Rechte sichern.

2752 Zudem setzt DIE LINKE auf ein die Gesellschaft veränderndes Modell mit mehr Prävention und weniger
2753 Gefängnis. Denn die Strafjustiz kommt erst zum Zuge, wenn eine Straftat bereits begangen wurde. Viel
2754 erfolgversprechender und damit ein Gewinn für die Gesellschaft und deren Sicherheit ist die Bekämp-
2755 fung der Ursachen von Kriminalität und die Beseitigung von Bildungs- und sozialen Ungerechtigkeiten
2756 der Gesellschaft. DIE LINKE Brandenburg tritt dafür ein, dass dies mit Hilfe des demokratischen und
2757 sozialen Rechtsstaates erfolgt, der soziale Teilhabe ermöglichen muss.

2758 **Sicher leben in Brandenburg**

2759 **Bürgernahe Polizei, niedrige Kriminalität**

2760 Brandenburg soll ein sicheres Land bleiben. Die Zahl der registrierten Straftaten ist in Brandenburg
2761 rückläufig. Doch Straftaten, egal ob im öffentlichen Raum oder im eigenen Heim, erschüttern das Ver-
2762 trauen in die öffentliche Sicherheit. Grundlage für ein sicheres Leben aller sind einerseits eine gute
2763 Sozialpolitik, die den Menschen ein Leben ohne existenzielle Ängste ermöglicht, und andererseits eine
2764 Kriminalpolitik, die die öffentliche Ordnung gewährleistet und die Grundrechte respektiert.

2765 Dazu gehört auch eine bürgernahe Polizei, die die Bevölkerung zuverlässig vor Kriminalität schützt und
2766 gleichzeitig die Rechte der Bürger*innen verteidigt. Sie ist für die Menschen erreichbar, präsent und
2767 ansprechbar. Nach einer mit der Polizeireform verbundenen Reduzierung der Stellen bei der Polizei in
2768 Verbindung mit einer hohen Anzahl von Altersabgängen ist es uns nun gelungen, die Personalstärke
2769 wieder auf 8.280 Stellen zu erhöhen.

2770 Die Polizei ist personell und materiell gut auszustatten. Es braucht nicht mehr Befugnisse, sondern
2771 motivierte Polizist*innen, die ansprechbar sind, Ermittlungen durchführen und Erkenntnisse verarbei-
2772 ten. Diese sollen interkulturelle und gendersensible Kompetenzen sowie umfassende politische Bildung
2773 besitzen. Wir müssen außerdem für gute Arbeitsbedingungen für die Polizist*innen und eine gute tech-
2774 nische Ausstattung sorgen.

2775 Die Stärkung der Präventionsarbeit der Polizei ist ein wichtiger Bestandteil linker Kriminalitätspolitik.
2776 Wir werden die kommunale Kriminalitätsverhütung besser unterstützen. Zusammen mit den Revierpo-
2777 lizist*innen kann sie als ein Baustein für eine nachhaltige Präventionsarbeit das Sicherheitsgefühl der
2778 Menschen erhöhen.

2779 Resultierend aus der deutschen Geschichte und den jüngeren Skandalen im Zusammenhang mit der
2780 rechtsterroristischen Mordserie des NSU stehen wir Geheimdiensten kritisch gegenüber und fordern
2781 deren Abschaffung. Geheimdienste, wie der Verfassungsschutz, operieren mit zweifelhaften Methoden,
2782 wie dem V- Personenwesen, das wir grundlegend ablehnen. Allein die Existenz einer geheimdienstlich

2783 agierenden Behörde, die die Bevölkerung unter ständige Beobachtung stellt, verletzt die Grundsätze
2784 einer rechtstaatlich verfassten, freiheitlichen und offenen Demokratie. Daher wollen wir Geheimdienste
2785 abschaffen. Solange sie aber noch arbeiten, muss die parlamentarische demokratische Kontrolle so
2786 wirkungsvoll wie möglich gestaltet und weiterentwickelt werden.

2787 Wir wollen:

- 2788 ● die durch die hohen Ausbildungszahlen an der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg
2789 schwierigen Übergänge zur erhöhten Personalstärke gestalten und mittelfristig die Lücken in
2790 der Personaldecke schließen. Dazu gehören der zügige Bau und die Eröffnung des Internats an
2791 der Fachhochschule der Polizei in Oranienburg.
- 2792 ● die Einrichtung des Fachstudiengangs „Kriminalistik“ und somit die Arbeit der Kriminalpolizei
2793 verbessern.
- 2794 ● zur Prüfung von Beschwerden zur Arbeit der Polizei eine unabhängige Beschwerdestelle ein-
2795 richten. Diskriminierende polizeiliche Maßnahmen wie „Racial Profiling“ dürfen nicht stattfin-
2796 den.
- 2797 ● die Schaffung eines Benachrichtigungssystems für Betroffene von Funkzellenabfragen.
- 2798 ● durch eine weiter verstärkte Zusammenarbeit mit polnischen Einsatz- und Ermittlungskräften,
2799 den benachbarten Bundesländern und der Bundespolizei den Herausforderungen bei grenz-
2800 überschreitender Kriminalität noch besser begegnen.
- 2801 ● eine wirksame Innenrevision beim Verfassungsschutz einrichten. Die Schlussfolgerungen, die
2802 sich aus der Arbeit der Untersuchungsausschüsse insbesondere zum NSU-Komplex, zur Einhe-
2803 gung und Kontrolle der Arbeit der Geheimdienste ergeben, müssen auch weiterhin gesetzlich
2804 umgesetzt werden.

2805 Im Mittelpunkt unserer Politik steht die Verteidigung und Ausweitung der Bürger*innen- und Frei-
2806 heitsrechte. Den Einsatz von Staatstrojanern, Quellen-TKÜ, Fußfesseln, die Ausweitung der Video-
2807 überwachung etc. lehnen wir weiterhin ab.

2808 **Brand- und Katastrophenschutz stärken**

2809 Im Rahmen der öffentlichen Sicherheit leisten auch die Freiwilligen Feuerwehren, die Rettungsdienste
2810 und Hilfsorganisationen einen wichtigen Beitrag. Viele Menschen engagieren sich in diesen Organisati-
2811 onen für die Allgemeinheit. Brandenburg ist bei der Verbesserung der Unterstützung des Brand- und
2812 Katastrophenschutzes deutlich vorangekommen.

2813 Mit dem Konzept zum Brand und Katastrophenschutz, dem Maßnahmenpaket und dem Brand- und Ka-
2814 tastrophenschutzgesetz ist es gelungen, die Rahmenbedingungen für die Freiwilligen und die Kommu-
2815 nen zu verbessern. Mit den Jubiläumssprämien haben wir einen großen Schritt zur Förderung und Unter-
2816 stützung des Ehrenamtes getan.

2817 Die technische Infrastruktur und die persönliche Ausrüstung für Rettungsdienst, Katastrophenschutz
2818 und Feuerwehren sollen landesweit auf dem neuesten Stand gehalten werden. Wir werden die zentrale
2819 Beschaffungsunterstützung des Landes weiter fortführen und so Synergien bei der Beschaffung heben.
2820 Wir wollen einen Rettungsdienst in kommunaler Verantwortung, der Teil des Gesundheitssektors und
2821 nicht gewinnorientiert organisiert ist.

2822 **Verbraucher*innenschutz**

2823 **Nachhaltige Verbraucher*innenpolitik**

2824 Schutz, Stärkung und Erweiterung von Verbraucher*innenschutzrechten haben in den vergangenen
2825 Jahren mehr und mehr an Bedeutung gewonnen - von der Lebensmittelqualität bis zu Bankgeschäften,
2826 von Versicherungsleistungen bei Schäden infolge des Klimawandels bis zum Brexit, vom Online-Handel
2827 bis zur Gesundheitswirtschaft, vom Tourismus bis zur Pflege. Deswegen haben wir den Verbraucher*in-
2828 nenschutz in den letzten Jahren erheblich aufgewertet. Ziel ist eine aktive, sozial gerechte und ökolo-
2829 gisch nachhaltige Politik, in der die Rechte der Verbraucher*innen im Mittelpunkt stehen.

2830 Brandenburg hat sich durch unser Engagement eine verbraucher*innenpolitische Strategie gegeben,
2831 die mit dem Ziel, die Stellung der Verbraucher*innen gegenüber Konzernen zu stärken, umgesetzt und
2832 fortgeschrieben werden soll. Die Digitalisierung soll als Chance für Verbraucher*innen genutzt werden,
2833 gleichzeitig sollen sie vor den Risiken geschützt werden.

2834 Die Verbraucherzentrale ist als unabhängige Beratungseinrichtung für Verbraucher*innen sowie als
2835 Kämpferin für Verbraucher*innenrechte unverzichtbar. Die Verfügbarkeit der Angebote in der Fläche
2836 wollen wir dauerhaft sichern.

2837 Die Verbraucherzentrale wurde finanziell gestärkt und die deutsch-polnische Verbraucher*innenbera-
2838 tung wird fortgesetzt, da diese in Brandenburgs Grenzregionen wegen des zunehmenden grenzüber-
2839 schreitenden Handels eine besondere Rolle spielt.

2840 Wir wollen:

- 2841 ● die Qualitätsoffensive Schulverpflegung fortsetzen und ausbauen. Eltern und Schüler*innen
2842 sollen gemeinsam mit den Verantwortlichen der Schule und Essensanbietern bei der Ausge-
2843 staltung der Essensversorgung mitreden können. Ziel ist eine hohe Essensqualität in Schule
2844 und Kita entsprechend den DGE-Standards.
- 2845 ● die in Nordbrandenburg erprobte mobile Beratung der Verbraucherzentrale auf digitaler Basis
2846 nach einer positiven Evaluation auf weitere Landesteile ausdehnen.
- 2847 ● die unabhängige Patient*innenberatung wieder durch die Verbraucherzentrale anbieten.
- 2848 ● für eine deutliche Kennzeichnung der Inhalts- und Zusatzstoffe sowie der Nährwerte kämpfen.
2849 Eine zusätzliche, verständliche und ambitionierte Kennzeichnung mit der „Nährwert-Ampel“ soll

2850 die Qualitätseinordnung auf den ersten Blick erleichtern. Hierfür soll sich Brandenburg im Bun-
2851 desrat und bei den Minister*innenkonferenzen einsetzen.

- 2852 ● im Bereich der Lebensmittelsicherheit und des Veterinärwesens wirksame Kontrollen absi-
2853 chern. Auf Bundesebene setzen wir uns für verbindliche staatliche Produktkennzeichnungen
2854 ein, die Tierwohlstandards erkennen lassen. Damit wird Verbraucher*innen die Möglichkeit ge-
2855 geben, an der Ladentheke über die Form der Tierhaltung mit zu entscheiden.

2856

2857 **12_ Linke Haushalts- und Finanzpolitik ist nachhal-** 2858 **tig und stärkt das Gemeinwesen**

2859 **Landesfinanzen stabilisiert, Ausgaben in die richtige Richtung gelenkt**

2860 Seit 2009 tragen wir die Verantwortung für den Haushalt und die Finanzen im Land Brandenburg. Wir
2861 haben bewiesen, dass eine solidarische und ökologische Politik, wirtschaftliche Stabilität und eine
2862 nachhaltige Haushalts- und Finanzpolitik kein Widerspruch sein müssen.

2863 Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung und der kommunalen Finanzkraft sind für uns wesent-
2864 liche Voraussetzungen für ein starkes Gemeinwesen. 2018 haben wir erstmalig seit 2005 die so ge-
2865 nannte Verbundquote stufenweise auf 21 Prozent in 2019, auf 22 Prozent in 2020 und auf 22,43 Pro-
2866 zent ab 2021 erhöht. Gegenüber dem Jahr 2018 erhalten die Kommunen in den Jahren von 2019 bis
2867 2022 insgesamt rund 800 Millionen Euro mehr vom Land.

2868 Mit der Berücksichtigung eines Mehrbelastungsausgleichs für grundfunktionale Schwerpunkte im Aus-
2869 gleichgesetz sind wir einen weiteren Schritt vorangekommen, mit dem wir gleichwertige Lebensver-
2870 hältnisse im gesamten Land absichern wollen. Darüber hinaus haben wir damit begonnen, den hoch-
2871 verschuldeten kreisfreien Städten Cottbus, Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder) Landesmit-
2872 tel zur Teilentschuldung zur Verfügung zu stellen.

2873 Die Zahl der Versorgungsempfänger*innen sowie die Versorgungs- als auch Beihilfeausgaben für die
2874 Versorgungsempfänger*innen sind in den vergangenen Jahren bereits deutlich gestiegen und werden
2875 weiter steigen. Der aktuelle Versorgungsbericht prognostiziert für 2027 allein Versorgungsausgaben
2876 von 605 Millionen Euro. Dies entspricht gegenüber 2018 mehr als einer Verdoppelung

2877 Seit sieben Jahren haben wir Jahresüberschüsse erwirtschaftet, die es uns ermöglicht haben, seit 2013
2878 mehr als 850 Millionen Euro Altschulden zu tilgen, die wir von den Vorgängerregierungen übernommen
2879 hatten, und zusätzlich Rücklagen anzusparen.

2880 **Neue Herausforderungen**

2881 DIE LINKE bleibt bei ihrer Ablehnung einer Schuldenbremse. Obwohl wir die im Grundgesetz Artikel 109
2882 Absatz 3 geregelte Schuldenbremse nach wie vor ablehnen, müssen auch wir uns in Brandenburg über-
2883 legen, wie das Land die Schuldenbremse einhalten und gleichzeitig haushaltspolitische Spielräume be-
2884 wahren kann. Aus diesem Grund haben wir die Verfassung des Landes Brandenburg und die Landes-
2885 haushaltsordnung angepasst. Damit gewährleisten wir, dass in Zeiten konjunktureller Krisen Steuer-
2886 ausfälle nicht direkt durch massive Kürzung von Ausgaben kompensiert werden müssen.

2887 2020 tritt nicht nur die Schuldenbremse in Kraft, sondern auch der reformierte Länderfinanzausgleich.
2888 Dieser wird seinen Charakter maßgeblich ändern. Statt der Geberländer wie bisher wird der Bund die
2889 Kassen der finanzschwachen Länder auffüllen. Der solidarische Ausgleich zwischen den Ländern findet

2890 nicht mehr statt. Infolgedessen werden die Ungleichheiten zwischen den finanzstarken und den finanz-
2891 schwachen Bundesländern weiter zunehmen.

2892 Europäische Entscheidungen bestimmen die Lebensbedingungen auch der Menschen in Brandenburg
2893 unmittelbar und in wachsendem Umfang. Die Regelungen geben in vielfältiger Form Sicherheit für Ver-
2894 braucher. EU-Fördermittel leisteten und leisten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag für die Stabili-
2895 sierung und Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir setzen uns dafür ein, dass bereitstehende EU-Mittel
2896 vollständig kofinanziert werden.

2897 **Grundlinien künftiger Haushalts- und Finanzpolitik**

2898 DIE LINKE Brandenburg sieht sich auch in Zukunft zu verantwortlicher und nachhaltiger Haushaltspolitik
2899 verpflichtet. Dabei geht es für uns zum einen um die finanzielle Sicherung von Ausgaben und zum an-
2900 deren um die Sicherung von Steuereinnahmen. Trotz der aktuell positiven Entwicklung bei den Steuer-
2901 einnahmen lehnen wir Steuersenkungen zu Lasten des Landes und seiner Kommunen ab.

2902 Wir wollen das Gemeinwesen weiter stärken und ausbauen. Dazu gehören u. a. der öffentliche, soziale
2903 Wohnungsbau, öffentlich finanzierte und gebührenfreie Kitas und Schulen, die Verbesserung von Be-
2904 treuungsschlüsseln im Erzieher*innen- und Lehrer*innenbereich, gebührenfreie Universitäten, der öf-
2905 fentlich finanzierte Personen- und Schienennahverkehr und die Stärkung und der Ausbau von flächen-
2906 deckenden Angeboten der öffentlichen Daseinsvorsorge.

2907 Unseren strategischen Ansatz zum Umgang mit Haushaltsüberschüssen und der Bildung von Rücklagen
2908 wollen wir fortführen. So werden wir weiter Vorsorge treffen und sichern mittelfristig die notwendigen
2909 öffentlichen Investitionen und die aktive Zukunftsvorsorge der öffentlichen Hand auch in Zeiten der
2910 Schuldenbremse. Schuldenabbau darf nicht zu Lasten von wichtigen Investitionen in die Zukunft des
2911 Landes Brandenburg gehen. Eine Finanzpolitik, die Schuldentilgung als vorrangiges Ziel beschreibt und
2912 dabei dringend notwendige Landesaufgaben nicht erfüllt, ist für uns nicht nachhaltig und lehnen wir
2913 deshalb ab.

2914 **Worauf es jetzt ankommt**

2915 Die Schuldenbremse des Bundes darf ab 2020 nicht zur Zukunftsbremse des Landes Brandenburg wer-
2916 den. Sie gehört wieder abgeschafft. DIE LINKE lehnt die Schuldenbremse nach wie vor ab. Die Hand-
2917 lungsfähigkeit von Bund, Ländern und Kommunen kann auch nicht durch ein Verbot neuer Kredite ge-
2918 sichert werden, sondern nur durch ein sozial gerechtes Steuersystem, in dem bestimmte vermögens-
2919 basierte Steuern wie die Erbschaft- und Vermögensteuer gestärkt werden. Wir wollen, dass Branden-
2920 burg auf Bundesebene weiter dafür streitet.

2921

2922 Wir wollen:

- 2923 ● uns dafür stark machen, dass der Bund seiner Verantwortung für die Sicherung gleichwertiger
2924 Lebensverhältnisse gerecht wird und Initiativen mit dem Ziel unterstützen, die öffentliche Fi-
2925 nanzausstattung weiter zu verbessern – z. B. durch eine Finanztransaktions- und Millionärs-
2926 steuer – und Steuerschlupflöcher zu schließen.
- 2927 ● die Finanzverwaltung weiter stärken.
- 2928 ● auf europäischer Ebene das Einstimmigkeitsprinzip bei Steuerthemen durch das Mehrheitsprin-
2929 zip ersetzen. Einzelne Staaten, insbesondere Steueroasen, haben dann nicht mehr die Möglich-
2930 keit, EU-weite Steuergesetze mit einem Veto zu belegen. Eine Digital- oder Finanztransaktions-
2931 steuer könnte somit leichter auf europäischer Ebene umgesetzt werden.
- 2932 ● im Rahmen der weiteren Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs einen solidarischen Aus-
2933 gleich auf Länderebene. Nur so lässt sich am im Grundgesetz verankerten Ziel, gleichwertige
2934 Lebensverhältnisse zu schaffen, festhalten. Regionale Unterschiede und soziale Ungleichheiten
2935 sind dabei längst nicht mehr nur ein Ost-West-Problem. Deshalb wollen wir uns beim Bund für
2936 einen Solidarpakt III für strukturschwache Regionen in Ost und West einsetzen.

2937 EU-Mittel bleiben auch weiterhin für uns von zentraler Bedeutung – in Umfang, aber genauso in der
2938 Zielrichtung. Denn obwohl wir auch in Brandenburg in den vergangenen Jahren eine sehr gute wirt-
2939 schaftliche Entwicklung erleben, benötigen wir weiterhin substanzielle Unterstützung aus den EU-
2940 Fonds, um unsere Erfolge zu stabilisieren und Stagnationsprozessen entgegenzuwirken.

2941 Die Stärkung der Kommunen ist ein klares Signal in die Städte und Dörfer: Dort, wo die Brandenbur-
2942 ger*innen zu Hause sind, soll es eine gute kommunale Infrastruktur, ein lebenswertes Umfeld und at-
2943 traktive Angebote u. a. der Daseinsvorsorge geben.

2944 Wir wollen:

- 2945 ● uns weiterhin für eine Stärkung des solidarischen Finanzausgleichs einsetzen und bei der wei-
2946 teren Ausgestaltung unser Hauptaugenmerk auf die Stärkung der ländlichen Regionen in Bran-
2947 denburg legen.
- 2948 ● uns auf Bundesebene für den Erhalt einer sozial gerechten Grundsteuer einsetzen. Entspre-
2949 chende Regelungen müssen bis Ende 2019 auf den Weg gebracht werden. Bei einem Wegfall
2950 der Grundsteuer kommt es in den Brandenburgischen Kommunen zu einem jährlichen Einnah-
2951 meausfall ca. 272 Millionen Euro. Das wollen wir verhindern.
- 2952 ● die Vergabe von Landesbürgschaften zielgerichtet weiter ausbauen, z. B. für den sozialen Woh-
2953 nungsbau oder der Beteiligung von Kommunen an der Errichtung von Erneuerbarer Energiean-
2954 lagen.